

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

135 · Januar 2002

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	3
Essay	
STEPHEN ERIC BRONNER Sozialismus neu verstehen	5
Religion & Politik	
HENNER FÜRTIG Islam, Islamismus und Terrorismus	19
High-Tech und Alternativen	
FRANZ NAHRADA Globale Dörfer und Freie Software	30
CHRISTOPH ENGEMANN Das Internet und die neue Gestalt bürgerlicher Herrschaft: Electronic Government	45
Gesellschaft -- Analysen & Alternativen	
CHRISTOPH BUTTERWEGGE Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus	55
MICHAEL CHRAPA »Fremdenfeindlichkeit« im Meinungsbild	68
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	78

Bücher & Zeitschriften

Andreas Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte (STEFAN BOLLINGER)	80
Weltbank (Hrsg.): Weltentwicklungsbericht 2000/2001: Bekämpfung der Armut (ALJOSCHA JEGODTKA)	82
Andreas Müller, Arno Tausch and Paul Michael Zulehner (under Collaboration of Henry Wickens) (eds.): Global Capitalism, Liberation, Theology and the social Sciences. An analysis of the contradictions of modernity at the turn of the millennium (JENS LANGER)	83
Bernd Harder, Hansjörg Hemminger: Seher – Schwärmer – Bibeldeuter; Prophezeiungen zum Weltende und ihre Bedeutung (KLAUS ROEBER)	84
Uwe Soukup: Ich bin nun mal Deutscher – Sebastian Haffner. Eine Biographie (JÜRGEN MEIER)	85
Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit (1956–1958). Eine Dokumentation von Werner Fritsch und Werner Nöckel (JOCHEN ČERNÝ)	86
Jahresinhaltsverzeichnis 2001	89
Summaries	94
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

Mitteilung

Nachdem der Verkaufspreis von UTOPIE kreativ seit 1998 stabil gehalten wurde, die Herstellungskosten jedoch stiegen, nehmen wir mit dem neuen Jahrgang eine Anpassung vor. Gegenüber dem Einzelheft, dessen Preis auf 6 Euro festgelegt ist, wird künftig das Abo mit 57 Euro (also unwesentlich teurer als bisher) noch attraktiver.

Der Verlag

VorSatz

Antiamerikanismus – zur Zeit der beliebteste Vorwurf in den Farben der BRD; schon der simulierte Vorsatz gilt als ahnungswürdig – wurzelt in zwei Geflechten. Ursprünglich war Antiamerikanismus – Amerika meinte stets die USA – eine Kampffideologie gegen die Moderne, in Deutschland von nationalistischen Kräften vertreten, während des Nationalsozialismus neben dem Antibolschewismus Staatsdoktrin, in Frankreich in widersprüchlicher Ausprägung bis heute virulent. Später reagierten auch Teile der europäischen Linken amerikafeindlich – auf jene Seiten US-amerikanischer Außenpolitik, die in Lateinamerika das Stereotyp vom »häßlichen Amerikaner« gezeugt hatten. Unfähig zu differenzierter Kritik warfen sie jegliche amerikanische Außenpolitik in einen Topf – vergaßen sogar den Krieg gegen Hitler – und vermittelten das Bild von genetisch ausschließlich zu Imperialismus und Krieg fähigen US-Amerikanern. Antiamerikanismus kam plötzlich als linker Nationalismus daher.

Stand »Amerika« bei Rechten für abzulehnende Demokratie, individuelle Freiheiten und angebliche Zivilisationsdefizite in Kultur und Lebensstil – so bei Linken für zu verwerfenden Imperialismus. Rechte Antiamerikaner konnten in einem der USA-Kriegführung, zum Beispiel in Korea, zujubeln und zugleich das Flachdach als undeutsch entlarven; ebensowenig waren linke Antiamerikaner, die sich an der Moderne Amerikas begeisterten, eine Seltenheit.

Im heraufziehenden Kalten Krieg wurde im Sozialismus zwischen Elbe und Stille Ozean rechter und linker Antiamerikanismus – schon einzeln eine Zumutung – zu einem noch ungenießbareren Gebräu verrührt. Shdanows sozialistischer Realismus, eine »linke« Rezeption von rechtem Antiamerikanismus, war nur eine konsequente Schlußfolgerung aus Stalins Politik – hatte sich doch der entschlossenen, die Restaurationsphase nicht der Rechten zu überlassen, sondern sie selbst zu absolvieren. Nach dem Krieg rutschten an die Stelle Großbritanniens und Deutschlands im sowjetischen Feindbild die USA. Der Mix war bereitet: verordneter Antiamerikanismus. Diesen Teil des Stalinismus beerbte später der Islamismus.

Bleiben wir in Deutschland: Man kann die Entwicklung der DDR als Geschichte einer langsamen, wenn auch nicht ganz zu Ende geführten Befreiung vom Antiamerikanismus lesen. Zu den etwas seltsameren intellektuellen Vergnügungen gehört es, in Walter Ulbrichts Unterlagen aus den Jahren 1950/51 zu blättern. Wie mühte sich der arme Mann zu begreifen, warum Stalin wollte, daß die Architektur der Moderne als »amerikanischer Kasernenbau« zu denunzieren

sei. Noch weniger begriffen es die Architekten. Doch nur Baustadtrat Hans Scharoun ging in den Westen Berlins; die anderen entwarfen im Friedrichshain Stalins Straße – die heute unter Denkmalschutz steht. Gebauter Antiamerikanismus; allerdings nicht nur als solcher denkmalschutzwürdig. Denn auch in der Maskerade der Antimodernen blieben Henselmann und Paulick große Architekten.

Der Rest steht nicht unter Denkmalschutz, sondern ist kollektiv verdrängt: der in den Antiamerikanismus eingewobene Antisemitismus der Nationalsozialisten, der unter der Firmierung »Kosmopolitismus« in die junge DDR geschleppt wurde und dort integrative Wirkungen entfaltete; der Psychoterror an den Schulen gegen Kinder in »Nietenhosen«; die Arbeitslager, in denen nach dem 11. Plenum 1965 bis zur Reform 1968 vornehmlich Beatmusiker, denunziert als Gammler, die dem Vorbild amerikanischer Vietnam-Mörder nacheiferten, verschwanden; und: scherenbewaffnete Direktoren, deren eigenen Haarschnitten man oft noch die HJ ansah und die bis 1971 regelmäßig staatlich sanktionierte Körperverletzung begingen.

Doch die Moderne kann nur gestaltet, nicht aufgehoben, gar unterdrückt werden – nicht einmal mit amerikanischer Unterstützung; siehe Taleban. Für bedeutende Teile der Bevölkerung auch in der DDR ging von Amerika eben nicht nur Verderben, sondern auch Faszination aus. Vor allem Jüngere waren nicht rechts noch links, noch gar rechts oder links antiamerikanisch eingestellt. Sie wollten vor allem eines: kulturell im Einklang mit dem Zeitgeist leben. Und der entsprang im wesentlichen halt den Plattenstudios des angeweißten Rhythm'n' Blues und nicht den Studios von Radio Moskau.

Der auf dem Staatseigentum beruhende Sozialismus besaß nicht die Vitalität, sich vom stalinistischen Antiamerikanismus wirklich zu emanzipieren und einen eigenen, nachhaltig spürbaren Beitrag zur Moderne hervorzubringen; in der Massenkultur verlor er zunehmend an Attraktivität. Erich Honecker – feiger, im Hintergrund bleibender Spiritus rector des 11. Plenums – nahm zwar in der Kultur den verordneten Antiamerikanismus 1971 als Antrittsgabe an die Intellektuellen und an die Jugend zurück; doch eine eigene, auf Emanzipation zielende Moderne verhinderte auch er. Geboten wurden Kopien statt Originale – bis allzu viele Leute den Kopien den Rücken kehrten. In der Architektur hatte man schon 14 Jahre zuvor dem Antiamerikanismus abschwören müssen – aus Kostengründen. Aber auch da gab es mehrheitlich nur – schlechte – Kopien: WBS 70.

Außenpolitisch bröckelte der Antiamerikanismus seit Helsinki; in der Nachrüstungsfrage wagte Honecker sogar einen Alleingang. Sein großes außenpolitisches Ziel jedoch verfehlte er: Die friedliche Revolution, mündend im entmündigenden Anschluß, spülte ihn zwar nach Amerika, aber nicht als Staatsgast, sondern als Flüchtling, zudem nicht nach Nordamerika, sondern in dessen Hinterhof im Süden.

Die heute gepflegten Antiamerikanismuskritiken meinen nicht im Ernst Antiamerikanismus, sie meinen selbst zahmste Kritik an US-amerikanischer Außenpolitik. Letzten Endes unterscheiden sich diese Anwürfe im Niveau nicht vom einstigen Antiamerikanismus, war er nun links, rechts oder synthetisiert. Wer das eine überstanden hat, sollte dem anderen gelassen entgegenlächeln.

JÖRN SCHÜTRUMPF

STEPHEN ERIC BRONNER

Sozialismus neu verstehen

Das Gespenst geht nicht mehr um und beunruhigt niemanden mehr. Die Bedingungen haben sich verändert – ökonomisch, politisch und ideologisch. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist noch immer widersprüchlich und wirkt polarisierend. Versuche, dies zu ändern – ob mittels Regulierung oder Deregulierung –, haben stattgefunden. Die Felder der Auseinandersetzungen sind andere geworden, und Ausbeutung sieht nicht mehr so aus, wie sie in den Romanen von *Dickens*, *Zola* oder *Upton Sinclair* dargestellt wurde. Der ›Klassenfeind‹ ist längst nicht mehr der Kapitalist in Zylinder und Pelzmantel oder der rassistische Imperialist aus alten Zeiten. Das Gesicht des Feindes hat mildere Züge angenommen. Arbeiter haben deutliche und greifbare Vorteile innerhalb der kapitalistischen Demokratien gewonnen.

Ironischerweise hat jedoch der Erfolg von Gewerkschaften und Arbeiterparteien, den Kapitalismus zu bändigen, ihren einst so selbstverständlichen Daseinszweck – Teilhabe zu erkämpfen – erschüttert. Auch politisch haben sich große Veränderungen vollzogen. Im Westen und heute auch im Osten hat sich die Mehrheit der Nationen im Prinzip dazu verpflichtet, republikanische Institutionen aufzubauen. Zusammen mit einer Garantie für politische Rechte wurde sichergestellt, daß Arbeiter heute weder sich selbst als ›vaterlandslose Gesellen‹ betrachten müssen, noch von ihren Gegenspielern als solche behandelt werden können.

Mit dem Anspruch der Partei auf Unfehlbarkeit verflüchtigte sich auch die Überzeugung, daß kapitalistische Krisen und sozialistischer Fortschritt im Innersten miteinander verbunden sind. Im Zusammenhang mit der zunehmenden ökonomischen Flexibilität des Kapitalismus und dem Wachstum einer ›Kulturindustrie‹ verringerte ein sich mehr und mehr durchsetzender politischer Instrumentalismus jene ideologischen Spannungen, die durch die einstmals mächtige proletarische Bewegung erzeugt wurden. Es ist eine Tatsache, daß die Massen nicht mehr in der gleichen Weise vom Klassenbewußtsein ergriffen werden wie in vergangenen Zeiten.

Die Praxis in den ›real existierenden‹ sozialistischen Staaten hat die Annahme bestätigt, daß eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse nichts dazu beizutragen vermag, Arbeit inhaltsreicher und Machtausübung erträglicher zu machen. Es sind daher nicht wenige der Auffassung, daß der Sozialismus lediglich mehr von demselben anbietet wie der Kapitalismus – eine Auffassung, die ursprünglich auf verschiedene Weise von *Nietzsche* und *Weber* vertreten wurde.

Stephen Eric Bronner – Jg. 1949; Professor für politische Wissenschaft und vergleichende Literaturwissenschaft an der Rutgers University, veröffentlichte zahlreiche Bücher, von denen einige in Deutsch erschienen sind: »Augenblicke der Entscheidung: Politische Geschichte und die Krisen der radikalen Linken« (Suhrkamp); »Ein Gerücht über die Juden: Die ›Protokolle der Weisen von Zion‹ und der alltägliche Antisemitismus« (Propylaen); demnächst erscheint »Das Sozialismusprojekt« in deutscher Sprache. Foto: Horst Eberlein

Im wesentlichen gibt es drei Wege der Annäherung an eine mögliche erkenntnistheoretische Erwiderung auf die gegenwärtige Krise der marxistischen Theorie und der sozialistischen Praxis:

Ontologie

Die *ontologische Sichtweise* ist bestrebt, hinter den historischen Zufälligkeiten oder empirischen gegebenen Variationen das aufzudecken, was man ihr ›Wesen‹ nennen könnte. Ontologie liefert eine philosophische ›Grundlage‹ sowohl für eine theoretische Analyse als auch für eine politische Praxis, und zwar, indem sie grob gesehen drei verschiedene Herangehensweisen eröffnet. In einer ersten Herangehensweise wird versucht, die soziale Realität auf eine *geschlossene, feste und positive ontologische Basis* zu stellen. Diese Position wurde vor allem von Georg Lukács herausgearbeitet, lange nachdem er sein Konkordat mit dem Stalinismus geschlossen hatte. Lukács rechtfertigt das Fehlen qualitativer emanzipatorischer Veränderungen in den Gesellschaften sowjetischen Typs im wesentlichen damit, daß die Realität eine in unversöhnlicher und unnachgiebiger Weise konstruierte sei. In der Konsequenz zieht sich die Lukácssche Ontologie von jenen spekulativen Fragestellungen der revolutionären Überwindung von Entfremdung oder Verdinglichung zurück.

Andere dagegen verweisen darauf, daß selbst die Möglichkeit, alternative Sichtweisen zu entwickeln, durch die integrative Kraft fortgeschrittener Industriegesellschaften bedroht und in Frage gestellt ist. Nicht anders als die optimistischen Annahmen von früheren Sozialreformern sind nun auch die kühnen Annahmen der Marxschen Teleologie vor der Geschichte bloßgestellt worden.

Wenn das sozialistische Projekt weiterhin in Theorie und Praxis relevant bleiben soll, so wird das von seiner Fähigkeit abhängen, den veränderten Umständen Rechnung zu tragen. Das schließt jedoch ein, die Theorie von ihren teleologischen Fesseln zu befreien. Es gilt, jenes – lange unterdrückte – demokratische Konzept wieder zu beleben, daß Sozialismus nicht mit einer ganz bestimmten Form politischer Organisation oder institutionellen Arrangements gleichgesetzt werden kann. In genau diesem Sinne wäre es legitim, von einem ›entfesselten‹ Sozialismus zu sprechen.

Wenn man eine neue sozialistische Position gewinnen will und besonders den emanzipatorischen Charakter des sozialistischen Projekts hervorheben möchte, so ist es zunächst erforderlich, jene politischen und ethischen Werte zu würdigen, die das ursprüngliche Projekt inspirierten. Es gilt, die Bedeutung dieser Werte für die Freiheit des Subjekts zu zeigen und jene Probleme herauszustellen, die die Verwirklichung dieser Werte behindern. Ein solches Herangehen erlaubt es, die traditionellen Forderungen nach Gleichheit, Demokratie und Internationalismus mit neuem Leben zu erfüllen. Es sind diese Forderungen, die eine Grundlage dafür liefern, gegenwärtige Experimente in die historische Tradition sozialistischer Theorie und Praxis einzufügen. Sie sind es auch, die jene innere Beziehung herstellen, die zwischen den sozialen Bewegungen der Arbeiterklasse und den nicht verwirklichten Versprechen der einst revolutionären Bourgeoisie bestehen. All dies macht die reflexive Aneignung der Vergangenheit zu einer entscheidenden Aufgabe für die Zukunft des sozialistischen Projekts.

Sozialistische Ethik

Eine erneuerte sozialistische Theorie muß eine politische Antwort auf den Kollaps des teleologischen Marxismus geben. Aber weder eine Ontologie, noch eine, wenn auch modernisierte Festlegung auf Wissenschaftlichkeit und ebensowenig eine demokratische Ethik, die vom realen Produktionsprozeß abstrahiert, scheinen dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Nur eine *sozialistische Ethik* wird die radikalsten Impulse des ursprünglichen Projekts wiederbeleben, dessen historische Fehler erkennen und seine zukünftigen Ziele bestimmen können. Die Entscheidung für eine solche Ethik hat allerdings einen hohen Preis.

Eine sozialistische Ethik wird nicht den einzig richtigen, den unfehlbaren Weg weisen können, der mit unbezweifelbarer Sicherheit zur Emanzipation führt oder praktisch die Verbindung von Mitteln und Zielen garantiert. Die politischen Schlußfolgerungen, die aus einer solchen Ethik hervorgehen, sind nicht alternativlos, keine ›eherne Notwendigkeit‹ vermag die Verwirklichung der emanzipierten Gesellschaft zu garantieren. Diese Ethik an die Stelle der Teleologie zu setzen, heißt daher, die Möglichkeit und nicht die Gewißheit

ins Zentrum sozialistischer Theorie zu rücken. Zusammen mit dem Glauben, der arbeitenden Klasse gehöre die Zukunft, wird daher auch ein spezifisches historisches Verhältnis von Theorie und Praxis verschwinden.

Eine solche Ethik kann keine Lösung für jedes private oder soziokulturelle Problem bieten. Ganz abgesehen von allgemeineren philosophischen Erwägungen, die praktischen Gefahren, die derartige Ambitionen in sich tragen, wären viel zu groß. Denn Dogmatismus tritt immer dann auf, wenn das unkritische Interesse, eine einzige ›Wahrheit‹ zu realisieren, an die Stelle der Versuche gesetzt wird, Bedingungen zu etablieren, die eine Suche nach Wahrheit fördern. Eine sozialistische Konzeption der Demokratie besteht daher lediglich darin, die formalen und materiellen Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Individuen in wachsendem Maße frei ihr Leben zu bestimmen vermögen und eigenverantwortlich Entscheidungen treffen können. Beispielsweise vermag eine sozialistische Ethik, nur weil sie logischerweise darauf bestehen sollte, die Entscheidung über eine Abtreibung der Frau zu überlassen, nicht festzulegen, ob eine Frau eine Schwangerschaft tatsächlich abbrechen soll oder nicht. Analog gilt, daß eine solche Ethik, obwohl sie ganz offensichtlich säkularen Charakter trägt, sehr wenig über die persönlichen religiösen Überzeugungen aussagen kann – außer vielleicht, daß das Heilige keine privilegierten Einsichten in die Mechanismen des Profanen bietet und daß religiöse Institutionen nicht anders behandelt werden sollten als andere.

Auch wenn sie allen Formen des Denkens kritisch gegenübersteht, die Menschen zu verohnmächtigen suchen oder die Mystifikationen hervorbringen; auch wenn sie in der Lage ist, Entscheidungs- und Auswahlmöglichkeiten für Politik und Emanzipation anzubieten, ist sich diese Ethik stets jenes bereits von *Hobbes* benannten Problems der autoritären Konsequenzen bewußt, wenn versucht wird, persönliche ›Meinungen‹ gesetzlich zu regulieren. Eine sozialistische Ethik wird also ›öffentlichen‹ Charakter tragen. Sie geht von der Fähigkeit der Subjekte zur Reflexion aus, ohne die keine kritischen Urteile gebildet werden können. Das Subjekt wird daher als öffentliche Person unterstellt, die in der Lage ist, die Widersprüche einer gegebenen historischen Epoche zu erkennen und zu bearbeiten.

Eine so bestimmte Ethik negiert keineswegs, daß es eine freie individuelle Entscheidung ist, wenn und ob Subjekte bereit sind, Gegenseitigkeit zu praktizieren und sich für jene Werte einzusetzen, die jeder emanzipierten Ordnung vorausgesetzt sind. Sie geht aber davon aus, daß eine solche Wahl nicht im leeren Raum, sondern innerhalb eines spezifischen Kontextes getroffen wird. Die sozialistische Ethik stellt daher das Subjekt in die wirkliche Welt. Dadurch vermag sie jene Bedrückungen in den Blick zu nehmen, die in Übereinstimmung mit den von ihr vertretenen emanzipatorischen Werten Transformationen notwendig machen.

Um eine komplexe Kritik des jeweiligen Kontextes zu ermöglichen und um die gegebenen Bedingungen für eine emanzipierte Ordnung zu bewerten, muß diese Ethik ein *praktisches Kriterium* angeben können. Ein solches Kriterium wird weder auf ontologische noch auf wissenschaftliche Begründungen zurückgreifen können;

In einer *offenen, fließenden und negativen Ontologie* wird das Moment kritischer Analyse »dialektisch« beibehalten. *Ernst Bloch* beispielsweise faßt die immanente Entwicklung von Geschichte als ein bloßes Moment der Entfaltung von Wirklichkeit in Richtung auf ein ewig transzendentes Utopia. Leider hat *Bloch* keinerlei Vorstellung von sozialen Beziehungen, die zu verändern wären. Daher droht seine Aufforderung zu qualitativer Veränderung in einen Wunsch nach Apokalypse umzuschlagen. Die vage oder unbestimmte Struktur seines Arguments verhindert auch die Möglichkeit, zwischen einer ›wahren‹ und einer ›falschen‹ Utopie zu unterscheiden. Damit wird das Konzept der Emanzipation entweder zur Tautologie oder es wird unmöglich, Emanzipation auf ein konkretes historisches Moment zu beziehen.

Schließlich und als drittes ist da noch der große Versuch von *Jean Paul Sartre*, den Marxismus auf die ontologisch gegebene Freiheit des individuellen Subjekts zu »gründen«. Das einmalige und einzigartige Subjekt steht hier grundsätzlich im Widerspruch zu allen Zwängen und ist bestrebt, aus ihnen auszubrechen. Freiheit wird in dieser Sicht allerdings letztendlich als außerhalb von Geschichte stehend aufgefaßt. Daraus ergibt sich, daß eine Form anarchistischer Politik befördert wird, da das Individuum durch alle bestehenden Institutionen in gleichem Maße bedroht ist, einschließlich auch jener Gruppen und Bewegungen, mittels derer seine Interessen zum Ausdruck gebracht werden können. Mit Sartres Zugang kann also zwischen sozio-ökonomischen und politischen Systemen hinsichtlich ihrer positiven Möglichkeiten für ein sozialistisches Projekt keine Unterscheidung getroffen werden.

seine Legitimität kann also weder daraus abgeleitet werden, daß es vor jeder Politik existiert, noch daher, daß es in einem traditionellen sozialen Zusammenhang begründet liegt. Eine solche Legitimität ist vielmehr logisch, historisch, spekulativ und politisch zugleich bestimmt: »logisch« insofern, als jede emanzipatorische Ordnung die Anwendung dieses Kriteriums voraussetzt; »historisch« insofern, als es den emanzipatorischen Zweck sozialistischer Praxis bestimmt; »spekulativ« insofern, als es erlaubt, kritisch die emanzipatorische Qualität politischer Absichten zu bewerten und »politisch« insofern, als es vermag, organisatorische Prinzipien zu benennen, mit denen materielle und formale Unterdrückungsstrukturen zu verändern sind.

Das »praktische Kriterium« eines emanzipatorischen sozialistischen Projektes ist die *demokratische Rechenschaftspflicht* (accountability).

Sie kann bestimmt werden als Schranke für die willkürliche Ausübung ökonomischer oder politischer Macht und ist folglich darauf gerichtet, Machtlose zu ermächtigen – das heißt, alle Angelegenheiten sind danach zu bewerten, welche Auswirkungen sie auf die Schwachen und Ungeschützten haben werden. Sozialistische Politik ist dann mehr als die althergebrachte Durchsetzung von Klasseninteressen. Denn einerseits haben nicht alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen, auch tatsächlich ein Interesse daran, das Kapital demokratisch rechenschaftspflichtig zu machen, solange sie nämlich persönlich Macht über dieses Kapital haben sowie Informationen und Ressourcen monopolisieren können. Andererseits müssen arbeitende Menschen mit sehr unterschiedlichen Kulturen und Lebensstilen einbezogen werden. Eine Bewegung zur Demokratisierung der Macht über Kapital muß also die Interessen der Arbeitenden genauso wie die jener, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, von Frauen, die sexistisch unterdrückt sind, oder auch der Opfer von Rassismus und Intoleranz einschließen. Eine moderne sozialistische Politik muß also ein viel breiteres Spektrum erfassen als nur traditionelle Klasseninteressen: deshalb ist die Ermächtigung der Schwachen ein herausragendes Ziel eines sozialistischen Verständnisses von Rechenschaftspflicht.

Wie bereits erwähnt, geht es nicht darum zu bestimmen, für welche Wahlmöglichkeiten sich das Individuum innerhalb der freien Ordnung entscheiden soll. Es geht vielmehr um das Hervorbringen der Bedingungen, die jedem Individuum dieselbe materiell und rechtlich fundierte Chance gewähren, persönliche Entscheidungen frei zu treffen. Allgemeine Ziele und besondere Interessen des einzelnen müssen sich nicht notwendig widersprechen. Im Gegenteil, es ist gerade die Herrschaft des Gesetzes als das Allgemeine, die die sicherste Garantie bietet, daß die Freiheit für das Besondere gewahrt *und* allgemeinen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird.

Diese Ausdehnung des Prinzips eines liberalen »Rule of Law« über den Bereich des Staates hinaus in die Gesellschaft erfordert eine Klassenperspektive. Weil die Vision formaler Gleichheit – die einst durch die revolutionäre Bourgeoisie entworfen wurde – beständig durch die Widersprüche des kapitalistischen Produktionsprozesses bedroht ist, kann eine sozialistische Ethik nicht auf bürgerlich-liberale Prinzipien reduziert werden. Gerade deshalb muß sie nicht nur gegen jede Form willkürlicher Machtausübung seitens des Staates

angehen, sondern auch in den Akkumulationsprozeß eingreifen. Indem der Akkumulationsprozeß als wesentliche Sphäre verstanden wird, in der es die Schwachen zu ermächtigen gilt, ›fusioniert‹ sozialistische Ethik die allgemeinen, die verallgemeinerbaren Interessen des öffentlichen Lebens und die besonderen Interessen der arbeitenden Menschen. Der objektiv zentrale Punkt einer neuen, radikalen Form demokratischer Rechenschaftspflicht, dessen Transformation zugleich die Voraussetzung einer Ordnung ist, die den Bürgern erlaubt, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen, ohne dem Zwang von materiellen Interessen und Bedingungen zu erliegen, ist nichts anderes als der Akkumulationsprozeß selbst.

Dazu bedarf es der Koordination unterschiedlichster Strömungen unter den Arbeitenden, die in einer Vielzahl unterschiedlichster Bewegungen und (Gewerkschafts)Organisationen aktiv sind. Es geht darum, eine neue Art Klassenstandpunkt zu prägen, der alle diese Strömungen einschließt, ohne eine bestimmte unter ihnen zu privilegieren. Dies läßt sich wahrscheinlich nur über die Schaffung eines Rechtssystems realisieren, das die Arbeitenden begünstigt. Der Klassenstandpunkt oder das Klasseninteresse würde sich dann als eine Art Instrument zur Transformation der Gesellschaft darstellen, das allerdings weder teleologische Gewißheiten verheißt noch dogmatisch verknöchert ist. Von daher handelt es sich bei der Neubestimmung des Klassenstandpunktes um ein zentrales Feld einer sozialistischen Ethik.

Angesichts der jeder Organisation eigenen Tendenz, bürokratisch zu versteinern, wird sich ›Sozialismus‹ – vom Standpunkt des Klassenideals – notwendigerweise in einen ›Prozeß‹ verwandeln müssen. Die Gefahr einer Versteinering erfordert es, dem Experimentieren und der Phantasie Raum zu geben, um damit gegen alle starren Formen sozialer Organisation, die das Subjekt ganz offensichtlich einengen, vorzugehen. Der Springpunkt für eine sozialistische Ethik besteht also darin, jene sozialen Kräfte zurückzudrängen, die mittels instrumentaler Vernunft Freiheit zu unterdrücken suchen. Das erfordert ein ständiges Bemühen darum, die Entscheidungsfindung demokratisch-rechenschaftspflichtig zu gestalten und sie einer Reihe von Zielen unterzuordnen, die darauf orientieren, statt der privaten Profite das Reich öffentlicher Güter auszuweiten.

Demokratische Rechenschaftspflicht wird demnach zum Klassenproblem und eine Funktion des Klassenideals. Denn gerade unter kapitalistischen Verhältnissen hängt die Fähigkeit, die willkürliche, private Kontrolle über die Profite zu begrenzen, vom Grad politischer Einheit unter den Arbeitenden ab. Eine solche Einheit ist keine bloße Angelegenheit von Programmen. Klarheit über den Charakter sozialistischer Werte ist eine Voraussetzung – es geht um Werte wie ökonomische Gleichheit, Gegenseitigkeit und Internationalismus. Sozialistische Theorie wird sich folglich mit Institutionen und Ideologie beschäftigen müssen, und dies von einem Standpunkt aus, der auf eine enorm erweiterte Arena individueller Entscheidungsmöglichkeiten orientiert. Sozialistische Theorie ist demnach auf eine Ordnung gerichtet, in der die Subjektivität des Individuums sowohl durch formale Garantien als auch auf der Basis materieller Möglichkeiten gedeihen kann. Damit erweist sich das oben genannte ›prak-

Wissenschaft

Eine Alternative zu den illusorischen Garantien der Ontologie wird von neuen Ansätzen Marxscher ›Wissenschaft‹ angeboten. Die Wissenschaft übt traditionell große Anziehungskraft auf Marxisten aus. Neu ist die Einsicht, daß es erforderlich ist, ›wissenschaftliche‹ Erkenntnis von jener Teleologie zu trennen, in die sie ursprünglich von *Marx* eingebettet wurde.

Vor allem durch das Werk von *Louis Althusser* ist es seit den achtziger Jahren gelungen, den Marxismus für den akademischen mainstream interessant zu machen. *Althusser* wollte den Marxismus vor allem von allen herkömmlichen Formen des Humanismus, Idealismus und Rationalismus befreien, indem er die Rolle des Bewußtseins und des Subjekts in Frage stellte. Sein gesamter neuartiger Zugang war darauf gerichtet, die Vorstellung von Wissenschaft insgesamt zu relativieren. Nach *Althusser* ist Wissenschaft – im völligen Gegensatz zu ›Ideologie‹ – letztlich nicht mehr als eine Anzahl von Regeln, die notwendig sind, ein bestimmtes Untersuchungsobjekt ›sichtbar‹ zu machen.

tische Kriterium‹ einer sozialistischen Ethik nicht nur als ein Kriterium der ›Kritik‹, sondern auch als ein ›positiver‹ Maßstab, insofern es die Vision einer Welt projiziert, in der Subjekte nicht mehr als Objekte, als bloße Mittel für instrumentale Zwecke behandelt werden.

Eine solche Vision zu verwirklichen, kann aber nur als Bestandteil eines fortlaufenden Prozesses angesehen werden. Das in der Tat ist gemeint, wenn davon gesprochen wird, daß das sozialistische Projekt auf einer permanenten Revolution der Subjektivität beruhen wird.

Zentralisation und Dezentralisation

Gewalt ist immer das letzte Zufluchtmittel eines sozialistischen Projekts. Eine wahrhaft demokratische Ordnung, sei es eine Assoziation von Arbeiterräten oder eine Republik, beinhaltet notwendig die Anerkennung der Autorität der Gesetze (Rule of Law), einschließlich der ›Menschenrechte‹. Nur dadurch werden Konflikte rational lösbar und nur so wird es möglich, Versuchen willkürlicher Machtausübung friedlich entgegenzutreten. Die Herrschaft des Gesetzes aufrechtzuerhalten erfordert aber, sowohl die entsprechenden Institutionen zu etablieren als auch einen sozialen Konsens durchzusetzen. Hier nun scheint es dringlich, über die alte Überzeugung neu nachzudenken, daß eine emanzipatorische Konzeption der Demokratie auf einer Ordnung ohne Staat beruht. Dies war immerhin die Marxsche kommunistische Utopie, die auch die Anarchisten anstrebten.

Die bereits dargestellten Überlegungen verweisen darauf, daß Sozialismus bestenfalls die Befreiung des Subjekts zu fördern vermag. Die institutionelle Realität schließt jedoch aus, daß dies jemals vollständig zu verwirklichen ist.

Sozialismus ist weder eine vorherbestimmte Form oder Organisation, eine fixierte Anzahl politischer Strategien (policies), noch eine spezielle Daseinsform, denen sich eine gegebene sozio-historische Wirklichkeit anzupassen hat. Die Anerkennung dieser Tatsache hat tiefgehende Folgen für das Konzept vom ›Übergang‹.

Die Vorstellung vom Sozialismus, daß diese Etappe historischer Entwicklung den Weg zum ›Kommunismus‹ bereiten werde, hat seit ihrer Entstehung einschneidende Veränderungen erfahren. *Marx* und *Engels* gingen davon aus, daß sich der Übergang als sanft erweisen würde, da mit der »Expropriation der Expropriateure« der Klassenkampf aufhören und damit die Notwendigkeit verschwinden würde, einen Staat im traditionellen Sinne des Wortes zu errichten. Aber *Marx* und *Engels* weigerten sich auch, spezielle Institutionen festzulegen, die der neuen utopischen Ordnung ihren demokratischen Charakter erhalten könnten. Bescheidenheit war hier nicht die Ursache. Dahinter stand vielmehr vor allem eine gewisse Blindheit gegenüber der Möglichkeit, daß bürokratische Institutionen ein inneres Interesse entwickeln und stabilisieren können, Macht auf Kosten der ›herrschenden Klasse‹ zu akkumulieren.

Nachdem die im Denken *Kautskys* und der Zweiten Internationale verinnerlichte Verbindung von ›sozialer‹ und ›politischer‹ Revolution zerbrach, verstärkten sich unter *Lenin* und während der Herrschaft der Bolschewiki all jene defekten Züge, die dem ursprünglichen

Standpunkt von *Marx* und *Engels* innewohnten. Durch die Bolschewiki wurde der Zuwachs an ökonomischer Stärke von einer politischen Liberalisierung und die Nationalisierung des Privateigentums von der Schaffung demokratisch rechenschaftspflichtiger Institutionen getrennt.

Die historische Lektion ist unabweisbar: Autoritäre Kontrolle darüber, was und wie produziert wird, ist keine bloße ›Verirrung‹ oder nur ein ›Fehler‹. Vielmehr wird dadurch der emanzipatorische Charakter des sozialistischen Projektes selbst direkt untergraben. Eine wirklich demokratische Kontrolle des Produktionsprozesses setzt daher aus der Sicht einer modernen sozialistischen Theorie die Rechenschaftspflicht politischer Institutionen voraus. Diese Position allein vermag den dynamischen Charakter des sozialistischen Projektes zu bewahren. Eine emanzipatorische Alternative zum Vorhandenen steht und fällt mit der Entscheidung, Institutionen zu schaffen, die formal und substantiell gemeinsam mit den Möglichkeiten für gleiche Teilhabe auch das Feld individueller Entscheidungen ausdehnen.

Hier ist auch die Bearbeitung des Widerspruchs zwischen Zentralisation und Dezentralisation angesiedelt. Die Geschichte liefert jedenfalls keine Rechtfertigung für eine unkritische Bejahung der Dezentralisation von Autorität, das heißt von Zuständigkeit und Verantwortung. Dezentralisierte Institutionen neigen dazu, schnell in Provinzialismus zu verfallen, persönliche Freundschaften und Beziehungen zu begünstigen, traditionelle Formen von Rassismus und Sexismus zu erhalten und eine Art Tyrannei der Mehrheit über die Minderheit zu etablieren. Wenn Dezentralisierung als einzige Alternative angesehen wird, so kann das auch dahin führen, Entwicklungszwänge zu ignorieren, so die Tatsache, daß bestimmte Industrien – wie zum Beispiel die Luftfahrtindustrie – durch ihre Funktionsweise für die lokale Steuerung und Kontrolle ungeeignet sind.

Abgesehen vom Staat, dessen Beseitigung in einer radikalen Dezentralisierung ihre Schatten voraus wirft, könnte einzig der Markt eine Koordinierung der industriellen Einheiten bewerkstelligen. Da aber Marktentscheidungen letzten Endes auf autonomen individuellen Wahlentscheidungen beruhen, bedeutet dies, daß die einzige reale Alternative zu staatlicher Koordinierung überhaupt keine Koordinierung wäre. Das hieße, eine vermeintlich radikale kommunistische Gemeinschaft anzustreben, die blinden Marktkräften unterworfen wäre.

Einen gewissen Grad von Zentralisation als notwendig anzuerkennen, schließt nicht aus, Apathie zu kritisieren oder ziviles Engagement zu ermutigen. Demokratische Rechenschaftspflicht schließt auf der Ebene der zentralen Autorität ein, die legitimen Rechte besonderer Interessengruppen zu respektieren. Anhänger der dezentralistischen Vision können nicht einfach die Augen vor der Tatsache verschließen, daß in jeder Form moderner sozialer Organisation zwischen den einzelnen lokalen Einheiten Konflikte entstehen und daß spezifische Agenturen der Macht gebraucht werden, um diese Konflikte zu lösen und Entscheidungen durchzusetzen. So verschiedenartige Denker wie *Machiavelli* und *Kant* haben nicht zufällig in der Auffassung übereingestimmt, daß ein Ziel zu verfolgen einschließt, entsprechende Mittel zu akzeptieren.

Vom Standpunkt *Althusers* aus ist es ohne Sinn und Wert, von einem transzendenten oder unvollendeten ›Projekt‹ der Emanzipation zu sprechen. Die Position, daß die Sichtweisen unterschiedlicher Subjekte nicht gegeneinander abgewogen und beurteilt werden können, war im Kampf gegen den Dogmatismus der Kommunistischen Partei im Nachkriegsfrankreich zwar sehr nützlich, erweist sich jedoch als ernsthafter Mangel, wenn es darum geht, einen positiven Standpunkt zu erarbeiten, von dem aus politische Entscheidungen abgeleitet werden können.

Der Marxismus der rationalen Entscheidungen (rational choice Marxism) unterscheidet sich grundlegend vom Strukturalismus *Althusers*. Diese ›wissenschaftliche‹ Richtung versucht, das Subjekt – das vom orthodoxen Marxismus weitgehend ausgeblendet wird – zu retten. Indem ›instrumentelle‹ Vernunft als Grundlage sozialer Verhältnisse bestimmt wird, verflacht der Marxismus rationaler Entscheidungen Geschichte vor allem dadurch, daß er in ihr wenig mehr als die Konflikte der Menschen um die Knappheit materieller Güter sieht. Die Annahme wertbestimmten sozialen Ganzen als historischer Faktor wird in diesem Herangehen als pure Ideologie zurückgewiesen. Selbst ethische Entscheidungen werden allein unter rationalen Gesichtspunkten betrachtet, wodurch schließlich die Parameter der gegebenen Akkumulationslogik in unantastbare, hochheilige Werte verwandelt werden – der kapitalistische Markt wird unkritisch als etwas Ewiges akzeptiert.

Es ist daher vom Standpunkt des Marxismus rationaler Entscheidungen aus schier unmöglich, Fragen aufzuwerfen, die solche kulturellen Werte oder neue politische Ziele betreffen, die dem sozialistischen Projekt einen modernen Sinngehalt verleihen würden. Weil der Dialog mit dem akademischen mainstream um jeden Preis erreicht werden soll, werden die kritischsten und radikalsten Elemente des sozialistischen Projekts aufgegeben und zwar zugunsten eines technokratischen Marxismus, der in rein instrumentellen Werten stecken bleibt.

Nirgendwo zeigt sich dies schlagender als auf dem Gebiet der Ökologie. Umweltschutz ist keine rein örtliche Angelegenheit. Der nationale Staat und selbst internationale Aktionen sind hier gefordert. Jede sensible Umweltpolitik hat in Betracht zu ziehen, daß gravierende Entscheidungen über die mögliche Wirkung eines Produktes auf das Ökosystem vor und nicht nach seiner Herstellung getroffen werden müssen. In ihrem Bestreben, eine neue Logik der Akkumulation zu realisieren, werden Sozialisten vom Produzenten fordern, mit hinreichender Sicherheit zu belegen, daß sein neues Produkt ökologisch unbedenklich ist. Die Last des Beweises würde also dem Produzenten zufallen.

Um derartige Bestimmungen durchzusetzen und Gesetzesverletzer zu bestrafen, ist ein bürokratischer Apparat notwendig. Gerade weil das Kapital mit der Setzung von ökologisch bestimmten Prioritäten geringe Profiterwartungen verbindet, muß es vom sozialistischen Standpunkt die Bereitschaft geben, ganz im Gegensatz zu den Verfechtern von ›Ökologie und Märkten‹, den Staat und zentrale Institutionen dafür zu nutzen, um zu bestimmen, was ›sozial notwendig‹ ist. Die Realitäten moderner Gesellschaften machen es in der Tat schlicht unmöglich, über eine emanzipatorische Politik nachzusinnen, ohne dabei in gewissem Maße bürokratische Organisation und Staat zu berücksichtigen.

Auch wenn alle Verfechter eines sozialistischen Projekts natürlich wünschen werden, daß die Möglichkeiten für Bürgerinitiativen, für die Entwicklung unabhängiger Organisationen – Kooperativen, Frauengruppen und ähnliches – ausgedehnt werden, können sie bei all dem nicht vergessen, daß Individuen auch das Recht auf ihr privates Leben haben. Damit verbunden ist das Recht, ihren jeweiligen Interessen nachzugehen, und vielleicht vor allem anderen, ihre Freizeit zu genießen.

Mehr Freizeit war traditionell ein wichtiges Anliegen jeder einflußreichen Bewegung innerhalb der Arbeiterklasse. Daß Sozialisten den ›Kampf um Zeit‹ fortführen, steht daher im Einklang mit dem Angriff auf die existierende Logik der Akkumulation. Auch ein ›Entkoppeln‹ von Arbeit und Löhnen wird zentralisierte Aktionen erfordern. So gesehen ist der ›Kampf um Zeit‹ in der Tat nichts anderes als der Kampf um das Recht der Individuen, den Inhalt ihres Lebens über die Grenzen der ›Notwendigkeit‹ hinaus selbst zu bestimmen.

Reform und Revolution

Marx und Engels waren sich niemals ganz klar darüber, wie der kommende »Sprung in das Reich der Freiheit« zu vollziehen sei. Diese Unsicherheit wurde noch verstärkt, als der vermeintlich bestehende innere Zusammenhang zwischen sozialistischem Übergang und kommunistischer Utopie in der Praxis nicht bestätigt wurde.

Die Unzulänglichkeit der Mittel stellt jedoch nicht die Legitimität der Ziele in Frage. Heute ist erneut eine Bestimmung des Verhältnisses von Theorie und Praxis, von Zielen und Mitteln notwendig geworden. Sie zu erarbeiten, wird aber nur dann möglich sein, wenn langfristige ›Endziele‹ nicht einfach im Namen unmittelbar ansteher Dringlichkeiten abgetan werden. *Transitionale Politik* wird in fortgeschrittenen Industriegesellschaften daher zugleich darum

ringen, die Bedingungen für lokale Beteiligung zu erweitern und die demokratische Rechenschaftspflicht repräsentativer Institutionen zu stärken. Der entscheidende Punkt dabei ist, daß man sich weder dogmatisch auf Zentralisation noch auf Dezentralisation festlegen darf. Es geht vielmehr darum, sich für die Förderung jenes Prozesses zu engagieren, der »die Verwaltung von Dingen« an die Stelle der »Verwaltung von Menschen« (Marx) setzt.

Dieses Ziel steht im Einklang mit den Anstrengungen, willkürliche Macht zu begrenzen und jene Subjektivität wiederzubeleben, die im heutigen Produktionsprozeß nur pervertiert existiert. Allerdings muß eine moderne sozialistische Theorie anerkennen, daß es keine strikte Abgrenzung der Verwaltung von Menschen und jener von Dingen geben kann, solange »Knappheit« – sei es in direktem ökonomischen Sinn oder aber institutionell – existiert und dadurch politische Machtausübung wegen des ungleichen Zugangs zu ökonomischen Ressourcen übermäßig beeinflusst wird.

Die alten Grundwahrheiten sind verschwunden. Das Revolutionskonzept hat den bisher für selbstverständlich angenommenen emanzipatorischen Inhalt verloren. Aber es ist auch nicht länger legitim, mit unentwegt voranschreitenden Reformen zu rechnen oder damit, daß willkürliche Machtausübung durch die Parlamente immer wieder erfolgreich eingedämmt werden kann. Ein neuer Versuch, die widerstreitenden politischen Strategien von Reform und Revolution ins Verhältnis zu setzen, gehört deshalb auf die Tagesordnung.

Hier gilt es zunächst, Vereinseitigungen zurückzuweisen. Vor allem richtet sich dies gegen jene, die es ablehnen, über Institutionen, die einen willkürlichen Machtmißbrauch in der neuen Ordnung begrenzen könnten, auch nur zu reden. Diese scheinbar doch so »kritische« Haltung besteht darauf, daß es unmöglich ist, »wirkliche« Reformen herbeizuführen, während jede andere Reform nie radikal genug sein wird. Gestützt auf die Vorstellung von einer »eindimensionalen« Gesellschaft, die in ihrem Innersten jede potentiell gefährliche Opposition zu integrieren und damit zu entschärfen vermag, ist für diese Denker jede positive Reform nur eine andere Maskierung der Unterdrückung. Jeder Schritt, der das Leben des Individuums freier gestalten soll, verkehrt sich in sein Gegenteil.

Es wird einfach ignoriert, daß bestimmte Reformen Demokratie tatsächlich befördern und der herrschenden Kapitallogik den Vorrang des Subjekts politisch aufzwingen können. Hinter der pseudo-radikalen Position verbirgt sich eine sehr willkürliche Auffassung von qualitativer Veränderung. Mehr noch, mit ihr wird Utopia selbst in ein Abstraktum verwandelt und von jeder realen Bewegung der Massen gelöst. Das radikalste Konzept wird schließlich zu nichts anderem als zu einem ästhetischen, intuitiven und apolitischen Spiel der Phantasie.

Es gibt aber noch eine andere offensichtliche Gefahr. Sie besteht darin, aus »sozialistischer« Politik alles auszuschließen, was nicht einem revolutionären Angriff auf den Akkumulationsprozeß und den Staat gleichkommt.

Die grundlegendsten Reformen des Sozialstaates, sei es die Verkürzung der Arbeitszeit, die Garantie eines Mindestlohns und die Schaffung eines »sozialen Netzes«, sind ein Angriff auf die gegebene

Ethik

Da die Wirklichkeit deren ›wissenschaftliche‹ Voraussetzungen als richtig zu bestätigen schien, entwickelte die orthodoxe Teleologie kein Bedürfnis nach einer eigenständigen Ethik. Die daraus resultierenden Konsequenzen wurden von *Lenin* auf die Spitze getrieben. Er vertrat eine spekulative Auffassung von der Revolution als Ziel und von der Partei als ihrer Triebkraft und förderte einen ethischen Relativismus, den er mit teleologischen Voraussetzungen untermauerte. Auf diese Weise konnten die schlimmsten Handlungen gerechtfertigt werden, wenn sie von Kommunisten begangen wurden und sie konnten delegitimiert werden, sobald sie von ›Konterrevolutionären‹ ausgingen.

In den Vereinigten Staaten wurden wohl die besten modernen Vorschläge für eine progressive Ethik unterbreitet. Sie kamen aus zwei Lagern von radikal-liberalen Befürwortern einer »demokratischen Theorie«. Auf der einen Seite stehen die ›neuen Kommunitarier‹, die die Tradition des kantischen Rationalismus zurückweisen und danach streben, Rezepte für die Praxis aus dem Verständnis von Normen und Sitten einer gegebenen Gesellschaft abzuleiten. Die andere Gruppierung bilden traditionelle Rationalisten wie *John Rawls*, die versuchen, auf dem Vermächtnis *Kants* aufzubauen und Prinzipien zu entwickeln, die eine demokratische Praxis durchdringen sollten.

Logik der Akkumulation. Dadurch werden nicht nur die Willkürherrschaft des Kapitals eingedämmt und die Exzesse des freien Marktes gezügelt, damit werden auch die existierende Akkumulationslogik in Frage gestellt und der Produktionsprozeß humaner gestaltet. Genau das ist es, was der Ausdehnung von Demokratie in die Zivilgesellschaft hinein ›sozialistische‹ Bedeutung verleiht.

Sozialismus von seinem traditionellen Engagement für sozio-ökonomische Reformen und republikanische Werte zu trennen, ist gleichbedeutend damit, Sozialisten die Chance abzusprechen, in der Gegenwart etwas zu verändern. Angesichts der Zwänge, unter denen zu handeln Sozialisten gezwungen waren, hat das Argument, die großen sozialdemokratischen Experimente im Europa der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, die in Österreich, Frankreich und Deutschland unternommen wurden, hätten keinen spezifisch ›sozialistischen‹ Charakter getragen, wenig Bedeutung. Es bleibt eine Tatsache, daß die Sozialisten dem ›freien Markt‹ und dessen Logik selbst in Ländern wie den Vereinigten Staaten vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus entgegentraten, daß sie den Liberalismus veränderten, der längst schon im Müllimer der Geschichte verschwunden wäre, hätte er sich nicht einige der grundlegenden, von Sozialisten seit Generationen vorgebrachten Anliegen zu eigen gemacht.

Die Bewegungen der zwanziger und dreißiger Jahre revolutionierten die Rolle des Staates und verpflichteten ihn, in die zuvor unangefochten bestehenden Rechte des Kapitals einzugreifen. Ob sie nun auf lange Sicht ›erfolgreich‹ waren oder nicht, in jedem Fall erzielten diese Bewegungen einen »Sieg der Politischen Ökonomie der Arbeit über die Politische Ökonomie des Kapitals« (Marx).

Reformen können das Leben der Arbeitenden also durchaus materiell verbessern, ihre Selbstwahrnehmung verändern, ihnen mehr freie Zeit verfügbar machen oder auf andere Weise helfen, soziale Ungleichheit und willkürlichen Machtgebrauch zu begrenzen. Derartige Reformen machen Institutionen und Personen rechenschaftspflichtig gegenüber der Gesellschaft und erfüllen auf diese Weise die Erfordernisse des ›praktischen Kriteriums‹, das einer sozialistischen Ethik zugrunde liegt. Reformen können also radikale Funktionen und Wirkungen haben.

Der Charakter der jeweils angestrebten Reformen offenbart das ›Klassenwesen‹ der Bewegung. Einige der Forderungen dienen scheinbar nur dazu, die existierende Ordnung rationaler zu gestalten. Andere jedoch können durchaus als Vorbedingungen einer emanzipierten Gesellschaft der Zukunft angesehen werden. So setzt zum Beispiel eine neue Form des Akkumulationsprozesses eine öffentliche Investitionskontrolle voraus, was unter bestimmten Umständen legislative Form annehmen mag.

Inwieweit bestimmte Reformen radikalen Charakter besitzen, kann nicht abstrakt beurteilt werden. Das Klassenideal hat seine eigene Logik. Ist die Begründung einer Reform durch die Interessen einer Klasse bestimmt, so ist ihre Radikalität immer in diesem Kontext definiert. Nur bezogen auf beide Aspekte, den Kontext und das spekulative Ziel, ist es möglich zu bewerten, inwieweit eine Reformmaßnahme jenen Akkumulationsprozeß, der Arbeitende lediglich als ›Produktionsfaktoren‹ unterstellt, tatsächlich verändern kann.

Natürlich setzt all das Bedingungen voraus, die es erlauben, Reformen zu propagieren und durchzusetzen. Das aber kann man nicht als selbstverständlich gegeben voraussetzen. Was gestern galt, bleibt auch heute richtig: ob und wie revolutionäre Gewalt durch die Unterdrückten angewandt wird, ist letzten Endes von jenem Grad an Demokratie abhängig, den die Unterdrücker zulassen. Das Bestreben, die existierende Ordnung revolutionär zu verändern, ist dann vollkommen verständlich, wenn die Autorität des Gesetzes durch die Unterdrücker weitgehend erstickt wird.

Die Notwendigkeit, eine Revolution Reformen vorzuziehen, muß jedoch auf dem Nachweis beruhen, daß ein radikaler Kurs, zumindest der Möglichkeit nach, den besten Weg bietet, auf dem man sich den emanzipatorischen Werten der Zukunft in der Gegenwart annähern kann. Garantien wird es freilich nie geben können. Der einzige Weg zu beurteilen, ob eine Revolution erforderlich ist, liegt darin zu bestimmen, ob das System reformiert werden kann.

Die Forderung nach einer Revolution ist folglich nur dann legitim, wenn die Unterdrücker eine Form der Machtausübung installiert haben, die jede Möglichkeit institutioneller Veränderung blockiert. Wieweit Sozialisten einem revolutionären Regime Unterstützung gewähren werden, hängt davon ab, in welchem Maß ein solches Regime demokratische Rechenschaftspflicht garantiert und die Wahrnehmung bürgerlicher Freiheiten im Rahmen von offensichtlichen, ihm aufgedrängten Zwängen ermöglicht.

Ebenso wie es – für manche Sozialisten – ein Dogma der Revolution gibt, so gibt es – für andere – auch eines der Reform. Letzteres ignoriert die Tatsache, daß auch der Sozialstaat ein kapitalistischer Staat bleibt, daß die Investitionen in privaten Händen bleiben, daß Reformen nur dann durchsetzbar sind, wenn ihre Kosten den existierenden Akkumulationsprozeß nicht zu sehr bedrohen oder eine für die kapitalistische Klasse akzeptable Profitrate nicht zu sehr in Frage stellen. Das Reform-Dogma verweigert sich der Tatsache, daß es noch immer für die Reichen bedeutend leichter ist als für die Armen, sich zu organisieren, Koalitionen zur Lösung bestimmter Probleme zu schließen, Zugang zu Informationen und Fonds für politische Zwecke zu erhalten. In der Tat macht das Dogma der Reform seine Anhänger blind für die strukturellen Mechanismen, durch die der Wohlfahrtskapitalismus stets die kapitalistische Klasse privilegiert und die arbeitenden Menschen noch immer zwingt, ein untergeordnetes und oftmals prekäres Leben zu führen.

Das Bemühen, Reform und besonders Revolution zu relativieren, geht einher damit, das Konzept vom Ende der Geschichte aufzugeben. Eine transitionale Politik ist heute eine Politik, die es vermag, die Perspektive einer emanzipierten Zukunft in praktisch-gegenwärtige Schritte umzusetzen. Sowohl Reform als auch Revolution erscheinen so als bloße Mittel, über deren Anwendung dadurch entschieden wird, wie innerhalb eines bestimmten Kontextes am besten die Ziele eines sozialistischen Projektes durchzusetzen sind.

Sozialistischer Internationalismus

Während die Konzentration und Vernetzung des Kapitals international wie national zunimmt, droht den arbeitenden Menschen die Verein-

Die *Kommunitarier*, obschon sich viele von ihnen als Progressive und sogar als Sozialisten sehen, leiten ihre erkenntnistheoretische Position eigentlich aus einer romantisch-pragmatischen Interpretation *Rousseaus* her. Ihre wichtigste Forderung besteht darin, daß Politik von den existierenden Bräuchen und Institutionen einer bestimmten Gesellschaft ausgehen müsse. Von einer solchen Position aus gibt es allerdings keine Möglichkeit, einen kritischen Standpunkt zu entwickeln, mit dem zwischen repräsentativen oder emanzipatorischen Traditionen, Bräuchen und Gewohnheiten zu unterscheiden wäre.

Während die Kommunitarier nicht in der Lage sind, eine reflexive Distanz zum Alltagsleben der Gesellschaft zu gewinnen, bleiben ihre Opponenten – die *demokratischen Rationalisten* – im Abstrakten stecken. Ihre Überlegungen zu Demokratie handeln von einer abstrakten Welt von Individuen, die von allen real existierenden sozio-historischen und politischen Umständen entkleidet ist. Der abstrakte Gebrauch von Allgemeinheiten erzeugt Blindheit gegenüber den unterschiedlichen Effekten, die der Produktionsprozeß auf die Subjekte und auf die strukturellen Antagonismen innerhalb der Gesellschaft hat.

Während die Kommunitarier nicht in der Lage sind, eine reflexive Distanz zum Alltagsleben der Gesellschaft zu gewinnen, bleiben ihre Opponenten – die *demokratischen Rationalisten* – im Abstrakten stecken. Ihre Überlegungen zu Demokratie handeln von einer abstrakten Welt von Individuen, die von allen real existierenden sozio-historischen und politischen Umständen entkleidet ist. Der abstrakte Gebrauch von Allgemeinheiten erzeugt Blindheit gegenüber den unterschiedlichen Effekten, die der Produktionsprozeß auf die Subjekte und auf die strukturellen Antagonismen innerhalb der Gesellschaft hat.

zung. Dabei könnte die wachsende ökonomische Interdependenz sehr wohl die materielle Basis für eine künftige internationale Ordnung darstellen. Aber darin liegen auch Gefahren, weil in einer interdependenten Welt die Handlungen einzelner immer auch andere betreffen. Mit der Unsicherheit wächst daher der Nährboden für Konflikte. Diesen Problemen muß sich ein sozialistisches Projekt stellen.

Spätestens mit der Durchsetzung der Stalinschen Theorie vom »Aufbau des Sozialismus in einem Land« und mit der von ihm initiierten Auflösung der Komintern ist offensichtlich geworden, daß es keine innere Übereinstimmung zwischen den Bedürfnissen eines partikulären Staates und der Weltgemeinschaft gibt und daß die Interessen der Arbeitenden innerhalb einer Nation nicht notwendig mit denen in anderen Staaten zusammenfallen müssen. Heute ist einfach nicht vorstellbar, wie die Schwächung nationaler Souveränität anders vor sich gehen könnte, als durch einen graduellen Machtzuwachs bereits existierender internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen. Die Idee einer apokalyptischen Transformation von Nationalstaaten in eine ›Welt-Gemeinschaft‹ ist mehr denn je im schlechtesten Sinn utopisch. Selbst wenn eine Revolution notwendig wäre, um das politische System und die kulturellen Werte einiger Staaten zu transformieren, würden diese Staaten dennoch über die Bedingungen zu verhandeln haben, unter denen ein Eingriff in ihre Souveränität hingenommen werden könnte. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist es zunächst wichtig, neue internationale Bündnisse zu formieren. Für die westlichen Sozialisten bedeutet dies, daß sie damit anfangen sollten, das Beste aus den neuen Möglichkeiten zu machen, indem sie transnationale Beziehungen stärken und Verbindungen mit den demokratischen Kräften im ehemaligen Ostblock und der ›Dritten Welt‹ knüpfen.

Man sollte sich allerdings keiner Illusion hingeben. Die neue internationale Arena wird auch neofaschistischen Strömungen, wie denen *LePens*, *Haiders* und anderer, neue politische Chancen bieten. Internationalismus wird jene seit jeher bekannten Reaktionen hervorrufen: Chauvinismus, Irrationalismus und Rassismus, Angriffe sowohl auf demokratische wie sozialistische Werte und Organisationen. Der Rahmen für eine neue regionale und internationale Politik eröffnet daher nicht nur Möglichkeiten, Programme und Perspektiven zu entwickeln, die das sozialistische Projekt neu beleben können. Er birgt auch Gefahren. Die Schaffung einer neuen politischen Umwelt, die das neue Millennium zumindest mitbestimmen wird, ist keine rein ökonomische Frage und kein bloßes Organisationsproblem, sondern vor allem auch ein kulturelles.

Internationalismus hat sich folglich aus der bloßen Alternative zwischen Altruismus oder Eigeninteresse in etwas davon sehr Unterschiedenes verwandelt. Was vor einem Jahrhundert richtig war, ist heute mehr denn je gültig. Internationalismus kann nicht nur aus Taktik bestehen; er muß zum Prinzip werden und als Prinzip wirken.

Die global ungleiche Verteilung des Reichtums zu verändern, ist letzten Endes eine politische Frage. Eine darauf gerichtete Politik wird auf die Schaffung von Institutionen setzen müssen, die imstande sind, die Aktivitäten multinationaler Unternehmen wie inter-

nationaler Banken zu regulieren, eine Lösung der Schuldenprobleme in der ›Dritten Welt‹ herbeizuführen und die grundlegenden Errungenschaften des Sozialstaates in die internationale Arena auszudehnen. Dies wird die Entwicklung von politischen Linien einschließen müssen, die Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds zu Refinanzierung und Demokratisierung verpflichten. Neue transnationale Organisationen werden nötig sein, um Steuern zu erheben, Kapitalströme zu kontrollieren und die Tendenz zu ›ungleicher Entwicklung‹ abzuschwächen. Kurz gesagt, ökonomische Reformen von globalem Ausmaß setzen politische Macht voraus.

Dabei ist Bürokratie kaum zu vermeiden, schon weil internationale oder regionale Institutionen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Kommission sonst nicht arbeiten könnten. Dies wird zweifellos auch Tendenzen fördern, immer mehr Macht auf Kosten der Nationalstaaten zu konzentrieren – Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht sind dann nur noch schwer zu garantieren. Tendenzen solcher Art kann nur durch neue Formen politischer Aktionen begegnet werden und möglicherweise vor allem durch eine neue Form ziviler Verantwortung. Für Sozialisten steht die Frage, ob sie willens sind, die Streitarena zu betreten, um Wege vorzuschlagen, die die demokratische Rechenschaftspflicht internationaler Institutionen sichern.

Wenn sich sozialistische Theorie und politische Praxis fest zu Demokratie und Gleichheit bekennen, die auf den Prinzipien von Gegenseitigkeit und Herrschaft des Gesetzes beruhen, dann können demokratische und sozialistische Werte nicht mehr länger nur als ›westlicher Import‹ in Nationen, in denen die Traditionen von Aufklärung und Arbeiterbewegungen fehlen, betrachtet werden. Abgesehen von der Tatsache, daß es ganz einfach illegitim ist, das emanzipatorische Potential einer Idee auf jene Region zu reduzieren, in der sie entstand, war es immer Ziel des Internationalismus, willkürlichen Machtgebrauch seitens der Nationen einzudämmen. Eine internationalistische sozialistische Position müßte daher sowohl Kritik als auch mögliche Sanktionen gegenüber jenen Nationen einfordern, die Herausbildung freier Gewerkschaften oder anderer Organisationsformen der Arbeiterklasse behindern.

Erforderlich ist eine Politikkonzeption, die es vermeidet, daß die Interessen der Bevölkerung mit jenen einer partikulären bürokratischen Organisationsform des Landes gleichgesetzt werden. Es geht darum, die verschiedenen demokratischen Möglichkeiten unterschiedlicher nationaler Organisation anzuerkennen, und es müssen geeignete Kriterien dafür gefunden werden, wie eine sozialistische Antwort auf nationale und internationale Konflikte aussehen kann. Wenn eine politische Theorie des Sozialismus die Schaffung von Bedingungen zum Gegenstand hat, die die Solidarität unter den arbeitenden Menschen fördern – wobei die Stärkung der schwächsten ein wichtiger Maßstab ist –, so muß sich eine internationalistische Politik darauf richten, dauerhafte sozialistische und demokratische Bedingungen in den schwächsten der Nationen herzustellen. Natürlich schließt dies die Wahrung kultureller Traditionen ein.

Nun steht jedoch die Frage, wie man einer unerwünschten *Internationalisierung der Kultur* entgegentreten kann, die vor allem

Im Gegensatz zu den Anhängern des Kommunismus haben sich die herausragendsten Vertreter des demokratischen Rationalismus jedoch außerordentlich bemüht, jene institutionellen Vorbedingungen näher zu definieren, die eine gerechte Ordnung zu berücksichtigen hat: bürgerliche Freiheiten, Mehrparteiensystem, proportionale Repräsentation, öffentliche Subventionen für konkurrierende politische Gruppen, Verteilungsgerechtigkeit, öffentliche Investitionskontrolle, Wirtschaftsdemokratie, Chancengleichheit und eine demokratisch informierte Außenpolitik. Einige Anhänger dieser Richtung waren sogar bereit, die Beiträge von Marxisten oder Sozialisten wie *Rosa Luxemburg* zu diesen Fragen zu würdigen.

durch die Massenmedien befördert wird. Deren Ausstrahlungskraft ist real, und somit kann eine progressive Erwidern darauf nicht darin bestehen, eine ›geschlossene Gesellschaft‹ zu schaffen, oder sich auf Traditionen der Vergangenheit zurückzuziehen und die ohnehin vorhandenen Tendenzen zu Provinzialismus und Mystizismus zu fördern.

Die ›Kulturindustrie‹ ebenso wie auch moderne Spielarten des Romantizismus stellen starke Gegenkräfte dar. Aber, wie in so vielen anderen Bereichen auch, bleibt auch hier nur die Wahl zwischen Widerstand oder Resignation. Das sozialistische Projekt muß folglich hervorheben, worin seine oft vergessene kulturelle Komponente besteht. Nur aus erneuerter internationalistischer Perspektive kann eine progressive Opposition gegen die mechanistische Standardisierung Hollywoods wie auch gegen jene Versuche entwickelt werden, ›Tradition‹ um ihrer selbst willen zu retten. Nicht ohne gewisse Ironie muß man feststellen, daß allein der internationalistische Gesichtspunkt es erlaubt, jene emanzipatorischen kulturellen Beiträge, die von Nationalitäten auf der ganzen Welt hervorgebracht werden, wirklich zu respektieren und sie innerhalb einer Umgestaltung und Neubewertung der ästhetischen Erbschaft der Vergangenheit zu integrieren.

Genauso wie die Demokratie ist auch Internationalismus eine Sache von Herz und Verstand, weniger eine Sache von Schemata und Notizbuch. Die Verpflichtung zur Globalität ist die Hingabe an eine Idee. Der Fetisch von ›technique‹ und ihrer ›Ausführung‹ wird eben genau das bleiben, ein Fetisch, wenn keine positive Antwort auf Chauvinismus und Partikularismus vom Standpunkt einer noch immer nicht thematisierten und schon gar nicht realisierten ›Vielfalt in der Einheit‹ gefunden wird. Kultur also ist ein Gebiet, auf dem sozialistische Intellektuelle eine entscheidende Rolle zu spielen haben. Nur durch ein solches kulturelles Engagement können verbleibende Formen sowohl des Autoritarismus als auch die entkräftende kapitalistische Akkumulationslogik herausgefordert werden; nur auf diese Weise ist es möglich, den Sozialismus als ein sich entwickelndes ›Projekt‹ zu verwirklichen, ein Projekt, das darauf gerichtet ist, jenen unendlichen Reichtum menschlicher Erfindungsgabe und Produktivität freizusetzen, dessen Möglichkeiten niemals im voraus festgelegt werden können.

Aus dem Amerikanischen von EVA GRÜNSTEIN-NEUMANN

HENNER FÜRTIG

Islam, Islamismus und Terrorismus

Mit den Terroranschlägen auf wirtschaftliche und militärische Wahrzeichen der westlichen Führungsmacht erhielt das junge 21. Jahrhundert sein erstes weltweites Diskussionsthema: Was ist der Islam, was wollen die Muslime, entsteht nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation eine neue globale Konfliktachse?

Zwar fiel in den unzähligen Medienberichten und Talkshows hierzulande manches kluge, abwägende und erhellende Wort zum Problem, das Gros der Berichte wurde aber einmal mehr von grob vereinfachenden Positionen beherrscht, die den Westen und die parlamentarische Demokratie im Entscheidungskampf mit dem Islam und Terrorismus sahen und – wenn sie noch die Geschichte bemühten – das christliche Abendland in seiner jahrhundertealten Auseinandersetzung mit morgenländischem Dunkelmännertum. Dieses Bild vermitteln nicht nur die Balkenüberschriften der Boulevardzeitungen, sondern auch die Kolumnen manch ›seriösen‹ Blattes und selbst wissenschaftliche Werke, von denen *Samuel Huntingtons Kampf der Kulturen*, das unlängst eine weitere deutsche (Taschenbuch)Ausgabe erfuhr, wohl das prominenteste ist. Als prägend müssen aber auch die Positionen westlicher Politiker und Militärstrategen gelten, die bis in die jüngste Vergangenheit hinein weniger als Korrektiv, sondern eher als Katalysator wirkten.

Seitdem 1979 Schah *Mohammed Reza Pahlavi* durch islamische Revolutionäre vom iranischen Pfautron gestoßen wurde, hatte noch jeder amerikanische Präsident einen ›Erzfeind‹ in der islamischen Welt. Mit dem Sturz des Schahs, ihres damaligen Hauptverbündeten im Mittleren Osten, mußten die USA eine strategische Schlappe hinnehmen. Nicht nur, daß Iran, das Land mit der zweitlängsten Landesgrenze zur damaligen Sowjetunion, aus dem westlichen Lager ausschied, auch der Militärpakt CENTO brach auseinander. Die amerikanische Präsenz am Persischen Golf, der wichtigsten Region für die Weltenergieversorgung, die Präsident *Carter* noch 1977 als von »vitalem Interesse« für sein Land erklärt hatte, war gefährdet. Ihn kostete der Fehlschlag der US-amerikanischen Iran-Politik zunächst einmal die Wiederwahl. Sein Nachfolger, *Ronald Reagan*, pflegte die Gegnerschaft zum iranischen Revolutionsführer *Ajatollah Khomeini*, erkor sich dann aber doch den libyschen Präsidenten *Gaddafi* zum Hauptfeind. *Bush senior* führte den zweiten Golfkrieg gegen den irakischen Präsidenten *Saddam Hussain*, sein Nachfolger *Bill Clinton* verteilte seine Antipathie in seiner ›dual-containment‹-Politik auf den irakischen und den iranischen Staatsführer. Mit dem



Henner Fürtig – Jg. 1953; Dr. phil. habil., studierte in Leipzig Arabistik und Geschichte, arbeitete an der Universität Leipzig, in Teheran, Kairo und am Zentrum Moderner Orient, Berlin, zahlreiche Arbeiten zur Zeitgeschichte und Politik des Vorderen Orients, insbesondere der Golfregion; kürzlich erschien: »Islamische Welt und Globalisierung. Aneignung, Abgrenzung, Gegenentwürfe« (Würzburg 2001). Foto: privat

»Kreuzzug« von *Bush junior* gegen *Usama bin Laden* beginnt nicht etwa ein neuer Konflikt, damit endet (vorläufig?) eine lange Reihe von Auseinandersetzungen.

Gleichwohl verfügte und verfügt die US-amerikanische Regierung über verlässliche Verbündete in der islamischen Welt: seien es die ägyptischen Präsidenten *Sadat* und *Mubarak* oder die saudi-arabischen Könige *Faisal*, *Khalid* und *Fahd*. Nur wurden und werden diese, wie viele ihrer muslimischen Landsleute, immer wieder durch die traditionelle Parteinahme der USA im Nahostkonflikt für Israel düpiert. Damit wird die Ebene der Personalisierung des Konfliktes verlassen, die zwar das Bild schärft, es jedoch auch vereinfacht. Zur Vervollständigung des Überblicks gehört zudem unbedingt die Neuorientierung des westlichen Verteidigungsbündnisses nach dem Ende des Kalten Krieges. Mag diese auch dadurch geprägt worden sein, daß der in diesem Krieg siegreiche Westen den ersten Waffengang danach mit der Operation ›Wüstensturm‹ gegen ein islamisches Land richtete, ihre Substanz ist klar und findet sich in Äußerungen führender NATO-Vertreter wieder. Der damalige Oberbefehlshaber *John Galvin* verabschiedete sich aus Brüssel nicht ohne die neue Richtung vorzugeben: »Den Kalten Krieg haben wir gewonnen. Nach einer siebzigjährigen Abirrung kommen wir nun zur eigentlichen Konfliktachse der letzten 1300 Jahre zurück. Das ist die große Auseinandersetzung mit dem Islam.«¹ Und Generalsekretär *Willy Claes* erklärte 1995, daß der islamische Fundamentalismus eine ebenso große Gefahr für den Westen bedeute wie vordem der Kommunismus.

Nun soll hier keine einseitige Schuldzuweisung vorgenommen oder gar eine Umkehrung der Tatbestände versucht werden. Aber der 11. September hatte eine Vorgeschichte. Und auch wenn die Opfer dieses Schreckenstages bekannt sind, die Täter sind es nicht – zumindest nicht eindeutig und nicht für jedermann. Schon die Projektionen der zitierten NATO-Repräsentanten zeigen sich widersprüchlich. Für *Galvin* hieß der Gegner »der Islam«, für *Claes* »islamischer Fundamentalismus«, für seinen Amtsnachfolger *Robertson* heißt er »islamistischer Terrorismus«. Wie verhalten sich diese Begriffe zueinander? Sind sie deckungsgleich oder haben sie nichts miteinander zu tun? Zwischen diesen Polen suchen die folgenden Ausführungen ihren Platz.

Islam

Der Islam ist in erster Linie eine monotheistische *Weltreligion*, die in ihrer jahrhundertlangen Geschichte ein reiches und vielfältiges historisches Erbe entwickelte. Die gegenwärtig mit dem Islam in Zusammenhang gebrachten Erscheinungen können schon allein deshalb nicht zur ausschließlichen Wesensbestimmung herangezogen werden, weil sie nur auf einen außerordentlich kleinen und häufig genug auch willkürlich gewählten Ausschnitt dieser Geschichte zurückgreifen. Aber: Auch der Islam des – hier willkürlich gewählten – 14. Jahrhunderts bleibt Islam. Im Kern bedeutet das, daß sich in seiner langen Geschichte stets Phasen der Reaktion und Besinnung mit Phasen der Aktion und Erneuerung ablösten, nicht ausschließlich chronologisch, sondern sich an vielen Orten gleichzeitig

1 Zit. nach: Der Islam – eine Gefahr für die Welt? In: Zeit-Punkte, Hamburg, (1993)1, S. 24.

entwickelnd, überlappend oder ablösend. Der ›Atem‹ der Religion ist ruhig und gemessen, seine Bewegungen schlagen lange Bögen.

Zum Islam bekennen sich gegenwärtig über eine Milliarde Menschen auf verschiedenen Kontinenten. Er besitzt mithin so viele lokale ›Färbungen‹, daß von ›dem Islam‹ nicht gesprochen werden kann. Selbst der Verweis auf seine theologischen Grundlagen widerspricht dieser Aussage nicht. Die Religion zeigt sich extrem differenziert, nicht nur zwischen *Sunniten* und *Schiiten*, sondern auch innerhalb dieser großen Konfessionen, die etwa verschiedene Rechtsschulen entwickelten oder unterschiedlichen Imamen folgten und folgen; ganz zu schweigen von den verschiedenen Spielarten des Volksislam oder der islamischen Mystik, zum Beispiel des Sufismus.

Erst vor diesem Hintergrund als traditions- und facettenreiche Religion kann der Islam auch als Lebensweise, Weltanschauung und Kultur beschrieben werden, der moralische und ethische Wertvorstellungen seiner Anhänger prägt und somit auch in ihr soziales, politisches und kulturelles (Alltags)Leben hineinreicht. Deshalb hat es zum Beispiel auch zu allen Zeiten Bestrebungen gegeben, den Islam politisch zu instrumentalisieren. Ebenso gab und gibt es in Vergangenheit und Gegenwart immer einen hohen Prozentsatz an Muslimen, die sich einer Politisierung ihrer Religion verweigern, weil sie darin eine ›Beschädigung‹ oder gar ›Entweihung‹ sehen. Allerdings läßt sich feststellen, daß die Tendenzen zur Politisierung immer dann zunahmen, wenn sich die islamische Welt in Umbruchs-, Krisen- oder Bedrohungssituationen wähnte oder tatsächlich befand.

Eine besonders einschneidende derartige Situation entstand mit dem neuerlichen (nach den Kreuzzügen) massiven ›Einbruch‹ des Westens in die islamische Welt. *Napoleons* Sieg bei den Pyramiden 1798 war eben mehr als nur eine Episode, denn er bereitete dem Kolonialismus und Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts den Boden. Neben den primären Folgen von Ausplünderung und Unterjochung beschäftigte die Muslime auf geistiger Ebene jetzt vor allem die Frage, wie es dem Westen so nachhaltig gelingen konnte, die doch im eigenen Selbstverständnis überlegene, da zuletzt verkündete und somit vollendete Buchreligion und die aus ihr hervorgegangene Kultur und Gesellschaft zu besiegen?

Eine der Antworten bestand im Entstehen einer Reform- und Erneuerungsbewegung des Islam im ausgehenden 19. Jahrhundert, die allein schon durch die Tatsachen, daß sie Bestehendes in Frage stellte, politisch wirkte.

Etappen der Politisierung

Die erste Generation der Reformen stand dem Westen und damit Begriffen wie Modernisierung, Reform und Entwicklung im allgemeinen positiv gegenüber und versuchte nicht nur auf materiellem, sondern auch auf geistigem Gebiet, Anschluß zu finden beziehungsweise Übereinstimmungen herzustellen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand eine zweite Generation, geprägt von den Erfahrungen des Kolonialismus, des Sozialismus, des Faschismus, der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges. Während die erste Generation den Westen und seine Errungenschaften im we-

sentlichen schätzte, verband sich in der zweiten Generation die Anerkennung der industriellen und technischen Überlegenheit des Westens mit Zweifeln an den Folgen von Modernisierung und Entwicklung. Es wurde eine Kluft zwischen materieller Macht und geistigen, insbesondere moralischen und ethischen Mängeln ausgemacht. Schon diese Generation prägte das im gegenwärtigen politischen Islam virulente Axiom von der materiellen Überlegenheit des Okzidents bei gleichzeitiger geistiger Überlegenheit des Orients. Sie legte den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten deshalb in den Kultur-, vor allem in den Bildungsbereich. Explizit politische Forderungen und Aktionen blieben demgegenüber die Ausnahme.²

2 Vgl. Rajaei, Farhang: *Globalization and Factionalism in Revolutionary Iran*, Draft Paper, o. O., o. J., p. 4f.

Politischer Kampf hieß in dieser Periode vor allem antikolonialer Kampf und dieser fand vornehmlich unter der Flagge des Nationalismus statt. Das Ziel bestand darin, in den von den Kolonialmächten definierten Grenzen die ›nationale‹ Unabhängigkeit zu erreichen. Als sich an der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von den ›Mutterländern‹ auch nach dem Erreichen dieses Zieles nichts Grundlegendes änderte, wurde der Nationalismus in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts vielfach durch (Proto)Sozialismus ergänzt oder ersetzt. Die sich ab diesem Zeitpunkt formierende ›Zweite Welt‹ versprach Beistand, Beispiel, Modell und Kontrastprogramm gegenüber und zu den bisherigen Hegemonialmächten, die im islamischen Kerngebiet des Mittleren Ostens und Nordafrikas ausschließlich aus dem Westen kamen. Um so größer die Ernüchterung, als sich die Erkenntnis durchsetzte, daß damit im Regelfall nur eine Abhängigkeit gegen eine andere ausgetauscht worden war.

3 Vgl. Arkoun, Muhammad: *Rethinking Islam; Common Questions, Uncommon Answers*, Boulder u. a. 1994, p. 12.

Erst vor diesem Hintergrund erhielt eine dritte Generation islamischer Reformer Zulauf, die sich gegen jede weitere Übernahme fremder ›-ismen‹ wandte und die Lösung der Probleme in der Rückbesinnung auf das Eigene und Authentische, den Islam, propagierte. Der Westen wurde jetzt nicht länger als Quelle von Fortschritt und Entwicklung angesehen, sondern als ›Krankheit‹, deren Erreger auch auf die islamische Welt übergreifen hätten und die es zu eliminieren galt.³ Aus dieser Positionierung erwuchs auch die bis in die Gegenwart zu beobachtende Manie, den Westen für alle Mängel, Ungerechtigkeiten und Gebrechen im eigenen Lebensumfeld verantwortlich zu machen und so endogene Verursachungszusammenhänge entweder nicht wahrzunehmen oder zu negieren.⁴

4 Vgl. Massarat, Mohssen: *Einleitung: Aufstieg des Okzidents und Fall des Orients*, in: Ders. (Hg.), *Mittlerer und Naher Osten: Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung*, Münster 1996, S. 13.

Globalisierung

Historischer Zufall oder nicht, bestechend ist die zeitliche Übereinstimmung der Herausbildung und Reife dieser dritten Generation mit der rasant beschleunigten Globalisierung im ausgehenden 20. Jahrhundert. Um dieses Wechselverhältnis zu verstehen, hilft die in vielen Fällen nützliche, weil instrumentelle und abstrahierende Definition von Globalisierung als immer dichtere und schnellere, tendenziell den gesamten Erdball umfassende Verflechtung zwischen räumlich weit entfernten Strukturen, Prozessen und Ereignissen, wie sie 1990 von *Anthony Giddens* vorgenommen wurde⁵, nicht. In der islamischen Welt werden nämlich die prinzipiellen Asymmetrien dieser wachsenden globalen Verflechtungen viel stärker wahrgenommen. Globalisierung wird hier nicht so sehr als weltweite

5 Vgl. Giddens, Anthony: *The Consequences of Modernity*, Cambridge 1997, p. 64.

Homogenisierung erfahren, sondern vielfach mit der Durchsetzung von Interessen, Werten und Lebensformen ›des Westens‹ gleichgesetzt.

Zu dieser Sichtweise trug gleichfalls bei, daß die Mehrzahl der muslimischen Intellektuellen und Politiker – wie übrigens auch ihre Kollegen im Westen – der Globalisierung jede historische Tiefe absprachen und sie in ursächlichen Zusammenhang mit dem Sieg des Westens im Kalten Krieg setzten. »Wissenschaftler quer durch alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen glauben, daß sie Zeugen der Entstehung einer neuen Welt sind. Übereinstimmend wird 1989, jenes memorable Jahr, in dem die alte bipolare Ordnung zusammenbrach, als Wendepunkt angesehen... Es wurde notwendig, neue Konzepte zu entwerfen, unter denen ausführliche Bestimmungen von Globalität einen zentralen Platz einnehmen. Globalität, so scheint es, ist genau der Begriff, der treffend die entstehende neue Welt beschreibt.«⁶ So beschrieb 1993 der damalige Direktor des renommierten Al-Ahram-Zentrums für Strategische Studien in Kairo, *Sayyid Yasin*, seine Sicht auf die neue Ära. Globalisierung wäre nicht entstanden, wenn die ›Zweite Welt‹, das ›Evil Empire‹, noch bestehen würde, ist sich *Zuhair Dibaya* sicher.⁷ Vor diesem Hintergrund lassen sich drei wesentliche muslimische Wahrnehmungen von Globalisierung ausmachen:

Erstens führt Globalisierung zur *politischen Marginalisierung* der islamischen Welt. Bei der ›Neueinrichtung‹ der Welt unter Globalisierungsbedingungen scheint der Westen den islamischen Staaten offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle zugestehen zu wollen.⁸

Zweitens bewirkt Globalisierung *wirtschaftliche Abkoppelung*. Viele Experten in der islamischen Welt teilen die weltweit vorherrschende Meinung, daß sich der Schwerpunkt des internationalen Wettbewerbs unter Globalisierungsbedingungen vom kulturellen, ideologischen oder militärischen auf das wirtschaftliche Feld verlagert hat.⁹ Die islamischen Staaten können sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Allerdings scheinen die Rollen verteilt; Muslime werden einerseits als Konsumenten westlicher Produkte, westlicher Produktionstechniken und Technologien sowie andererseits als Lieferanten billiger Arbeitskraft und billiger Rohstoffe geschätzt.¹⁰ Die den Muslimen zu Gebote stehenden ökonomischen Voraussetzungen, um daran Grundsätzliches zu ändern, sind allerdings nur gering entwickelt. Per Saldo wird ökonomische Globalisierung daher als weitere Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, als Verelendung großer Bevölkerungsteile, grassierende Korruption und Verschuldung sowie als steigende Abhängigkeit von ausländischem know-how und Technologietransfer wahrgenommen.¹¹

Drittens schafft Globalisierung *kulturelle Identitätsprobleme*. Ungeachtet der Anerkennung des Primats ökonomischer Faktoren bei der Positionsbestimmung in der Globalisierung, überwiegen in der islamischen Welt zahlenmäßig Wortmeldungen zu kulturellen Aspekten. Das ist möglicherweise auch ein Ausdruck der tiefen Wirkung, die *Huntingtons* ›Kriegserklärung‹ an den Islam – Zivilisation und Kultur zum Schlachtfeld bestimmend – hinterlassen hat. Viele Muslime vertreten die Meinung, daß der Westen sein ökonomisches, finanzielles und technologisches Übergewicht nutzt, um den Globa-

6 Yasin, Sayyid: Future mapping of the new global order, in: The Arab Strategic Report 1993, Kairo 1994, p. 2.

7 Vgl. Dibaya, Zuhair: Globalization: The Last Sky. Helsinki: Institute of Development Studies, Working Papers No. 11, 1996, p. 5.

8 Vgl. Said, Abdel Moneim: After the Cold War: The International System between Chaos and Stability, in: The Arab Strategic Report 1993, a. a. O., p. 3f.

9 Vgl. Najjar, Said: An-nizam al-iqtisadi al-'alami ala 'ataba al-qarn al-hadi wa'l-ishrin (Das globale Wirtschaftssystem an der Schwelle zum 21. Jahrhundert), in: Ders. (Hg.), Tajdid an-nizam al-iqtisadi wa's-siyasi fi Misr (Die Erneuerung des wirtschaftlichen und politischen Systems in Ägypten). Bd. 2, Kairo 1997, S. 13-41.

10 Vgl. Ehteshami, Anoushiravan: Islamic Fundamentalism and Political Islam, in: White, B./Little, R./Smith, M. (eds.), Issues in World Politics. Basingstoke 1997, p. 197.

11 Vgl. Azzam, Mahmoud: Islamist Attitudes to the Current World Order, in: Islam and Christian Muslim Relations, (1993)2, p. 254 f.

12 Vgl. Muhammad, Ali Abdel: *The Arabs and the West: Towards a Constructive Dialogue*, in: *Strategic Papers*, (1995)36, p. 18 f.

13 Vgl. Ali, Hussein: *The New World Order and the Islamic World*, in: *The American Journal of Islamic Social Sciences*, (1991)3, p. 465.

14 Lamy, Peter in: *TIME Magazine*, New York, 24. September 2001, p. 42.

15 Vgl. auch Turner, Bryan S.: *Politics and Culture in Islamic Globalism*, in: Robertson, R./Garrett, W. R. (eds.), *Religion and Global Order*, New York 1991, p. 172.

lisierungsprozeß zu dominieren. Im kulturellen Austausch bestünden erhebliche Diskrepanzen. So würden zum Beispiel westliche Seifenoperen auch in arabischen und afrikanischen Städten die Straßen leeren. Immer blieben Quelle und Richtung des Gebens gleich; von Nord nach Süd beziehungsweise von West nach Ost. Es existiere stets nur ein Sender: der Westen, während die Empfänger immer im Süden säßen.¹² Diese mediale Omnipräsenz westlicher sozialer Normen, Lebens- und Denkweisen erzeugt deshalb bei vielen muslimischen Konsumenten einerseits Gefühle der Unterlegenheit und Unzulänglichkeit¹³ und andererseits der Gefährdung eigener Normen und Werte.

Hier schließt sich der Kreis zum oben erwähnten Wechselverhältnis zwischen der ›dritten Generation‹ muslimischer Reformer und der Globalisierung. »Sie (die Muslime) befürchten, daß ... (Globalisierung) ihre Sprache ausrotten wird. Ihre Religion. Ihre Art zu leben. Verwestlichung als der herrschende Lebensstil. Kapitalismus als das überlegene Wirtschaftssystem. Englisch als dominierende Sprache. Tourismus als führender Industriezweig. Diese Erscheinungen werden als bedrohlich empfunden, und das nicht nur von einigen Verrückten.«¹⁴ *In der Quintessenz bedeutet dies, daß weder Kolonialismus noch Imperialismus den Muslim in seiner eigentlichen Substanz und Identität so gefährdeten wie die Globalisierung.* Den Kolonial- wie den imperialistischen Mächten ging es um die Muslime als Arbeitskräfte und Konsumenten beziehungsweise (später) als ›Verfügungsmasse‹ im Kalten Krieg. Wenn sich im Verlauf der jahrzehntelangen Einflußnahme in den islamischen Ländern eine prowestliche beziehungsweise ›verwestlichte‹ Schicht herausbildete, so blieb sie doch immer Minderheit. Globalisierung durchdringt jedoch alle Lebensbereiche und verfügt nicht über ein identifizierbares ›Gesicht‹. Es hält sich nur der diffuse Eindruck, daß sie vom Westen ausgeht und von dort geprägt wird.

Vor diesem Hintergrund erscheint nur der Islam als immun, verheißt nur er einen authentischen Ruhe- beziehungsweise Fluchtpunkt, so erklärt sich auch seine Bedeutung als am schnellsten wachsende Weltreligion. Aber, wie bereits angeführt, nicht jeder Muslim, der in der Moschee Zuflucht und Geborgenheit sucht, vertritt die Absicht, aus seiner Religion eine Politik zu machen. Nur die Anhänger dieser Richtung, die eine Rückkehr zu den idealisierten Zeiten des Propheten *Muhammad* und der vier rechtgeleiteten Kalifen fordern und die Einheit von Religion und Staat (*din wa daula*) predigen, werden im allgemeinen als islamische Fundamentalisten bezeichnet.

Islamismus

Der Begriff *Fundamentalismus* entstand ursprünglich im Zusammenhang mit Erneuerungsbewegungen innerhalb der protestantischen Kirche und scheint damit ›besetzt‹ zu sein. Außerdem beschreibt er die politische Ausrichtung nicht präzise genug. Viele Experten bevorzugen deshalb den Begriff *Islamismus*.

Für Islamisten muß der Islam als das ursächlich Eigene nur von ›folkloristischen Zutaten‹ und ›fremden Hinzufügungen‹ befreit werden, um als den Muslimen gemäßer, dynamischer und progressiver politischer Faktor zu wirken.¹⁵ Politische Modelle und Modernisie-

rungsversuche nach westlichem Vorbild hätten Muslime dagegen stets zu Objekten degradiert und damit verhindert, daß sie sich zu aktiv handelnden Subjekten entwickelten.¹⁶ Da der Islam aber die höchste Vollkommenheit verkörpere, halte er auch eine Lösung für jedes mögliche soziale, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Problem bereit (al-Islam huwa al-hall – Der Islam ist die Lösung!).

Einer wünschenswerten, vollständigen Durchsetzung des Islam stellen sich aus islamistischer Sicht vor allem zwei Kräfte in den Weg: erwartungsgemäß ›der Westen‹ als geistig-kulturelle, wirtschaftliche und politische Macht sowie die existierenden Regimes in der islamischen Welt mit ihren Repräsentanten, denen Komplizenschaft mit dem Westen vorgeworfen wird. Nicht von ungefähr ist der Islamismus in den Ländern, deren außenpolitische Ausrichtung als prowestlich gilt (Ägypten, Jordanien, Algerien, Tunesien) oder die sogar Mitglied der NATO sind (Türkei), am stärksten.

Wie diese Aufzählung zeigt, ist der Islamismus hier vor allem Oppositionsbewegung. Seine Protagonisten stammen im wesentlichen aus der erwähnten ›dritten Generation‹ von Reformern und hierbei exemplarisch aus der 1928 in Ägypten gegründeten *Muslimbruderschaft*; entweder aus ihr selbst oder aus ihren zahlreichen Ablegern, Zweigorganisationen oder Neugründungen. Die Verheißung eines ›gerechten und egalitären islamischen Staates‹ schon im Diesseits verschaffte und verschafft ihnen ungebrochenen Zulauf aus jener Mehrheit der Muslime, die sowohl unter kolonialen Bedingungen der Vergangenheit als auch unter den gegenwärtigen realen Gegebenheiten der meisten islamischen Länder überzeugt war beziehungsweise ist, bei der Verteilung des materiellen und geistigen Reichtums sowie der politischen Macht nur unzureichend beteiligt zu sein. Gerade die ägyptische Muslimbruderschaft beweist aber auch, daß Islamismus und Gewalt sich nicht zwangsläufig bedingen. Schon vor langer Zeit hat die Organisation der Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele abgeschworen und plädiert für die friedliche Etablierung einer ›islamischen Gesellschaft‹. Erst nach deren Vollendung könnten dann Politik und Religion in einem ›islamischen Staat‹ verschmelzen.

Radikalität, wenn auch nur verbaler Natur, zeigt sie lediglich in der Ablehnung des Westens. Die Weltpolitik unterliegt ihren Dogmen zufolge westlichem Diktat. Muslimische Belange und Anliegen würden in der Regel ignoriert; in jüngster Zeit besonders exemplarisch bei der Lösung des Nahostkonflikts, im Bürgerkrieg in Jugoslawien und bei der Kuwaitkrise.¹⁷ Besonders das zuletzt genannte Ereignis bildete einen wichtigen Bezugspunkt für die islamistische Wahrnehmung von Globalisierung. Die im Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg von Präsident *Bush senior* proklamierte ›Neue Weltordnung‹ war offensichtlich als universeller Rahmen zukünftiger internationaler Beziehungen gedacht. Für Islamisten war aber vor allem entscheidend, daß sich diese neue Ordnung gerade über die Niederlage eines Landes der islamischen Welt profilierte. Durch Verlauf und Ausgang des zweiten Golfkriegs ausgelöst und durch die weitere Entwicklung in den neunziger Jahren bestärkt, gewann nun eine Position die Oberhand, die Globalisierung als ›alten Wein in neuen Schläuchen‹, als westlichen Imperialismus in neuem

16 Vgl. Kamal Pasha, Muhammad/Samatar, Ali: *The Resurgence of Islam*, in: Mittelman, J.H. (ed.), *Globalization: Critical Reflections*, Boulder 1996, p. 188.

17 Vgl. Azzam, Mahmoud: *Islamist...*, a. a. O., p. 255 f.

18 Vgl. Yasin, Sayyid: *Fi mafhum al-aulama* (Zum Verständnis der Globalisierung), in: Huli, U. A. al- (Hg.), *Al-arab wa'l-aulama* (Die Araber und die Globalisierung), Beirut 1998, S. 23-34.

19 Vgl. Rajaei, Farhang: *Globalization...*, a. a. O., p. 5.

20 Vgl. Zubaida, Sami: *Islam. The People & The State*, London, New York 1993, p. 16.

21 Itscherenska, Ilse/ Hassan, Nader (Hg.): *Ajatollah Chomeini: Der islamische Staat*, Berlin 1983, S. 30.

Gewande, ja als höchste Entwicklungsform des westlichen Imperialismus definierte.¹⁸

Auch wenn ihnen diese Sichtweise gemeinsam war, so entstand doch mit der iranischen Revolution 1979 – neben der fortbestehenden ›dritten‹ – eine ›vierte‹ Generation islamischer ›Politiker‹. Sie unterscheidet sich in Anspruch und Aufgabe dadurch von der dritten Generation, daß sie versucht, aus deren abstrakten Theorien eine funktionierende Praxis werden zu lassen. Mit ihrem Sieg formierten die iranischen Islamisten aus der Protest- und Oppositionsbewegung heraus eine machtausübende Bewegung. Revolutionsführer *Ajatollah Khomeini* wurde zur Galionsfigur der vierten Generation.¹⁹ In seinem Hauptwerk *Velayat-e Faqih* (Die Herrschaft des Rechtsgelehrten, auch unter »Der islamische Staat« bekannt) begründete *Khomeini* seine Auffassung, daß die Trennung der Religion von der Politik und ihre Beschreibung als Regelwerk von Gebet und Ritual dem Geist und den Lehren des Islam fundamental widersprächen. Damit kann *Der islamische Staat* als das Standardwerk des politischen Islam und dessen Kernthese von der Untrennbarkeit von Religion und Politik im Islam gelten. Der Islam sei vor allem ein göttliches Gesetz, nicht dazu gegeben, um studiert und in religiösen Schulen gelehrt zu werden, sondern angewendet und in Form eines Staates institutionalisiert zu werden. Der Prophet habe eindeutig einen islamischen Staat vorgesehen.²⁰ Die Trennung sei daher künstlich und den Muslimen vom imperialistischen Westen aufgezwungen worden, um sie besser kontrollieren und ausplündern zu können. »Während der Besetzung Iraks fragte einmal so ein Kerl, ein englischer Militär, ob das, was der Gebetsrufer vom Minarett ausruft, der Politik Englands schadet. Die Antwort war: ›Nein‹. Dann sagte er: ›Laßt ihn rufen!«

Wenn ihr euch nicht gegen die Politik der Kolonialisten wendet, wenn ihr den Islam nur als Bündel Gesetze betrachtet, immer nur von ihnen redet und diese Sphäre nie verläßt, unternimmt niemand etwas gegen euch. Ihr könnt rituelle Gebete verrichten, soviel ihr wollt. Sie wollen euer Erdöl. Um eure rituellen Gebete kümmern sie sich nicht. Sie wollen unsere Bodenschätze. Sie wollen unser Land zu einem Absatzmarkt für ihre Waren machen...«²¹

Die unmittelbar nach dem Sieg der Revolution einsetzenden Versuche, sie selbst und damit das islamistische Staatsmodell zu exportieren (*sudur-e enqelab*), scheiterten aus vielen Gründen, unter anderem an ihrem schiitischen Charakter angesichts einer achtzigprozentigen sunnitischen Mehrheit unter den Muslimen der Welt. Die iranische Führung sah sich gezwungen, den ›islamischen Staat‹ zunächst in den Landesgrenzen zu errichten und ihm möglichst Beispielcharakter zu verleihen. Das führte zur charakteristischen ›Zerrissenheit‹ iranischer Politik zwischen der Verfolgung nationalstaatlicher Interessen und islamischem Sendungsbewußtsein.

Für letzteres fühlt sich vor allem die geistliche Führung verantwortlich. Sie sah nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine neue Chance gekommen, das fast zeitgleiche Scheitern des Revolutionsexports, den Tod *Khomeinis* und die faktische Niederlage im Krieg gegen Irak zu kompensieren. Dabei beriefen sie sich auf den – auch für andere Weltreligionen typischen – Anspruch des Islam, universell gültig zu sein. Der Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems

habe nun eine einzigartige Gelegenheit geboten, der Menschheit den Islam als das ›gerechteste‹ soziale und politische Ordnungsangebot zu unterbreiten²² und ihn als neue, in sich geschlossene Alternative zum westlichen Kapitalismus zu propagieren. Die geistlichen Führer Irans verkündeten deshalb mit Bedacht eine neue Bipolarität in der Weltpolitik, auf deren einem Pol sie sich selbst als Kern eines revitalisierten und politisierten Islam ausmachten, während der andere Pol dem Westen und insbesondere seiner amerikanischen Führungsmacht zugeschrieben wurde. Dieser Anspruch wurde nicht nur von sunnitischen Muslimen, sondern auch im Westen aufgegriffen beziehungsweise kommentiert. So behauptete *Musa Saleem*, der Direktor des Islamischen Instituts in London: »Wie auch der Kommunismus, dessen unausweichlicher Untergang sich früher als erwartet ereignete, kommt nun mit großen Schritten auch die Zeit des Untergangs des westlichen Systems, wie wir es bisher kannten. Es gibt aus unserer Sicht kein anderes System als den Islam, der dieses ersetzen könnte. Eher früher als später werden islamische Werte und Ideale in unterschiedlichem Maße in die westliche Kultur und Politik vordringen. Wir sagen voraus, daß sich dieser Prozeß in den kommenden 25 Jahren vollziehen wird.«²³ Und der bekannte US-amerikanische Experte *Graham Fuller* bestätigte: »Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gibt es außer dem radikalen Islam kein anderes in sich geschlossenes Glaubenssystem, das über ein großes geographisches Gebiet verbreitet ist und das scharf, eindeutig und systematisch den Westen kritisiert.«²⁴ Für die iranische vierte Generation war dabei vor allem von Bedeutung, daß die Islamische Republik Iran als Zentrum dieses islamischen Pols anerkannt war.

Von diesem Bestreben beseelt, beteiligten sich ihre Repräsentanten auch am Globalisierungsdiskurs. Die iranischen Argumente betonten nicht so sehr das Eigene beziehungsweise die Abgrenzung vom Globalisierungsprozeß, sondern sie versuchten, den islamischen Universalismus mit der Globalisierung zu amalgamieren, indem man das Wesen letzterer veränderte, faktisch eine ›Gegenglobalisierung‹ einleitete. Wenn Globalisierung nichts anderes ist als ein Synonym für »permanente Versuche des Westens, sein Wertesystem weltweit zu exportieren«²⁵, dann müsse der Islam dem sein eigenes Wertesystem entgegenstellen, also zum Beispiel Gerechtigkeit, Genügsamkeit und Egalitarismus. Wenn die westliche Moderne auf säkularem Materialismus basiere und Wissenschaft sowie Vernunft vor Ethik und Moral rangierten, dann müsse der Islam dem eine Moderne gegenüberstellen, die sich auf Glauben, Geduld, Augenmaß und Ausgleich stützt.²⁶ Im Kern der ›Gegenglobalisierung‹ stünden der Koran und seine Botschaft, das heißt das beständige Bestreben der Menschheit, »auf zwei Ebenen zu reagieren ... mit dem äußeren Projekt der Schaffung einer gerechten sozialen Ordnung und dem inneren Ziel der Annäherung der Menschen an ihren Schöpfer«²⁷. Die islamische ›Gegenglobalisierung‹ verdient ihren Namen, denn sie zielt auf den gesamten Erdball. Sie ist ein Versuch, »auf der globalen Ebene eine neue *Gemeinschaft* zu schaffen...«²⁸, ein Versuch, die islamische Gemeinschaft, die *umma*, in einem ›Weltstaat‹ zu einen, damit sie ihre göttliche Verpflichtung erfüllen kann, »die Welt zu führen...«²⁹

22 Vgl. Hazim Shah, Muhammad: Islam and Contemporary Western Thought: Islam and Post-modernism, in: The American Journal of Islamic Social Sciences, (1996)2, p. 260.

23 Saleem, Musa: The Muslims and the New World Order, London 1993, p. 4.

24 Fuller, Graham E./ Lesser, Ian O.: A Sense of Siege, New York 1998, p. 2.

25 Sanjar, Ibrahim: Nofuz-e Amrika dar Iran: Barresi-ye siyasat-e kharji-ye Amrika va ravabet-e ba Iran (Der amerikanische Einfluß in Iran. Die Ziele der amerikanischen Außenpolitik und die Beziehungen zu Iran), Teheran 1989, S. 33.

26 Vgl. Ahmad, Ali S.: Media Mongols at the Gates of Baghdad, in: New Perspectives Quarterly, (1993)3, p. 10.

27 Eaton, Roul M.: Islamic History as Global History, in: Adas, M. (ed.), Islamic & European Expansion. The Forging of a Global Order, Philadelphia 1993, p. 31.

28 Turner, Bryan S.: Politics and Culture..., a. a. O., p. 178.

29 Issawi, Charles: Cross-Cultural Encounters and Conflicts, Oxford 1998, p. 15.

Es kann hier nicht darum gehen, den Realitätsgehalt der ›Gegenglobalisierung‹ zu bewerten, der sogar von vielen Muslimen bezweifelt wird. Für die geistliche Führung Irans manifestiert sie trotzdem einen Teil der Staatsdoktrin, weil islamisches Sendungsbewußtsein eine der Säulen bleibt, auf der die Islamische Republik Iran ruht.

Die hier vorgestellten Muster der dritten, oppositionellen und der vierten, staatstragenden Generation muslimischer ›Politiker‹ wurden als besonders plastische Beispiele ausgewählt und nicht mit dem Anspruch der Vollständigkeit. Dafür existieren zu viele Sonder-, Zwischen- und Mischformen; man denke nur an die Staatsführung in Sudan oder das Taliban-Regime in Afghanistan.

Terrorismus

Das afghanische Taliban-Regime verkörpert einen naheliegenden Übergang zum Terrorismus. Nicht nur der Überschaubarkeit halber sollen aber die folgenden Beispiele an die bisher genannten anknüpfen, denn es gilt festzuhalten, daß der Terrorismus wiederum nur einen kleinen Teil, und dabei wiederum auch nur des gewaltbereiten Islamismus³⁰, ausmacht.

Aus den Reihen der dritten, vornehmlich sunnitischen Generation entstanden viele Terrorgruppen als Abspaltungen von der Muslimbruderschaft. Zu den namhaftesten ägyptischen extremistischen Splittergruppen zählen die *jama'a islamiyya* (islamische Gemeinschaft) und der *jihad al-islami* (islamischer Heiliger Krieg). Bei beiden Organisationen ersetzen Aktionismus und die Bereitschaft zur Anwendung terroristischer Mittel bei der Überwindung der ›unhaltbaren unislamischen Zustände‹ die Programmatik.

Vielen ihrer Mitglieder und Sympathisanten kann möglicherweise nicht abgesprochen werden, aus einer – wenn auch nur bruchstückhaft geistig verarbeiteten – gleichwohl aber tiefen Religiosität heraus zu handeln und nach den als richtig angesehenen Grundsätzen zu leben. Das schützte jedoch nie vor wachsender, profaner Kriminalisierung. Ausgehend vom gelungenen Anschlag auf Präsident *Sadat* (1981), der ihnen unter ihresgleichen ein gewisses Renommee verschaffte, wiesen viele weitere Attentatsversuche des islamistischen Untergrundes deutliche Anzeichen von Querverbindungen zur Rauschgift- und Devisenmafia Ägyptens auf, insbesondere im Bereich der Waffen- und Sprengmittelbeschaffung aber auch bei der Bereitstellung gefälschter Personaldokumente, von Fluchtfahrzeugen usw.

Für die *jama'a islamiyya* und den *jihad al-islami* stehen alle Muslime, die sich ihnen nicht anschließen, auf der gleichen Stufe wie Ungläubige. Schneidend ist ihre Kritik an den anerkannten islamischen Rechtsgelehrten als ›Marionetten des Regimes‹ und den »korrumpierten staatlichen Moscheen, besonders der al-Azhar-Moschee«³⁰. Auch ihren geistigen und organisatorischen Ahnen, den Muslimbrüdern, warfen sie Kapitulantentum und Verrat vor. Seit Mitte der achtziger Jahre kam es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Muslimbruderschaft und des *jihad al-islami*.

Drei herausragende Führer sollen hier genannt werden, um eine Linie aufzuzeigen: *Abd as-Salam Faraj*, den 1982 hingerichteten

30 Vgl. Gordon, John: Political Opposition in Egypt, in: Current History, Washington DC., (1990)2, p. 68.

Hauptinitiator des Attentats auf *Sadat, Umar Abd ar-Rahman*, der sich wiederholt selbst als »Terroristen und Zeloten im Namen Gottes«³¹ bezeichnete und der im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das World Trade Center 1993 in den USA verhaftet und verurteilt wurde, sowie *Aiman az-Zawahiri*, die rechte Hand und für viele auch der Ideengeber *Usama bin Ladens*.

Bleibt ein letztes Wort zu den staatstragenden Islamisten in Teheran. Trotz aller anders lautenden Rhetorik, stellten diese schon unter *Ajatollah Khomeini* – und seitdem immer offensichtlicher – nationale vor islamische Interessen und agieren damit realpolitisch. Es existiert eine – den Beobachter oft verwirrende – Arbeitsteilung zwischen Regierung und geistlicher Führung. Während erstere auf das traditionelle, das heißt im wesentlichen friedliche Kompendium außenpolitischer Instrumente setzt, wurde letztere häufig terroristischer Aktivitäten verdächtigt, und zumindest in einem Fall, dem Mykonos-Prozeß, auch überführt.

Fazit

Die Untersuchung des Ordnungsverhältnisses Islam – Islamismus – Terrorismus blendet einen muslimischen Standpunkt aus, der sich für eine, zumindest selektive, Aneignung von Elementen moderner Weltansicht und Ordnung ausspricht, die er als unverzichtbare Grundlage für die gleichberechtigte Teilhabe an der Moderne, für Adaption in der Globalisierung ansieht.³² Auch wenn er hier nicht Gegenstand ist, sollte er doch Erwähnung finden. Diese als »islamisch-säkular« oder »modernistisch« zu beschreibende Position betont, daß der Islam keine statische Sicht auf die materielle Welt verlange, sondern Vernunftentscheidungen herausfordere. Ihre Anhänger streben eine Erneuerung der religiösen Konzepte an, um sie in der Globalisierung vital zu erhalten. Sie propagieren einen Islam, der seinen Anhängern Willensfreiheit zugesteht und sie in die Lage versetzt, die moderne Welt zu interpretieren und in ihr einen Platz zu finden. Hierzu gehören auch die Ansichten des syrischen Historikers *George Tarabishi*, der daran erinnerte, daß das »goldene Zeitalter« des Islam gleichzeitig auch eine Zeit kultureller Offenheit und des intensiven Kulturaustauschs zwischen den Zivilisationen gewesen sei.³³

Der traditionsreiche und vielgestaltige Islam ist neben Lebensweise, Kultur und Wertesystem in erster Linie Religion. Der mit Verweisen auf den und unter Verwendung von Versatzstücken des Islam agierende Islamismus verkörpert dagegen primär eine Ideologie und politische Bewegung, die sich sowohl politischer als auch gewaltvoller Mittel und Methoden bedient. Islamistischer Terrorismus stellt lediglich die extremste Zuspitzung innerhalb seiner gewaltbereiten Strömung dar. Verbale »Kriegserklärungen« gegen den Westen ergingen aus verschiedenen Lagern des Islamismus, aber nur dessen terroristischer Zweig überschritt den Rubikon und erklärte damit nicht nur dem Westen, sondern auch eigenen friedlichen Glaubensbrüdern, letztlich der gesamten zivilisierten Menschheit den Krieg. Ergo herrscht auch nach dem 11. September 2001 kein Krieg zwischen dem Islam und dem Westen, sondern zwischen Zivilisation und Terror.

31 Al-Watan, Kuwait, vom 23. Februar 1989.

32 Vgl. Krämer, Gudrun: Politischer Islam, Kurs-einheit 1, Hagen 1994, S. 32.

33 Vgl. Heller, Erdmute/ Mosbahi, Hushang (Hg.): Islam, Demokratie, Moderne: Aktuelle Antworten arabischer Denker, München 1998, S. 19.

FRANZ NAHRADA

Globale Dörfer und Freie Software



Franz Nahrada – Jg. 1954; Soziologe, beschäftigte sich nach dem Studium als Entwicklerbetreuer für Apples HyperCard mit neuen Medien und deren praktischer Anwendung, betreibt seit 1992 »GIVE – das Labor für globale Dörfer«, ein autonomes Forschungsprojekt; derzeit befaßt er sich mit mehreren praktischen Pilotversuchen zu »dezentraler Urbanität« (Electronic Cafés, digitale Klöster, Mediatheken) und arbeitet an einer virtuellen Bibliothek (»Inventar der globalen Dörfer«, www.globalvillage.at); wichtige Veröffentlichungen: »Wohnen und Arbeiten im Global Village« (Wien 1994), »Netzwerke« (Wien 2000). Der nebenstehende Artikel entstand im Kontext der ökonux-Konferenz und wurde für UTOPIE kreativ überarbeitet.
Foto: privat

Subsistenz und Kooperation sind keine Gegensätze

In *UTOPIE kreativ* 133 hat *Hans-Jürgen Krysmanski* die Frage nach der »Assoziation freier Produzenten durch Computer und Netzwerke« aufgeworfen und in diesem Zusammenhang zugleich die ironische Bemerkung von *Wolfgang Neuhaus* über »einige Informatiker« zitiert, »die eben schon wegen ihrer Profession im Zentrum der Modernisierung des Kapitalismus arbeiten«: Sie »kommen, wenn sie den Arbeitstag in einem gut bezahlten normalen Job in ihrer Firma verbracht haben, nach Hause, setzen sich wieder vor den Computer, programmieren freie Software wie andere ihre Hobbies pflegen und verkaufen das als (illusionäre) revolutionäre Tat« (Neuhaus, Wolfgang: Lizenz zum Kommunismus? Telepolis [<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/konf/7584/html>]).

In der Tat stellt sich die Frage nach dem Verwertungszusammenhang freier Software. Stimmt es, daß damit letztlich sogar Gratisproduktion für Unternehmen betrieben wird, die sich Entwicklungskosten ersparen? Ist der ganze »Hype« um freie Software nicht eine einzige große Selbsttäuschung, der in der Realität nichts anderes ist als Selbstausbeutung, die als Selbstentfaltung getarnt wird? Was kann man denn schon mit freier Software anfangen als wiederum Computer zu betreiben? Wessen Lebenslage soll sich eigentlich dadurch ändern, was soll dadurch bewegt werden, daß es einige Informationsmonopolrentiers weniger gibt?

Vielleicht läßt sich diese Frage in einem positiven Sinn dadurch beantworten, daß wir uns daran erinnern, daß es *verschiedene Bewegungen* gibt, die sich in verschiedenen Richtungen und in verschiedenen Geschwindigkeiten vom mainstream der kapitalistisch formierten und staatlich verwalteten Welt abzusetzen versuchen. Erst im Zusammendenken und im realen Zusammenbringen dieser Absatzbewegungen, die einander noch sehr fremd sein mögen, kann so etwas wie eine reale Alternative und eine vernünftigere Form der Vergesellschaftung entstehen. Dabei sehen wir uns unversehens zurückgeworfen auf fundamentale Fragen der Arbeiterbewegung, auf Spaltungen, die älter sind als Computer und World Wide Web.

Grob gesprochen und sehr idealtypisch vereinfacht sind dies auf der einen Seite diejenigen, die die emanzipatorischen Potentiale der Vergesellschaftung hochhalten. Auf der anderen Seite stehen ihnen jene gegenüber, die auf das Erreichen von Autonomie durch Eigenarbeit und Subsistenz setzen. Mein Ziel ist zu zeigen, daß sich das Erreichen realer Autonomie und die Herstellung einer vernünftigen

Form der Vergesellschaftung gegenseitig bedingen – das eine kann ohne das andere nicht sein. Erstmals sind die Bedingungen der einen auch unmittelbar die Bedingungen der anderen.

Die Rede von ›globalen Dörfern‹ ist ein Versuch, die Synthese von Vernetzung und Selbstbestimmung konkret zu denken. Eine Neubestimmung von Vergesellschaftung und Autonomie erfordert zunächst die Wahrung einer historischen Perspektive. Die durchaus nicht triviale Einsicht, daß eine Erhöhung des Vergesellschaftungsgrades menschlicher Arbeit keineswegs zwangsläufig eine Erhöhung menschlicher Handlungsmöglichkeiten mit sich bringt, steht dabei am Anfang.

In einer eingeschränkten historischen Perspektive, die die letzten 300 Jahre umfaßt, könnte man sagen, daß wir am Ende einer kolossalen Vergesellschaftungswelle stehen und daß wir aufgrund der Resultate dieser Vergesellschaftungswelle ein neues Potential an Autonomie gewonnen haben. *Alvin Toffler* und *Marshall McLuhan* führen diese Entwicklung direkt auf die Technologie zurück, die es erlaubt, daß wir uns direkt – quasi in Selbstbedienung – der verkörperten gesellschaftlichen Intelligenz bemächtigen.

Die Geschichte der modernen Industrie ist die Dialektik von Zerstörung und Wiederherstellung des Eigenarbeitsraumes. *Alvin Toffler* zeigt, wie die »Selbstbedienungsgesellschaft« notwendiges Konkurrenzmittel des Kapitals ist, Externalisierung von Produktionsarbeit und Verminderung der Fertigungstiefe als Fortsetzung der Rationalisierung demselben Zweck dient: Senkung der Stückkosten, Erhöhung des relativen Mehrwerts. Zugleich wird auch die Zirkulationsphäre revolutioniert; an die Stelle der klassischen kommerziellen Funktionen und Dienstleister treten die Großmärkte, der Konsument wird in die Produktlogistik einbezogen, als Besteller, Abholer, Assemblierer.

Dabei treten sehr eigenartige Phänomene auf: Eigenarbeit wird gefördert, Autonomie wird verhindert. Kompatibilität von Produkten untereinander ist nicht das Thema: Die Eigenarbeit ist eine subtile Variante der Abhängigkeit, der *realen Zeitenteignung*. Auf der einen Seite wird professionelle Eigenarbeit abgebaut – ›wozu nähen, wenn es billige Klamotten gibt?‹ – auf der anderen Seite wird sie als blindes Befolgen ›benutzerfreundlicher‹ Gebrauchsanweisungen massenhaft erzwungen: ein »Wechselspiel von Amputation und Prothesenverkauf« (Ulrich Sigor).

Je mehr die reale Möglichkeit der Substitution industrieller Produktion durch dezentrale Automation den Waren immanent ist, um so mehr muß diese Möglichkeit der *Autonomisierung von Arbeit* verhindert werden – arbeitslos darf schließlich jeder werden, aber nicht das Kapital! Also wird auf der Ebene der Produkte, aber auch auf der Ebene der Vergesellschaftungsmöglichkeit vorgebaut. Wissenschaft und ihre Resultate werden privatisiert, Kultur wird ›geistiges Eigentum‹. Diese Phänomene sind allgemein bekannt, weniger allerdings ihr generalpräventiver Charakter: Einer »Assoziation der unmittelbaren Produzenten« einen um so deutlicheren Riegel vorzuschieben, je mehr diese tatsächlich über die gesellschaftlichen Potenzen der Produktion verfügen.

Die Strategen des Produktdesigns und Marketings scheinen zu wissen, daß aufgrund der informationstechnologischen Vernetzung

Toffler hat für die Verwischung der Grenzen zwischen Produktion und Konsumtion den Ausdruck des »Prosuming« gebraucht. Die industriell produzierten Automaten ermöglichen eine Steigerung der Eigen-tätigkeit im kleinen. Die Beispiele sind Legion: Von der Nähmaschine bis zur Stichsäge sind die Produkte der Selbstbedienungsgesellschaft Teil unseres Alltags geworden und ermöglichen uns Tätigkeiten, die früher nur durch Spezialisten erledigt werden konnten. Der Personal Computer ist der bislang spektakulärste Fall dieser ›industriellen Basis der Eigenarbeit‹ und damit auch zum Paradebeispiel sowohl der Entwicklung als auch der Zerstörung von Eigenarbeitsraum geworden.

»Die ›häusliche‹ Technik-ausstattung hat beinahe einen Sanktionscharakter. Je weniger begütert, desto weniger funktional, völlig ungeachtet der eigentlichen Kosten für die Dinge. Ist jemand vermögend, tritt an die Stelle fehlender Funktionalität die Verschwendung«. Ulrich Sigor (»Die Verengung des Eigenarbeitsraumes«, unveröffentlichtes Manuskript).

die Potentiale einer bewußten und organisierten Gestaltung der gesellschaftlichen Voraussetzungen im Sinne einer Erweiterung des Eigenarbeitsraumes nicht nur gewaltig sind, sondern auch zum Systemkonflikt und zur Aufhebung der derzeitigen Produktionsverhältnisse führen können und müssen. Gerade die beliebte Trennung in ›Vergesellschaftung ohne Autonomie‹ und ›Autonomie ohne Vergesellschaftung‹ stellt dieses systemsprengende Potential ruhig.

Konservativität einer technikfeindlichen Subsistenztheorie

Lange Zeit hatten die sogenannte *Subsistenztheorie* (ausgehend von einer Gruppe Bielefelder Soziologinnen und Soziologen) und die darauf aufbauenden praktischen Versuche einer *Subsistenzbewegung* fast ein Monopol auf die konsequente Kritik an der herrschenden Form der Vergesellschaftung, an Ware und Geld. Es wurde auf Tatsachen verwiesen, die im offiziellen Bewußtsein der Gesellschaft längst ausgeblendet waren. So zum Beispiel, daß unser Leben an einer Kette von gewaltsam hergestellten Ausbeutungs- und Ausgrenzungsverhältnissen hängt, die »nach unten zu« immer prekärer werden; daß die Formen des Geldes und der Ware weniger dem idyllischen Tausch gleichberechtigter Partner entsprechen, sondern ganz im Gegenteil wesentlich Mittel der Herstellung und Verfestigung von Abhängigkeitsverhältnissen (›Schuldknechtschaft‹) sind; daß hinter der Fassade des Konsums und der Dienstleistung eine systematische Externalisierungskette steht, die in Naturzerstörung und Marginalisierung mündet.

Den Modernisierungsideologien wird ein praktisches Gegenbild von Widerstand und Eigenmacht entgegengesetzt, in dem die bewußte Entscheidung für kleinräumige, auf unmittelbarer Produktion der Lebensvoraussetzungen basierende Selbstversorgungsstrukturen gefordert wird. Wer sich nicht abhängig machen läßt, der ist auch weniger erpreßbar, so die Logik.

Doch die Kritik der Subsistenzbewegung an Ware und Technik ist in sich widersprüchlich. An vielen Beispielen wird gezeigt, wie die ursprünglichen, ›moralischen Ökonomien‹ sich ganz freiwillig in die Abhängigkeit von fremden Produkten und daher in die Akkumulationslogik von Kapital begeben haben. Ohne jede historische Dialektik wird den Produkten der großen Industrie der Gebrauchswertcharakter abgesprochen. Gegenüber dem kapitalistisch produzierten ›Ramsch‹ wird eine Rückbesinnung auf die ›wirklichen Bedürfnisse‹ eingefordert. Die gesamte Entwicklung der industriellen, nicht agrarischen oder nicht handwerklichen Technologie erscheint als Destruktionskraft.

Weil sie an eine untergegangene Produktionsweise appelliert und die realen Fortschritte in bezug auf Wohlstand und menschliche Handlungsmöglichkeiten leugnet, bleibt die Kritik der Subsistenztheorie der industriellen Realität gegenüber theoretisch und praktisch ohnmächtig. Daher können umgekehrt die skandalösen und enormen Wohlstandsverluste, die das Prokrustesbett betriebswirtschaftlicher Rentabilität dem menschlichen Fortschrittspotential in den letzten Jahrzehnten auferlegt hat, auch gar nicht für sich zum Gegenstand werden – wer Personal Computer und Tarnkappenbomber für so ziemlich das Gleiche hält, kann gar nicht erfassen, welcher

Gegensatz zwischen den Vernetzungspotentialen autonomer Arbeit und den Schikanen der ruinösen Bewirtschaftung einer an sich unendlich reichen Gesellschaft besteht und wie die Untauglichkeit des Kapitalismus für ›High Technology‹ uns seit den siebziger Jahren einen schleichenden Verfall von Infrastruktur und Lebensqualität gebracht hat, der sich zum Beispiel im Auseinanderdriften der Indikatoren für das Bruttoinlandsprodukt und die Lebensqualität (ISEW – Index of Sustainability and Economic Welfare) zeigt.

Die Vermutung liegt nahe, daß die Subsistenztheorie gar keine Kritik an den Formen kapitalistischer Vergesellschaftung enthält, sondern die Argumentation lediglich zur Camouflage einer im Grunde moralischen Unterscheidung zwischen ›gut‹ und ›böse‹ dient.

Und richtig: Die ›gute Frau‹ und der ›böse Mann‹ bilden den Kern einer Theorie, für die ökonomische Kategorien nur als scheinbare Begründung dienen. So wird Geld in Frauenhänden unversehens vom Ausbeutungsmittel zum Gegenstand sozialer Vor- und Einsicht (so beispielsweise in einem Buch über die Frauen von Juchitan; dort »wirtschaftet« die Händlerin »nicht, um zu akkumulieren und andere für sich lohnarbeiten zu lassen, sondern um den Unterhalt zu garantieren und vor allem, um Ansehen innerhalb der Gemeinschaft, insbesondere der Frauengesellschaft, zu erwerben«). In der Tat wird die Geschlechterdifferenz für die absurden Konsequenzen der ökonomischen Form verantwortlich gemacht und nicht umgekehrt gezeigt, wie über die ökonomische Form die Geschlechterspaltung herbeigeführt wird.

Für eine neue – globale – Subsistenztheorie

Aus diesen wenigen Bemerkungen (die eher auf eine fällige Auseinandersetzung verweisen, statt sie selbst zu führen) sollte klar geworden sein, daß es um nicht weniger als die Rettung der Perspektive der Eigenarbeit vor ihren Theoretikern geht. Die Perspektive, die ich der landläufigen Subsistenztheorie gegenüberstellen will, sollte vielleicht besser als ›globale Subsistenz‹ bezeichnet werden. In ihr wird ganz bewußt das gesamte kulturelle Potential an Handlungsmöglichkeiten aufgenommen, um in intensiver Auseinandersetzung mit einem realen lokalen Handlungsfeld Autonomie (Eigenmacht) zu erlangen. Anders hat es übrigens niemals in der Geschichte so etwas wie Subsistenz gegeben: Schon der Übergang von nomadischen zu agrarischen Gesellschaften ist ein Werk von weitläufiger Vergesellschaftung, Wissenstransfers, Austauschprozessen, Schutznetzwerken etc. Um wieviel mehr bieten uns die durch die kapitalistische Produktion gestiegenen Potentiale menschlicher Wissenschaft und Produktion eine Perspektive des realen Ausbaus von Eigenmacht? Und wie sehr ist die isolierende Vorstellung von Subsistenz selbst noch Zeichen theoretischer und praktischer Hilflosigkeit!

Die globale Marktwirtschaft stellt auf der einen Seite einen universellen Reproduktionszusammenhang her und zerstört alle lokalen, beschränkten Austauschverhältnisse durch den Hebel der Konkurrenz. Auf der anderen Seite schließt sie einen dramatisch zunehmenden Teil der Menschheit von ihren Lebensmitteln aus, da die Verfügung darüber an den Erwerb von Geld gebunden ist. »Der absurde Sy-

stemwiderspruch, daß mit immer weniger ›Arbeit‹ immer mehr Güter hergestellt werden, gleichzeitig aber die Aneignung dieser Güter an Kaufkraft (Geld) und somit an die ›rentable‹ Verausgabungsfähigkeit von ›Arbeit‹ gebunden ist, tritt in sein historisches Reifestadium ein« (Robert Kurz). Dieser Prozeß erzeugt »Geldsubjekte ohne Geld«, die in den Metropolen als ständig steigende »Sockel-arbeitslosigkeit«, in den Peripherien als »demographische Zeitbombe« und als Statisten einer sekundären Barbarei in Erscheinung treten, und damit zum Ausdruck bringen, daß die Marktwirtschaft als globale Reproduktionsform in gerade dem Moment ausgedient hat, als sie sich am »Ende der Geschichte« angekommen wähnte.

Der Ausstieg aus dieser Reproduktionsform ist freilich individuell kaum möglich. Heute kommt es in den Metropolen der ›Dritten Welt‹ durchaus vor, daß Marginalisierte wieder auf das Land zurückgehen wollen, das sie einst gezwungenermaßen oder freiwillig verlassen hatten. Allein, sie stehen vor der Situation, daß dieses Land ihnen nicht mehr gehört. Es ist inzwischen Privatbesitz. Ihr Versuch der Wiedergewinnung von Subsistenz endet so hoffnungslos wie die Revolte der Campesinos von Chiapas. Alles produktive und ertragreiche Land ist längst dem Zweck zugeführt, monetären Ertrag vom Weltmarkt einzufahren – und wenn es durch die schiere Masse der Produktion ist.

Jeder ›lokale Kommunismus‹ scheitert am Anspruch der organisierten Macht des Geldes, jedweden stofflichen Reichtum als Mittel für die Vermehrung von Kapital zu betrachten. Sich diesem Zweck zu entziehen, ist schon eine komplette Kriegserklärung an geltende Prinzipien und wird dementsprechend geahndet. Immerhin ist der Handel und die industrielle Produktion als subtiles Mittel der Plünderung in die Welt gekommen. Dem ›friedlichen‹ Produktivitätsvergleich ausgeliefert zu werden, ist dasselbe wie die Unmöglichkeit, in Frieden zu leben.

Darüber hinaus werden das Grundwasser, die Atmosphäre, die Erde selbst vom Externalisierungszwang der Gewinnerinseln derartig in Mitleidenschaft gezogen, daß die peripheren Regionen zunehmend den Status von Mülldeponien erhalten, damit die Natur in den Zentren relativ gebrauchsfähig bleibt. Auch dies kein besonders guter Boden für Subsistenz. Damit jedoch nicht genug, die Marktwirtschaft in ihrer Wandlung zum neofeudalen Informationsbezugsunternehmen ist mittlerweile verrückt genug geworden, lebendige Prozesse und genetische Muster zu patentieren, was tendenziell heißt, den nicht zahlungsfähigen Gebrauch der Natur einfach zu verbieten.

Waren schon die sogenannten ›primitiven‹ Subsistenzgesellschaften nur lebensfähig, weil sie keineswegs nur lokal definiert, sondern in ein weitläufiges Netz von bestandssichernden Austausch- und Schutzbeziehungen eingebunden waren, so gilt dies noch mehr in einer Zeit, in der nicht nur der marktförmige Zugriff der wenigen verbleibenden Sieger, sondern auch die Plünderungsökonomien der von *Robert Kurz* als »sekundäre Barbarei« bezeichneten Zusammenbruchsformen der Verlierer jede Perspektive auf gesicherte Entwicklung unmöglich machen. Einzig als gezielte Ausbreitung von Subsistenzformen innerhalb des Weltsystems scheint eine Lösung denkbar.

Der Journalist Greg Palast schreibt im Londoner Observer vom 15. Oktober 2001 anlässlich eines Interviews mit dem ehemaligen Weltbankökonom Joseph Stiglitz: »Durch die TRIPS-Abkommen über (handelsbezogene) geistige Eigentumsrechte hat die neue Weltordnung Menschen zum Tod verurteilt, indem sie unmögliche Tarife und Tribute an die pharmazeutische Industrie für geschützte Produkte verlangt. ›Sie kümmern sich nicht‹, sagt der Professor über die Unternehmen und Banken mit denen er gearbeitet hat, ›ob die Menschen leben oder sterben« (<http://www.GregPalast.com>).

Eine solche *Ausbreitungsdynamik* könnte durch eine Vernetzung zwischen der Entstehung von Subsistenzformen und dem freien zur Verfügungstellen von aufgehäuften Subsistenzwissen und entsprechenden Technologien entstehen. Denn dann bleiben Solidarität und Widerständigkeit keine abstrakten Begriffe. Wenn jedes ›globale Dorf‹ ein Experimentallabor für die Verbesserung des Wirkungsgrades von Eigenarbeit und damit letztlich für die Abkopplungsfähigkeit von der marktformigen Reproduktion wird, dann ist aktive Entwicklungshilfe bei der Entstehung ›globaler Dörfer‹ ein Gebot der Stunde.

Eine solche *Allianz der ›globalen Dörfer‹* hätte also ein gemeinsames Projekt. Man kann sich das bildlich so vorstellen: buddhistische und katholische Klöster, israelische Kibbuzim, schottische und amerikanische ecovillages, gemeinschaftliche Wohnprojekte in Zürich und Wien, traditionelle Dörfer in Kamerun und Nepal und Griechenland, Bauhütten und experimentelle Projekte wie Arcosanti, New Alchemy, New Work, Akteursverbände in Stadtvierteln, ländliche Gemeinden, Genossenschaften, Stadtteilprojekte usw. usf. erkennen, daß sie *ein* Problem haben – eine gemeinsame Wissensbasis der Nutzung und nachhaltigen Gestaltung lokaler Ressourcen zu erstellen, zu pflegen, zu erweitern.

Sie würden sehr rasch draufkommen, daß es nicht mehr um die Ausbreitung einer bestimmten Ideologie oder Religion geht, sondern um die Herstellung eines Referenzrahmens für die *Sammlung kultureller und materieller Technologien selbstbestimmten Lebens*. Das wäre das größte *Open Source Projekt* der Geschichte – und als solches in der Lage, dem kapitalistischen Projekt der Entwicklung proprietärer Kontrolle der Produktivkräfte ein ebenbürtiges Projekt gegenüberzustellen.

Telearbeit als Arbeit am Telos

In gewisser Weise wäre dieses Projekt, das die globalen Dörfer verbindet, identisch mit der Vollendung des Projektes der Arbeit.

Die kapitalistische Formierung der Arbeit hat quasi nebenbei ein wesentliches Element der Bedingungen eines wahrhaft menschlichen Lebens geliefert – nämlich die Verwissenschaftlichung der Produktion. Wenn man wie *Ulrich Sigor* ›Arbeit‹ als *menschliche Tätigkeit definiert, die ihre eigene Verringerung zum Ziel hat*, dann läßt sich auf den ersten Blick erkennen, daß die kapitalistische Produktion sich von diesem Sinn- und Zielgehalt immer weiter entfernt. Auch der berühmte ›Arbeitsethos‹ hat dann nichts mit einer rationalen Auffassung von Arbeit zu tun. Sachgemäß hieße es: Der Mensch kann Zeit und physische Freiheit gewinnen durch Nutzung von ›Struktur‹ oder ›Natur‹, indem er geschickt Gestelle konstruiert, beziehungsweise Handlung vorbereitet. Der Begriff der Arbeit erschöpft sich also nicht in der physischen Tätigkeit oder der »Verausgabung von Nerven, Hirn und Muskeln«, wie dies bei *Marx* als Real-Absurdität der Verengung des Begriffs produktiver Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen heißt, sondern Arbeit ist die organisierte Aneignung von Natur in Hinsicht auf ein Jenseits, auf eine *arbeitsfreie Zeit*.

Die Automation ist sozusagen die Wahrheit dieses Begriffes von Arbeit. Die Handlungsvorbereitungen entscheiden in immer größe-

Die Fragen, ob Karl Marx im Kapital eine »Arbeits-ontologie« geschaffen hat und ob nicht die Scheidung der Arbeit vom Kreis menschlicher Tätigkeiten schon den »Sündenfall des Wertes« anzeige, möchte ich verneinen. Einerseits war es nicht Marx' primäres Interesse, eine »ewige Naturnotwendigkeit« zu konstatieren, vielmehr sind die historischen Formen derselben viel interessanter als ihre dürren abstrakten Bestimmungen. Andererseits ist Arbeit struktur-analog mit prognostischer Intelligenz: zu wissen, daß geringe Mühe zur richtigen Zeit größere Mühe zur falschen Zeit spart. Die kapitalistische ›Abstraktheit‹ der Arbeit ist Folge einer Trennung der Mühe von der prognostischen Intelligenz.

Natürlich macht der Begriff der Arbeit als eine von anderen unterschiedene menschliche Tätigkeit nur Sinn, wenn auf eine arbeitsfreie Zeit abgestellt wird. Gerade diese arbeitsfreie Zeit, die erlangte Fähigkeit, die Notwendigkeiten der Lebenserhaltung hinter sich zu lassen und die Sphäre der Reflexion und Entscheidung zu betreten, ist ein Maß nicht nur der Qualität des Lebens, sondern vor allem auch der Qualität der Arbeit.

rem Ausmaß über die Qualität der Arbeit. Der eigentliche Produktionsakt ist nicht mehr das zeitliche Zentrum des Arbeitsprozesses. Er wird verdichtet oder vervielfacht und rückt an die Peripherie. Er bedarf oft nicht einmal mehr des Arbeiters, sondern kann das Resultat der Kommunikation des automatisierten Produktionssystems mit dem Konsumenten sein, der die zur Produktion benötigten Parameter eingibt. Dies ist der abstrakte Grund, warum die Differenz zwischen Arbeiter und Konsumenten verschwimmt.

Informatisierung und Automation sind eigentlich handlungstheoretische Universalien und weisen im Unterschied zur landläufigen Meinung gerade über die industrielle Epoche hinaus beziehungsweise lange vor sie zurück. Einerseits ist Automatisierung ein uraltes Phänomen, wie *Marx* im ›Maschinenkapitel‹ des *Kapital* beschreibt. Andererseits wird durch die Verbindung des Mediums der Information mit dem Medium der Aktion ein Quantensprung herbeigeführt: Allgemeine Arbeit verbindet sich unmittelbar mit besonderer. Das Erstellen eines Programmes, eines Algorithmus und die Ausführung dieses Algorithmus sind nicht bloß metaphorisch im Medium der Elektrizität verbunden.

Ganz klar vorausgeahnt hat die Konsequenzen dieser Verbindung *Marshall McLuhan*. Er beschrieb die Automatisierung als Antithese der Industrialisierung: Während das industrielle (»mechanische«) Zeitalter eine »große Explosion« mit sich gebracht habe, eine Spezialisierung der Funktionen, ein Auseinanderfallen der Lebensbereiche, der Berufe, der sozialen Funktionen, der menschlichen Tätigkeitsbereiche, so wäre das (»elektrische«) Zeitalter der Automatisierung ein Zeitalter der »großen Implosion«.

Lernen – der Umgang mit Information – wird bei *McLuhan* zur potentiell wichtigsten Form von produktiver Konsumtion: »Daher die sinnlose Aufregung um Arbeitslosigkeit. Bezahltes Lernen wird jetzt schon zur Hauptbeschäftigung und außerdem zur Quelle neuen Reichtums in unserer Gesellschaft« (*McLuhan*).

Das liest sich heutzutage schon wie ein Aufruf zur Revolution! Eine sehr subversive Wahrheit, der aus den Buchhaltungen entgegengeblökt wird: ›Können wir nicht bezahlen!‹. Die naheliegende Konsequenz wäre, die Buchhaltungen abzuschaffen, die das reale Reichtums- und Fortschrittspotential der Menschheit blockieren, zusammen mit den Marketingabteilungen, die es pervertieren. Rationell gesehen müßte nämlich der Umgang mit Information genau umgekehrt laufen als er heute läuft: nicht kasuistische ›Problemlösung‹, sondern prognostische ›Problemvermeidung‹ müßte die Maxime sein.

Informatisierung und Automation bedingen sich wechselseitig; die Folgerung aus dieser Einsicht ist freilich für heutige Verhältnisse ungeheuerlich. In einem Aufsatz in *freedevelopers.net* schreibt *Tony Stanko*, daß die Frage des intellektuellen Eigentums darauf zugespitzt werden kann, ob Software eher so etwas wie Literatur – also ein subjektives geistiges Produkt – oder so etwas wie ein Gesetzestext – also etwas von allgemeiner Gültigkeit – ist. Wenn klar ist, daß Software im wesentlichen Modellierung von Arbeitsvorgängen ist, dann kann die Forderung nur lauten, Softwareproduktion als bestimmendes Moment der materiellen Wirklichkeit ernst zu nehmen und

»In terms of the way in which the machine altered our relations to one another and to ourselves, it mattered not in the least whether it turned out cornflakes or Cadillacs. The restructuring of human work and association was shaped by the technique of fragmentation that is the essence of machine technology. The essence of automation technology is the opposite. It is integral and decentralist in depth, just as the machine was fragmentary, centralist and superficial in its patterning of human relationships.«
Marshall McLuhan: Understanding Media – The Extensions of Man, New York 1994, p. 23.

sie als Grundlage menschlicher Handlungsfreiheit – als quasi Gesetzestext – zu begreifen und zu behandeln.

Dann wäre freilich an die Softwareentwicklung ein doppelter ethischer Anspruch zu stellen: Axiomatik von Standards verbunden mit modularen Verfahren wären zu fördern, so daß Individualität der Aufgabenlösungen und Allgemeinheit der Voraussetzungen in größtmöglicher Weise und gleichzeitig erreicht werden können.

Informatisierung und Automation enthalten in sich den Gegensatz von ›Urbild‹ und ›Kopie‹. Während die Automatisierung letztlich die Umsetzung des Modells in ein Verfahren ist, zielt die Arbeit der Informationsgewinnung auf die Optimierung und auf die Abstimmung der Verfahren. Ob sie es will oder nicht, menschliche Arbeit verwandelt sich sukzessive in die Setzung und Bewertung von Zwecken. So wird die Arbeit, die sich vom Verfahren räumlich entfernt, auch in einem anderen Sinn zur ›Tele-Arbeit‹: Sie konstruiert und simuliert das Telos der Produktion. In ihrer Abstraktion liegt auch ein moralisches Element, eine präskriptive Struktur, die das Verhalten anderer Menschen beeinflusst. Dies war in der alten Trennung von Hand- und Kopfarbeit schon angelegt, wird aber nun verallgemeinert.

In gewisser Weise ähnelt das Modelldenken der Sprachlichkeit; der adäquate Umgang mit den Errungenschaften der Informationstechnologie wäre auch, sie als komplexe Repräsentationstechniken von Realität aufzufassen, wie Sprache. Sprache ist Kultur, gemeinsames Erbe und gemeinsame Handlungsvoraussetzung von Menschen.

Die Forderung, gesellschaftlich relevante und das heißt im weitesten Sinn allgemeine oder verallgemeinerbare Information frei von privatisierender Einschränkung zu halten, ist daher nur eine Seite der Medaille; die andere ist, in kulturellen Gemeinschaften Information unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung als ›Repository‹ zu sammeln, zu kondensieren, zu kommentieren, zu evaluieren und zu kodifizieren.

Eine neue Verbindung von Theorie und Praxis täte not, wo gemeinsam ›experimentiert‹ wird. Hier liegt ein Einbruchsfeld in die ›offizielle‹ Gesellschaft: es gilt, ihr Experimentalorte und Felder abzurufen. Nur so werden die Institutionen Wissenschaft und Kunst letztlich überhaupt noch handlungsrelevant bleiben können. Andererseits ist das riesige Revier an Universitäten, Klöstern, Bibliotheken, Archiven auch real und physisch ein Fall für die beschleunigte Transformation und somit für die Suche nach Ausgangspunkten einer globalen Subsistenzbewegung.

In der heutigen Gesellschaft ist der Begriff des ›Nutzens‹ gleichbedeutend mit dem situativen Vorteil. »Ordnung wird nicht um ihres langfristigen Gesamtnutzens willen erstrebt, sondern individuell und regional als Mittel zum Zweck, der im Effekt diesem Gesamtnutzen auch entgegenreifen kann« (Ulrich Sigor).

Ein Beispiel: Software gründlich zu dokumentieren und dafür ein Werkzeug zu bauen, verkauft sich schlechter als kasuistische Schulungen mit ›Tips und Tricks‹. Mit reduziertem Einsatz läßt sich aus der Chance auf einen situativen Vorteil ein größerer ökonomischer Handlungsspielraum gewinnen als mit einer Arbeit, die vor allem dem Allgemeinutzen dient. Letztere ist nicht mehr wettbewerbs-

Bei der Marx'schen Bestimmung der Arbeit – in Anlehnung an das Biene-Baumeister-Beispiel – wird das innere Verhältnis von Entwurf und Ausführungshandeln nicht zum Gegenstand der Reflexion. Das Kapital trennt die Potenzen der Hand- und Kopfarbeit bis zum feindlichen Gegensatz, das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Struktur der Technologie. Pointiert gesagt: Eine ›sozialistische‹ Kreissäge wird sich mit Sicherheit von einer ›kapitalistischen‹ Kreissäge sinnlich-stofflich unterscheiden – denn an der Struktur der Technologie zeigt sich auch das Produktionsverhältnis. Der Hinweis auf den ›Gebrauchswert‹ oder die ›Produktivkraft‹ ist pure ökonomische Ideologie und macht eine entscheidende Schwäche der Kritik der politischen Ökonomie deutlich. Wertkritik muß auch Gebrauchswertkritik sein, und diese ist nicht mit Bedürfniskritik zu verwechseln. Auf der kategorialen Ebene reflektiert die Bestimmung des Gebrauchswerts die Diktatur der Ware – ›die Ökonomie läßt sich von der stofflichen Seite nicht ihre Gesetze vorschreiben‹, aber jeder Beipackzettel eines Medikaments erinnert uns daran, daß die Stoffseite der permanenten Reflexion bedürfte, die unter kapitalistischen Bedingungen aber ein ziemlich armseliges und folgenloses Dasein führt.

fähig und wird verdrängt. Die Grundtendenz der Wirtschaft, mutwillig und ›fahrlässig‹ Widrigkeiten zu schaffen, um diese dann opportunistisch auszunutzen, ist eben alltäglich geworden und sorgt für eine ›negative Auslese‹. Es obsiegen diejenigen, die mit dem geringsten Einsatz von Arbeit in der größten Geschwindigkeit mit fragmentarischen Mitteln zur Lösung von Scheinproblemen auftreten. Am allerbesten funktioniert dies beim Rückgriff auf Information, die zurückgehalten wurde, um schließlich als eigenständiges ›Produkt‹ verkauft zu werden.

Aus einer Gesellschaft von zumindest formal freien Subjekten, die über Sachzwänge zur Zusammenarbeit gepreßt werden – wobei sich der Nutzen auf der einen Seite und die prekäre Reproduktion der Arbeitskraft auf der anderen Seite reproduziert –, wird eine Gesellschaft, deren ökonomische *conditio sine qua non* die Ruinierung der abhängigen Produzenten und ihre laufend steigende Verschuldung ist. In langer Sicht wird wohl solche Abhängigkeit kaum geschaffen, um in einem ›Jubiläum‹ die Schulden zu entsorgen. Statt dessen ist der Sinn der Sache die erweiterte Dienstbarkeit. Vom Kapitalismus bewegen wir uns nicht vorwärts, sondern rückwärts in die Geschichte: Willkommen im Informationsfeudalismus!

Wirtschaft bewegt sich heute in der Logik des ›outsourcing‹, das heißt Zugriff auf und Verkoppelung von externen Leistungen statt eigener Produktion. Die Automobilbranche ist da nur ein Beispiel von vielen. Die gesamte Logistik der Netzwerke hat in diesem Wettbewerb um die Entkopplung von Kapital und Arbeit ihren abstrakten Grund!

Wenn wir heute die reale Möglichkeit einer Selbstorganisation gesellschaftlicher Arbeit diskutieren, dann deswegen, weil die Marktsphäre der kapitalistischen Wirtschaft sich zunehmend von der Produktionssphäre trennt und die gesellschaftlichen Produzenten das früher despotisch als Organisator der fabrikmäßigen Produktion auftretende Kapital gar nicht mehr benötigen, um vergesellschaftet zu sein. Um die mehr als prekäre Situation der bezollten Arbeit aufzuheben, die sich noch ihr Produktionswissen lizenziert von Verknappern besorgen muß, bedarf es *einer Transformation von einer Vergesellschaftung ›an sich‹ zu einer Vergesellschaftung, die sich selbst reflektiert.*

Auf der einen Seite zeigen Phänomene innerhalb der kapitalistischen Produktion selbst, daß der Kampf der Kapitale um die gesellschaftliche Arbeit mit elementaren Notwendigkeiten der Produktion konfligiert. Ein besonders possierliches Beispiel ist der Versuch von Firmen, ihre Produkte zu Standards zu machen oder die immer häufiger auftretenden Standardisierungsinstitutionen zu dominieren. Nichtsdestoweniger bedarf heute jedes Kapital der externen gesellschaftlichen Potenzen, die es sich bei Strafe des Unterganges zunutze machen muß – an die Seite seiner despotischen Natur tritt unverhohlenen Werben um ›Partnerschaften‹ und ›Allianzen‹.

Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation könnte hier versuchen, taktisch den Spieß umzudrehen. Denn erst die gemeinsame Pflege von Standards macht den Übergang in Eigenarbeit sinnvoll möglich. Die Entgesellschaffung der ›Produktion‹ durch eigenes Tun verbindet sich mit einer Vergesellschaftung der strategischen, politischen

Die Besetzung von Informationen als abstrakten Rechtsgrund, um Abhängigkeiten und Verkopplungspunkte mit Kapitaleinsatz betreten und bewirtschaften zu dürfen; der Kampf um strategische Punkte in der Landschaft, wo sich Wegezölle erheben lassen (eine ›Informationsrente‹), ist keineswegs eine ökonomische Form unter anderen, wie Ralf Krämer meint (»Zur politischen Ökonomie des Informationskapitalismus« [<http://www.oekonux-konferenz.de/dokumentation/texte/kraemer.html>]) Die »Lichtgeschwindigkeit der Kontrollmöglichkeiten« führt die erfolgreichen Kapitale hinüber in eine neue Gesellschaftsformation, in der die Produktion nichts, das Logo alles bedeutet!

Aspekte. Eine Subsistenz, die sich der Systematik gesellschaftlicher Arbeitsorganisation nicht versichert, wäre bestenfalls lächerliche Handwerkelei – entweder ineffektiv gegenüber dem dominierenden wirtschaftlichen Betrieb, oder dessen Spielball.

Eine *globale Subsistenz* wäre eine, die sich ausdrücklich die ›Kultivierung‹ der Arbeit und deren Produkte zum Ziel setzt. Was lokal nicht bewältigt werden kann, erfordert globale Ebenen der Verständigung, ohne daß damit automatisch ein Vergesellschaften der Produktion verbunden wäre.

Raum und Technologie – Bausteine für ›Globale Dörfer‹

›Globale Dörfer‹ ist ein Name für die Idee, die Kultur der kooperativen geistigen Arbeit mit einer Subsistenzperspektive, mit einem Umsetzen der Potentiale globalen Wissens in eine sukzessive Senkung der Lebenshaltungskosten und mit der Wiederaneignung von tragfähigen Lebensgrundlagen jenseits des totalen Ausgeliefertseins an Märkte zu verbinden. Diese Idee hat verschiedene Facetten, verschiedene Bestandteile. Fehlt einer dieser Bestandteile, ist das Konzept kaum zu realisieren, dann trifft es auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Doch paradoxerweise sind alle Bestandteile schon vorhanden, die Idee ›globaler Dörfer‹ ist eine reale Möglichkeit.

Zunächst geht es allerdings darum, den Unterschied zur herkömmlichen Subsistenzbewegung klarzumachen. Von letzterer wird Subsistenz mit dem selbstversorgenden Leben in ländlichen Räumen identifiziert. Städte waren aus dieser Sicht eigentlich parasitäre Gebilde, weil sie Ressourcen verbrauchen. Im Unterschied dazu steht das Konzept der ›globalen Dörfer‹ nicht im Gegensatz zu verdichteten urbanen Räumen, sondern lebt geradezu von der wechselseitigen Befruchtung von Stadt und Land.

In diesem Konzept sind Städte Netzwerkknoten, die uns zu kooperativen und komplexen Produktionsvorgängen befähigen. ›Globale Städte‹ sind nicht zuletzt eine Folge der Informationstechnologien. Die Ballungslogik betrifft vor allem alle jene, die eine hochentwickelte Infrastruktur für globales Management benötigen oder aber diese bereitstellen – worunter auch diejenigen Dienstleister fallen, die ihren Kundenkreis primär im Hersteller- und Unternehmensbereich haben, zu denen sie räumliche Nähe unterhalten müssen. Aus dieser Logik fallen jedoch viele Tätigkeiten heraus, die sich entweder im Inneren von Organisationen oder von Firmen oder aber ›ausgelagert‹ jenseits intensiver lokaler Kommunikation abspielen – wie Design, Back Offices, Call Center etc.

Wie sich diese ›Auslagerung‹ aus dem städtischen Zentralraum praktisch vollzogen hat, ist freilich eine Katastrophe. Die ökologische Belastung durch den halbländlichen Siedlungsbrei der Vorstädte mit ihren freistehenden Häusern und Zwangsautomobilismus samt Dauerpendlern zu Arbeitsplatz und Einkaufszentrum ist nach Berechnungen von *Ernest Callenbach* bis zu 500 Prozent höher als in verdichteten Stadträumen. Der Stau auf der Autobahn ist kein Merkmal von Lebensqualität, sondern allenfalls das Ergebnis einer Akkumulation absurder ›Sachzwänge‹, die aus der ökonomischen Logik betriebswirtschaftlicher Einheiten und der ihr immanenten Externalisierung von Problemen und Kosten entspringt. In dieser Art

Autoren wie *Saskia Sassen* und *Manuel Castells* haben gegen die oft zu hörende Mutmaßung, Zusammenballungen würden mit fortschreitender globaler Telekommunikation hinfällig und einer größtmöglichen Streuung weichen, eine Fülle von empirischen Gegenbeweisen zusammengetragen. Ihre These ist: Gerade weil die durch die Telekommunikation ermöglichte territoriale Streuung Fortschritte macht, kommt es zu riesigen Agglomerationen von zentralisierenden Tätigkeiten. Dies ist keine bloße Fortschreibung der hergebrachten Ballungsstrukturen, sondern könnte als neue Ballungslogik bezeichnet werden (vgl. Castells, Manuel: *The Informational City*, London 1989); Ders.: *The Networked Society*, Oxford 1996; Sassen, Saskia: *The Global City*, Princeton 2000).

Ökonomie müssen immer größere Teile des gesellschaftlichen Reichtums zur Überwindung von Hindernissen aufgewandt werden, die die Gesellschaft durch unsystematische und kasuistische Technologieentwicklung selbst aufgetürmt hat. Das äußert sich in einer historisch einmaligen aggressiven Form der Komplexitätsentwicklung. *Claus Offe* spricht von der »Komplexitätsfalle«, in die das moderne soziale Leben geraten ist.

Evolutionäre Komplexitätsentwicklung durch Erweiterung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist in den Städten fast unauflöslich amalgamiert mit dieser Form von destruktiver Komplexitätsentwicklung durch betriebswirtschaftliche Irrationalität. Zwar werden gemeinhin die allzu störenden Faktoren an die Ränder des Weltsystems exportiert, von giftigen Produktionsvorgängen bis zur Ressourcenknappheit, dennoch erweist sich das moderne Stadtsystem als tickende Zeitbombe, in der der permanente Verkehrsstau und die leeren Kassen der Kommunen auf eine wenig rosige Zukunft hindeuten.

Paolo Soleri, ein in den USA lebender italienischer Architekt, der schon früh den Kampf gegen die Vorstadtwüsten aufnahm, hat eine simple Theorie der Technologie und der Stadt aufgestellt. Jede Technologieentwicklung ist mit einer Zunahme an Komplexität verbunden. Biologische Evolution geht von einfachen zu komplizierteren Lebewesen. Die dabei auftretende Vergrößerung der Organismen ist jedoch begrenzt und wird im Laufe der Evolution notwendigerweise umgekehrt. Genauso verhält es sich mit der Evolution von menschlichen Lebensräumen. Auf Dauer werden sie nur funktionieren, wenn sie die Vermehrung der Komplexität durch Miniaturisierung kompensieren. Eine »Stadt der kurzen Wege« ist ein dringendes Erfordernis, nicht nur im Sinn unmittelbarer Lebensqualität, sondern auch wegen unseres »ökologischen Fußabdrucks«.

Die Informationstechnologie ermöglicht die teilweise Substitution von physischer Mobilität. Telearbeit, Telelernen, Telemedizin und andere Dienste stellen einerseits vermehrte Beweglichkeit, aber auch umgekehrt die Möglichkeit zunehmender Konzentration auf einen Lebensraum als reale Möglichkeit zur Verfügung.

»Globale Dörfer« im engeren Sinne sind jene Siedlungsformen, an denen die Knotenpunkte der unendlichen Stadt mit den Lebensmöglichkeiten der ländlichen Räume eine nachhaltige Symbiose eingehen. In diesem Sinn geht es weniger um die »Neugründung von Dörfern«, als um die Transformation von Stadtsystemen – beziehungsweise fällt beides eigentlich zusammen. Die Stadtsysteme transformieren sich, indem sie die Bio-Logik des Mehrzellertums für sich entdecken.

Die »globalen Dörfer« – in diesem Sinn verstanden als bio-logische Stadterweiterung auf der Grundlage raumübergreifender Telematik – sind eine Synthese aus zwei Paradigmen: aus dem der Pflanze und aus dem Paradigma des Schmetterlings. Die ortsfeste Pflanze ist eine genügsame und höchst effiziente Hülle, in der aus dem Licht der Sonne und aus den Mineralstoffen der Erde – aus lokalen Ressourcen – eine synthetische Struktur mit erstaunlichen Eigenschaften wird. Der Schmetterling befruchtet und belebt mit seinen Informationen die lokale Sphäre und trägt zu ihrer evolutionären Entfaltung bei.

»Mechanische, lineare, Uhrwerks-Logik erzeugt simple Systeme. Wirklich komplexe Systeme wie eine Zelle, eine Wiese, eine Wirtschaft oder ein Gehirn, natürlich oder künstlich, erfordern eine Bio-Logik. Keine Logik außer einer Bio-Logik kann ein denkendes Gerät oder überhaupt ein komplexeres System zusammensetzen. Es ist eine erstaunliche Entdeckung, daß man die Bio-Logik aus dem Bios extrahieren kann und in eine andere Sphäre transponieren kann. Erst mit Computern und komplexen menschlichen Produkten war das möglich. Es mutet unwirklich an, wieviele der Eigenschaften des Lebens wir übertragen können.«
Der ehemalige Wired-Redakteur Kevin Kelly in seinem Werk *Out of Control*, ein unbedingt lesenswertes Buch, das in voller Länge vom Internet heruntergeladen werden kann (<http://www.well.com/user/kk/OutOfControl/>).

Die technologische Basis ›Globaler Dörfer‹ ist die Anwendung der Logik lebender Systeme, wie sie erst im Gefolge der kybernetischen Revolution langsam verstanden werden konnte und deren Elementarform die *Permakultur* darstellt. Diese kommt ohne aufwendige technologische Schöpfungen aus und erzielt doch erstaunliche Resultate. Das Geheimnis der Permakultur besteht darin, daß keine gegebene natürliche Tatsache per se nützlich oder schädlich ist, sondern immer in der Interaktion mit anderen Elementen eines Systems wirkt. Permakultur ›geschieht nicht‹, sie ist ein Prozeß intensiver Naturbeobachtung und der quasi kybernetischen Umsetzung eines möglichst ›gut‹ funktionierenden ›Programms‹, wobei grobe Parameter vorgegeben werden und die Selbstorganisationsfähigkeit der Natur ständig neue Lösungen en gros und en detail hervorbringt. Das Telos der Arbeit ist hier der geringste Eingriff mit optimalem Resultat – und dieses ist immer *Vielfachnutzen*.

Ein Netzwerk, das sich dem intensiven Austausch von Wissen über natürliche Systeme widmet, ist das *global ecovillage network* (www.gaia.org). Einen ähnlichen Ansatz, aber verbunden mit technologischen ›Implantaten‹, versucht der ›living-machines‹-Ansatz von *John Todd* (www.livingmachines.com/htm/machine.htm). Hier geht es im wesentlichen um die Beschleunigung und Konzentration solcher komplexen natürlichen Prozesse durch Einbettung in architektonische und technologische Umgebungen, die ein wenig traditionellen Produktionsprozessen ähneln, aber vom Inhalt her radikal über sie hinausgehen, indem sie nicht den einzelnen Prozeß, sondern den gesamten Stoffkreislauf reflektieren. »Biomasse«, »Solare Revolution« (Scheer, Altvater) und viele weitere Faktoren lassen das ›Dorf‹ unter dem Gesichtspunkt einer Entscheidung, ›Information statt Materie fließen zu lassen‹, als zukünftig optimalen Lebensraum erscheinen, aber sie haben auch Auswirkungen auf Stadtsysteme. Die hier vertretene Hypothese über die künftige Entwicklung von Städten und ländlichen Räumen ist, daß sich die klare Unterscheidung dieser beiden Lebensbereiche auflösen wird. Die Stadt wird von einem räumlich abgegrenzten Gebiet zu einem Geflecht miteinander intensiv kommunizierender Knotenpunkte oder ›Stadtplanzen‹.

Die gesamte Siedlungsform unterliegt einem gewissen Zwang zur Miniaturisierung, zur optimalen Nutzung vorhandener Räume, um die vielfältigen und komplexen Funktionen auf einem überschaubaren Gebiet unterzubringen. Gleichzeitig steigt die Bedeutung der umliegenden Natur als Naherholungs- und Rückzugsraum sowie als Gegenstand einer dauerhaften Symbiose, eines stabilen Stoffwechsels.

Nirgendwo ist dieses Konzept eines dauerhaften Stadtorganismus derart eindrucksvoll demonstriert worden wie in der Stadtbaustelle *Arcosanti* in der Wüste von Arizona. Eine Stadt, die nur wenige Hektar eines riesigen Grundstücks beansprucht, die mit Glashäusern einen klimatischen Austausch pflegt, in der Sonnenenergie zum Betreiben von Fahrstühlen eingesetzt wird, die sich automatisch ›anleidet‹ und ›auszieht‹, in der sich die architektonischen Formen aus der optimalen Ausnutzung der Jahreszeiten ergeben usw. (www.arcosanti.org).

Die Vision der physischen Gestalt der ›globalen Dörfer‹, so sehr sie sich radikal von den herkömmlichen Siedlungsmustern unter-

scheiden mag, erschöpft sich freilich keineswegs in den verdichteten Stadtpflanzen *Soleris*. Ein radikal anderes Grundmuster hat der anglo-amerikanische Architekt *Tony Gwilliam* aufgezeigt (www.Austria.EU.net/give/Salzburg/TONY2.GIF). Bei ihm wird Miniaturisierung verknüpft mit symbiotischer Expansion; die herkömmlichen öffentlichen Gebäude verschwinden zugunsten einer Erweiterung des häuslichen Funktionskreises – »every Home can be a school, a workshop, a spiritual place«. Miniaturisiert wird auch das Verkehrssystem, während die Bereiche der fußgängerorientierten »greenways« versuchen, nicht nur eine neue lokale Kultur zu beherbergen, sondern auch mit der »eingeladenen« Natur zu einer Symbiose zu finden.

Von der ökologischen zur sozialen Innovation

Die Verstädterung und Individualisierung liefert aber auch die Voraussetzung zur bewußten Auswahl eines Lebensmodells und zu dessen Realisierung mit gleichgesinnten Partnern. Die moderne Stadtentwicklung öffnet zunächst den Raum für mehr Selbstbestimmung. Vorstädtische Bauvorhaben locken die Bewohner mit »Themen«. In Wien entstehen autofreie Siedlungen, »Frauenwerkstätten« und ähnliche Komplexe, die sich nicht als Ghetto, sondern schlicht als synergetischer Lebensraum verstehen.

Wenn wir diese drei Elemente im globalen Dorfraum beisammen haben: die Technologien im Umgang mit der Natur, die Gestalt eines nachhaltigen Lebensraumes und das neuartige »soziale Betriebssystem«, dann kann die Tatsache voll zum Tragen kommen, daß diese »Dörfer« eigentlich keine Dörfer sind, sondern räumlich verteilte Elemente einer virtuellen globalen Metropole. Ein weiteres und unabdingbares Element tritt hinzu, das ich als den »globalen Ort« bezeichnen möchte, quasi ein Stück der globalen Metropole im »Dorf«.

Der Raum ist durchlässig geworden für Information, die sich in Aktion umsetzt. Diese Einsicht macht die Zweiteilung der Architektur in eine, die sich den physischen Räumen widmet und eine, die sich auf virtuelle Räume spezialisiert, langsam unwirklich. Wir brauchen eine duale Architektur. Am Beispiel *Colletta di Castelbianco* sehen wir, wie ein mittelalterliches Bergdorf zu neuem Leben erwacht; doch es ist eben nur scheinbar ein isoliertes Dorf (www.colletta.it/eng_menu.htm). Im Amphitheater von Colletta begegnet uns der Archetyp dieses »globalen Ortes«, einer sich in den realen Ort hineinentwickelnden Begegnungsstätte von lokalem und globalem Leben. Die Lernorte bewegen sich von den realen hin zu den virtuellen Räumen und damit ist eine Dezentralisierung der Institutionen verbunden. Im Bereich der Bildungsinstitutionen spielen sich noch dramatischere Wandlungsvorgänge ab als im Bereich der Architektur. Die guten alten Bibliotheken sind bereits lange im öffentlichen Raum existierende Instrumente einer informierten Bürgerschaft und zugleich Orte des Lernens und damit Teil unserer Zivilisation.

In einem Projekt mit der niederösterreichischen Dorferneuerung haben wir die Hypothese verfolgt, daß der kürzeste und nachhaltigste Weg zur Wiederauferstehung des Dorfs als Lebensraum die dramatische Aufwertung der Bibliotheken ist, indem sich diese zu den zentralen Orten des Lernens entwickeln. (Projekt Bildung und Begegnung – www.Austria.EU.net/give/Salzburg/sbg8.html).

Die Ausgestaltung des ›globalen Ortes‹ ist eine der spannendsten Aufgaben des Designs ›globaler Dörfer‹. Die Art, wie der ›globale Ort‹ mit dem ›globalen Dorf‹ verwächst, als ›Dorfbrunnen‹ und ›Quelle‹, um die herum es sich anzusiedeln lohnt, wird ganz wesentlich das Gepräge künftiger Siedlungsformen bestimmen. In ähnlicher Weise wird aber auch die Entwicklung der Metropolen davon bestimmt sein.

Diese kleinräumigen, von einer natürlichen Ökosphäre umgebenen ›Städte‹ und ›Dörfer‹ werden sich von den heutigen dadurch unterscheiden, daß sie ein wesentlich breiteres Spektrum an Dienstleistungen anbieten. Die Basis für das Entstehen von Community Tele-service Centers, Global University Outlets, Gesundheitszentren, Flexible Factories usw., die mit Hilfe von Wissensressourcen und Datenhighways die Bandbreite lokaler Dienstleistungen verhundertfachen, wird nur durch eine hochspezialisierte Organisation und das Produktionspotential von Städten geliefert werden können; insofern ist *Saskia Sassen* zuzustimmen, daß das ›globale Dorf‹ die ›globale Stadt‹ erfordert.

Dennoch wird der neue und vermutlich vorherrschende Lebensraum, die lokale Sphäre einer ressourceneffizienten Verknüpfung von Natur, lokaler Eigenarbeit und globaler Vernetzung, sich in einem anderen Selbstbewußtsein gegenüber der Stadt artikulieren und positionieren als das traditionelle Dorf oder die Bezirksstadt. Obwohl angelehnt an das regionale Kommunikationssystem einer Stadtregion, steht doch das ›globale Dorf‹ von vornherein in einem Austauschverhältnis zu vielen Städten, vielen konkurrierenden Anbietern von industriellen und informationellen Ressourcen für eine reichhaltige lokale Entwicklung.

›Globale Dörfer‹, ›lernende Gemeinden‹ stehen so in einer intensiven Beziehung zueinander; sie verleihen dem Wissen Realität, sie manifestieren es. Gerade durch die lokale Anwendung und Integration entstehen vor Ort neue Arbeits-, Forschungs-, Bildungs- und Lebensmöglichkeiten. All das gesammelte Wissen und die Erfahrungen fließen wieder zurück und bereichern beziehungsweise potenzieren das globale Wissen. Eine ›Spirale der Nachhaltigkeit‹ entsteht, wenn wir bereit sind, an einem oder einigen Orten mit diesem Prozeß zu beginnen. Jeder neue Ort bereichert die Möglichkeiten der anderen, wenn wir das, was wir tun, als Teil eines globalen Experimentes tun.

Und solche Experimente sind bitter notwendig. Denn die traditionelle Form der Entwicklung, sei es der landwirtschaftlichen oder der industriellen, ist eigentlich in einer Sackgasse angelangt. Die ›Erfolge‹ bei der Entwicklung und Verdichtung der globalen Märkte haben dazu geführt, daß der Eintrittspreis für profitable Produktion für viele zu hoch geworden ist. Demgegenüber steht eine wachsende Einsicht, daß die Lebenshaltungskosten – bei gleichzeitiger Steigerung von Lebensqualität – durch den nachhaltigen Einsatz von lokalen Ressourcen deutlich abgesenkt werden können. Das Beispiel der Permakultur zeigt, daß gerade dort, wo nicht der ökonomische Ertrag, sondern die Selbsterhaltungsfähigkeit eines Systems im Zentrum steht, sich auch der ökonomische Ertrag quasi als Nebenprodukt einstellt.

Wenn es einen Entwurf gibt, der die Intention des ›globalen Dorfes‹ am prägnantesten ausdrückt, dann ist, vielleicht die Vision des britischen Architekturhauses Richard Rogers für den Parc B.I.T. in Mallorca. Der Ideenwettbewerb für eine Wohn- und Lebensform des 21. Jahrhunderts war im Jahr 1994 von der Provinzregierung der Balearen im Gefolge der Telework 1993 veranstaltet worden, um ein Signal für nachhaltigere und einkommensträchtigere Formen des Tourismus zu setzen. Die Ausschreibung für die Entwürfe der eingeladenen Architekturbüros sah weitgehende Gestaltungsfreiheit vor. Auflage war lediglich, daß ein attraktiver multifunktionaler Ort entstehen sollte, der sowohl dem Wohnen als auch der Arbeit dienen sollte. Der Entwurf von Rogers kombiniert die Idee eines ›urbanen‹ Mikrokerns mit einer ›ruralen‹ Flachbauweise, die ähnlich gewachsenen Dorfstrukturen sternförmig in die umgebende Kulturlandschaft hinausreicht. Während der ›urbane‹ Kern stark öffentlichen oder Piazza-Charakter trägt und in mehrstöckigen Bauten eine starke Verdichtung aufweist, hat die ›rurale‹ Peripherie einen stark an Rückzug und Privatheit orientierten Charakter (www.Austria.EU.net/give/Salzburg/sbg8.html).

Wollte man sich das ›globale Dorf‹ als Schema vorstellen, so denkt man am besten an drei konzentrische Kreise; im Inneren die Sphäre des globalen Wissens, darum die Sphäre der lokalen Eigenarbeit, und als äußersten Kreis die restituierte Natursphäre. ›Globale Dörfer‹ sind offene, dissipative Systeme, das heißt, sie stehen im permanenten Energieaustausch mit der Umwelt, um ihre Struktur aufrechtzuerhalten. Der permanente Kontakt mit belebter, nichtmenschlicher Natur ist nicht bloß ideologischer und individualpsychologischer Rückzugsraum aus dem Feld gesellschaftlicher Anforderungen; er hat höchstwahrscheinlich eine darüber hinausgehende konstitutive Bedeutung für unsere Identität. Diese Bedeutung zu erforschen, wird nicht zuletzt die Faszination der ›globalen Dörfer‹ ausmachen.

Und wo bleibt der Antikapitalismus?

Das eingangs anvisierte Thema hieß »High Tech Antikapitalismus« und wurde scheinbar verfehlt. Werden in den ›globalen Dörfern‹ nicht Marktbeziehungen herrschen? Werden die ›globalen Städte‹ mit ihren ›Prosumer-Industries‹ für Subsistenztechnologien von Dorfdimensionen nicht geradezu einen neuen Akkumulationsboom erleben, wenn ihre Binnenmärkte geographisch wachsen? Unterstellen wir nicht die Lohnarbeit der Telearbeiter, wenn sie bei den lokalen Subsistenzbauern ihre All-Inclusive-Miete zahlen?

Das mag alles sein. Die Frage ist so müßig wie die, ob die Fürsten, denen *Adam Smith* mit einem Traktat vom *Reichtum der Nationen* ein neues Produktionsverhältnis andrehte, nicht gerade dadurch erst so richtig ihre Armeen füttern konnten. In ›the long run‹ fördern globale Dörfer die kooperative geistige Produktion, eine neue Kultur der Arbeit und die kooperative Gestaltung eines nicht mehr markt-förmigen, sondern planmäßig-organischen Reproduktionsraumes. Und je schneller sie zu ihrem gemeinsamen Projekt finden, um so weniger hart werden die Geburtswehen des Neuen in einer Gesellschaft, deren gegenwärtiges Leiden immer eindeutiger ›Marktwirtschaft‹ heißt. Es sollte übrigens aus dem Vorangegangenen klar sein, daß das Neue mitnichten ein Abkömmling der ›Planwirtschaft‹ sein wird.

CHRISTOPH ENGEMANN

Das Internet und die neue Gestalt bürgerlicher Herrschaft: Electronic Government

Mit dem Internet verbinden sich quer durch alle gesellschaftlichen Schichten Aufbruchs- und Hoffnungsideen. In seltsamer Einigkeit sehen Wirtschaftsmanager, Politiker, Bürgerrechtsbewegte und nicht zuletzt ›Linke‹ in diesem technischen System Möglichkeiten ihrer je spezifischen Form der Weltverbesserung aufgehoben. Gerade innerhalb der ›Linken‹ überwiegt nach wie vor die Begeisterung für die Infrastruktur Internet. Unter dem Eindruck des anarchistischen Habitus der Hacker, der ›eigentumsfreien‹ Produktionsformen wie Open Source, der unabhängigen Berichterstattung aus Chiapas, Seattle, Genua und anderswo werden andere zentrale Entwicklungen und der Formenwandel des Internet kaum wahrgenommen. Im folgenden soll gezeigt werden, daß ›electronic government‹ eine, wenn nicht ›die‹ Entwicklung ist, die sowohl das Internet als auch bürokratisches Herrschen und Verwalten dramatisch verändern wird.

Um näher zu bestimmen, worum es sich bei ›electronic government‹ handelt, sei stellvertretend für die gegenwärtig in der Debatte kursierenden Definitionen hier die des *Verbands der Elektrotechnik (VDE)* angeführt: ›Electronic government‹ ist demzufolge »...die Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung und der Leistungserstellung in Politik, Staat und Verwaltung unter sehr intensiver Nutzung der Informationstechnik. Eingeschlossen sind in diese Definition selbstverständlich zahlreiche Hilfs- und Managementprozesse, sowie Prozesse der politischen und finanziellen Rechenschaftslegung«.¹

Politische Rahmenbedingungen

Politisch gesehen gehört ›electronic government‹ zu dem mit Beginn der achtziger Jahre einsetzenden Umbau der Industrienationen, der gewöhnlich mit dem Begriff Neoliberalismus verbunden wird. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklung war spätestens seit Ende der achtziger Jahre neben der Privatisierung der Versorgungs-, Verkehrs und Telekommunikationssektoren der Umbau der Verwaltungsapparate.² Vor diesem Hintergrund und der rasanten Entwicklung des Internet entstand die Idee des ›electronic government‹, die aufgrund der neuen technologischen Möglichkeiten weit über die ursprünglichen Konzepte der Verwaltungsmodernisierung hinausgeht. Spätestens seit 1998 ist ›electronic government‹ zum Motor der Verwaltungsmodernisierung geworden³, zumal diese infolge der erheblichen Widerstände der Beschäftigten sowie durch rechtliche Probleme weit hinter den eigentlichen Zielsetzungen zurückgeblieben war.⁴



Christoph Engemann – Jg. 1972; studiert Psychologie an der Universität Bremen, verfaßt derzeit seine Diplomarbeit zum Thema »Electronic Government, Bürokratie und Subjektivität«, war Mitorganisator des Kongresses »this is not a love song – radikale linke und psychologie heute« (2000 in Berlin) und der daraus hervorgegangenen Seminarreihe (vgl. www.notalovesong.org).
Foto: privat

1 Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE): Memorandum Electronic Government ›<http://www.vde.de/vde/html/d/fach/itg/publikationen/herunterladen.htm>«.

2 Einen Überblick gibt unter anderem Michael Felder: Verwaltungsmodernisierung. Die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie,

in: UTOPIE kreativ, Nr. 121/122 (November/ Dezember 2000), S. 1090-1102.

3 Im folgenden werden die Begriffe ›Verwaltungsmodernisierung‹ und ›electronic government‹ synonym verwendet.

4 Vgl. zum Beispiel die Rede des Bundesinnenministers Otto Schily auf dem Kongreß ›Effizienter Staat‹ am 5. April 2001 in Berlin (www.effizienter-staat.de).

5 Vgl. Dieter Grunow, Hellmut Wollmann (Hg.): Lokale Verwaltungsreform in Aktion: Fortschritte und Fallstricke, Basel, Boston, Berlin 1998.

6 Vgl. ›www.staat-modern.de/programm/index.html‹; über die Fortschritte dieser Initiative geben die einschlägigen und gut betreuten Websites mit den Titeln: ›www.staat-modern.de‹, ›www.effizienter-staat.de‹ und ›www.bundonline2005.de‹ Auskunft.

7 Vgl. für Europa ›www.europa.eu.int/information_society/eeurope/index_en.htm‹, einen kurzen Überblick der Entwicklungen in Asien bietet: ›www.heise.de/newsticker/result.xhtml?ur=/newsticker/data/wst-2105.01-002/‹, ein besonders ehrgeiziges Programm mit 10 Milliarden US-Dollar Volumen hat Japan vorzuweisen: ›<http://www.kantei.go.jp/foreign/it/network/priority-all/index.html>‹.

8 Vgl. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972, S. 650.

In Deutschland ist ›electronic government‹ ein von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommenes, gleichwohl zentrales Politikfeld der regierenden rot-grünen Koalition. Mit erheblichem Engagement und ebenso erheblichen Mitteln wird zur Zeit unter diesem Schlagwort eine ›Verwaltungsrevolution‹ vorangetrieben.⁵

Die Grundsätze dieser Politik finden sich im Kabinettsbeschuß der Bundesregierung ›Moderner Staat – Moderne Verwaltung – Deutschland erneuern‹ vom 1. Dezember 1999. Dort heißt es unter 1. *Leitbild aktivierender Staat*: ›Methoden der Staats- und Verwaltungsmodernisierung sind seit längerem bekannt; was auf der Bundesebene bisher fehlt, ist der entscheidende Schritt zu einer konzentrierten Gesamtreform. (...) Der Bund wird ... moderne Informations- und Kommunikationstechnik in breiter Form einsetzen, um den Übergang zur ›Elektronischen Verwaltung‹ (Electronic Government) zu vollziehen.‹⁶ Allein auf Bundesebene existieren 15 hochsubventionierte Leitprojekte wie *Media@komm* (vgl. www.mediakomm.net – mit einem Volumen von 60 Millionen DM) und 23 zusätzlichen Projekte, die allesamt den Einstieg in ein neues ›bürgerfreundliches‹ und ›bürokratiearmes‹ Zeitalter preisen. International vollziehen sich im übrigen ähnliche Prozesse; die Transition der Verwaltungen ins ›Internet-Zeitalter‹ zählt zu einem der wichtigsten Faktoren in der Standortkonkurrenz.⁷

›Electronic government‹ eröffnet verschiedene neuartige Spielräume. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit der weitgehenden Automation bürokratischer Vorgänge mittels vernetzter Computertechnik. Die Strukturmerkmale von Computersystemen entsprechen im Prinzip denen der Bürokratie.

Nach *Max Weber* zeichnet sich die Bürokratie in Wirtschaft und Gesellschaft aus durch Regel, Zweck, Mittel und sachliche Unpersönlichkeit.⁸ ›Die bürokratische Organisation bedeutet (...) Perfektionierung von Herrschaft, indem sie dem Herrn die Chance gewährt, das Handeln des Verwaltungsstabes lückenlos, *auf der ganzen Linie*, primär mittels formaler Regeln programmieren, mithin festlegen und *binden* zu können.‹⁹

Die Analogien zwischen einem idealtypischen bürokratischem Apparat und einer programmgesteuerten Maschine wie dem Computer sind augenscheinlich – beide sind im Grunde regelgeleitete informationsverarbeitende Systeme.

Computernetzwerke ermöglichen die Ausdehnung solcher Strukturen über große Bereiche, wobei die Netzdichte und die Schnittstellen darüber entscheiden, welche (gesellschaftlichen) Bereiche erfaßt werden können. Darüber hinaus bringen Computersysteme keine Loyalitätsprobleme mit sich. Das mit zunehmender Komplexität der Verwaltungen dort akkumulierte Herrschaftswissen, das von den Beamten und Angestellten tendenziell für partikulare Interessen verwandt werden kann, setzte die Bürokratie immer schon in ein Spannungsverhältnis zur Politik. Die daraus resultierende Notwendigkeit, die in der Verwaltung Tätigen mit Hilfe von Disziplinarordnung und Karrierechancen zu lenken und zu binden, fällt bei Computern weg. ›Electronic government‹ kann also auch als ein Versuch der Politik gedeutet werden, sich der Verwaltung, die sich tendenziell verselbständigt, wieder zu bemächtigen.

›Downsizing‹ und ›outsourcing‹ in der staatlichen Verwaltung

Nach innen bedeutet ›electronic government‹ also zunächst die Ersetzung vieler Beamter und Angestellter durch Maschinen. Innerhalb der Verwaltungen kommt es zu starken Veränderungen der Abläufe und Hierarchien, die nach dem Vorbild von moderner, Software gestützter Unternehmensführung reorganisiert werden. Zentralen Stellenwert hat bei allen ›electronic-government‹-Projekten die Einführung sogenannter *Enterprise Resource Management Software* (ERM) wie zum Beispiel *SAP/R3*. Diese oder vergleichbare Software ermöglicht neben der automatisierten Abwicklung vieler Prozesse das controlling von Materialflüssen und Personalleistungen in Echtzeit. Die anfallenden Daten fließen dabei direkt der Führungsebene zu, die wiederum über das Computersystem die einzelnen Bereiche direkt steuern und beeinflussen kann.¹⁰ Die gesamte mittlere Führungsebene wird also überflüssig; hierin besteht der tiefere Grund für das ›downsizing‹ – mitsamt dem ganzen Rattenschwanz angeleglicher horizontaler Hierarchien sowie der zugehörigen A&O-Psychologien – in vielen Unternehmen in den neunziger Jahren. Mit dem Ziel, per Verwaltungsmodernisierung¹¹ auch staatliche Bürokratien nach betriebswirtschaftlichem Muster zu führen, wird mit Hilfe dieser Technologien der Umstieg von der kameralen Buchführung auf die in der Wirtschaft übliche doppelte Buchführung vorangetrieben.

Dabei betreibt der Staat die automatisierten Verwaltungsvorgänge zunehmend nicht mehr selbst, sondern vergibt die Durchführung im Rahmen sogenannter Public Private Partnerships an privatwirtschaftliche Unternehmen, wie IBM, Siemens usw. Die Stadt Leipzig zum Beispiel hat unlängst im Rahmen eines joint ventures die gesamte Datenverarbeitung der Kommune an IBM übertragen. In Bremen und Ludwigshafen sind ähnliche Projekte im Gange.¹²

Neben der Datenverarbeitung werden auch andere bisher öffentlich getragene Leistungen per ›outsourcing‹ in Public Private Partnerships ausgelagert, zum Beispiel das »Facility Management«, Teile des Renten- und Sozialversicherungswesens und in Zukunft auch Teile des Einwohnermeldewesens. In den Vorgaben, die dieser Praxis zugrunde liegen, ist offen von einer ›Verschlankung des Staates‹, seiner Reduzierung auf ›Kernaufgaben‹, die Rede. Was im Kern darunter verstanden wird, findet sich im Zwischenbericht¹³ der vom Berliner Senat eingesetzten *Expertenkommission für Staatsaufgabenkritik* besonders prägnant formuliert:

»Die in Berlin als öffentlich angesehenen Aufgaben sind durch politische Entscheidungen in der historischen Entwicklung gewachsen. Eine Systematik liegt diesen öffentlichen Aufgaben nicht zu Grunde. Dies entspricht der Gesamtsituation der öffentlichen Verwaltung in Deutschland.

A: Staatliche Kernaufgaben – (verfassungs)rechtlich vorgegebene Aufgaben

Unzweifelhaft sind die politischen Leitungsaufgaben (politische Planung, Grundsatzangelegenheiten, Steuerung, Legitimation ›politischer Preise‹, Aufsicht, Controlling...) Kernaufgaben des öffentlichen Bereichs. Andere Aufgaben rechnen ebenfalls zu den Kernaufgaben (z. B. Polizei-, Justiz- Steuerverwaltung...). Die konkrete

9 Tyrell 1981, S. 85; zit. nach: Stephan Breuer: *Max Webers Herrschaftssoziologie*, Frankfurt/New York 1991, S. 210.

10 ERM-Systeme sind also Feedbacksysteme. Es ist zu vermuten, daß darin ein bisher wenig beachteter materieller Hintergrund der neuen Arbeitsorganisationsformen liegt.

11 Die Literatur dazu ist sehr umfangreich. Für Deutschland zentral sind die beiden folgenden Papiere der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (www.kgst.de): *Das neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung*, Bericht Nr. 5/1993, außerdem: *Wege zum Dienstleistungsunternehmen Kommunalverwaltung. Fallstudie Tilburg*, Bericht Nr. 19/1992.

12 Vgl. c't, 9/2001. S. 51; Busso Grabow, Holger Floeting: *Wege zur telematischen Stadt*; Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft: *Multimedia @ Verwaltung – Marktnähe und Bürgerorientierung mit elektronischen Diensten*, Bd. 7, 1999.

13 Dieser Bericht wird nach dem Kommissionsvorsitzenden Rupert Scholz gemeinhin als »Scholz-Papier« bezeichnet.

14 »Scholz-Papier«, S. 6 (Hervorhebungen im Original).

15 Vgl. zum Beispiel den schon erwähnten Kabinettsbeschuß »Staat Modern« und die dort vorgestellten Projekte.

16 Das ist keineswegs mit einem Verlust an staatlichem Einfluß gleichzusetzen. Vielmehr besteht das Spezifikum dieser Entwicklung zu einem schlanken Staat darin, daß dieser sich nicht zurückzieht, sondern lediglich weniger ausgibt. Tatsächlich weitet er seine Zugriffskompetenzen aus – er bemächtigt sich der Bürokratie, indem er sie abschafft; vgl. Michael Felder: *Verwaltungsmodernisierung...*, a. a. O.

17 *Moderner Staat – Moderne Verwaltung*, S. 6 (www.staat-modern.de/programm/index.html).

18 *Moderner Staat – Moderne Verwaltung*, S. 7. Das entspricht der Position der EU; vgl. Aktionsplan eEurope2002, S. 9 (www.europa.eu.int/ISPO/basics/eeurope/i_europe_follow.html).

19 Gesetzestext unter www.bfd.bund.de/information/bdsg_hinweis.html; außerdem: Neues Datenschutzgesetz in Kraft getreten, in: c't, 12/2001, S. 44.

20 So unter anderem beim Free-Mailer GMX, vgl. www.bigbrotherawards.de.

21 Werner Schmid, Sprecher des Bundesdatenschutzbeauftragten, fordert denn auch, daß die Realität der Datenverarbeitung anerkannt werden müsse und nicht verteuelt gehöre:

Abgrenzung zu anderen Anbietern ist aber bereits eine politische Frage (z. B. Überwachung von gefährlichen Betrieben durch Private oder durch die Polizei).

Die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben – muß vom Staat gewährleistet, aber nicht vollzogen werden.

Der Staat hat die Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Dienste und Güter) zu gewährleisten (*Gewährleistungsverantwortung*); die Dienstleistungen müssen jedoch nicht in Eigenproduktion erstellt werden (*keine Produktionsverantwortung*).¹⁴

Identische Aussagen finden sich in allen einschlägigen Papieren und Modellvorhaben.¹⁵ Idealtypisch gesprochen fungiert der Staat in diesem Modell nicht mehr als ausführender, sondern er setzt lediglich (demokratisch legitimiert) die Verfahrensregeln, die in den Kontrakten zwischen öffentlicher und privater Seite festgelegt werden – er schmilzt ab auf eine Moderations- und Legitimationsinstitution.¹⁶ Die privatisierten staatlichen Tätigkeitsfelder, die bislang dem Markt entzogen waren, werden Geschäftsfelder. Das Internet und die Informationstechniken (vor allem das »dataming«) dienen dabei als zusätzliche Transmissionsriemen, die Verwaltungsbereiche, die bisher nicht profitabel organisierbar waren, potentiell gewinnträchtig machen. Gleichzeitig sinken die konsumtiven Ausgaben des Staates erheblich.

Mit Blick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, die eine gewinnträchtige Verarbeitung der anfallenden Daten betreffen, ergibt sich ein widersprüchliches Bild. Im schon zitierten Kabinettsbeschuß *Moderner Staat* heißt es unter dem Punkt *Rechtliche Regelung(en) für Public Private Partnerships*: »Die Bundesregierung wird rechtliche Rahmenbedingungen für kooperative Vertragsverhältnisse zwischen privaten Verwaltungsdienstleistern und öffentlicher Verwaltung schaffen.«¹⁷ Angestrebt ist außerdem »Identifizierung und Abbau rechtlicher Hemmnisse für neue Dienstleistungen: Anhand konkreter Fälle werden Probleme in neuen Dienstleistungsbereichen ermittelt, die auf rechtliche Bestimmungen zurückzuführen sind.«¹⁸ Während jüngst das Bundesdatenschutzgesetz, das die Möglichkeiten der personengebundenen Weiterverarbeitung ohne vorherige Einwilligung der Betroffenen stark einschränkt, novelliert wurde¹⁹, ist die Verarbeitung solcher Daten gängige Praxis. Im Internet wird den Nutzern häufig bei der Registrierung zu bestimmten Diensten das Einverständnis zur Verarbeitung der anfallenden Daten abgenötigt²⁰, überhaupt wird generell nach dem Motto »wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter« verfahren.²¹

In Gutachten zu »electronic government«, die von Unternehmensberatungen erstellt wurden, wird davon ausgegangen, daß es im Zuge dieser Verwaltungsauslagerung zu einer Ausdünnung des Behördennetzes in der Fläche und zu einer Zentralisierung staatlicher Stellen auf die Regierungssitze als Kompetenzzentren kommen wird.²² Gleichzeitig wird eine Dezentralisierung der Verwaltungszugänge in Form von kommunalen Serviceläden, mobilen Serviceeinheiten und durch den individuellen Internetzugang angestrebt. Das räumliche Auseandertreten von Produktion und Distribution der Verwaltungsleistungen führt zu einer neuen Geographie der Macht. Es ist die, von *Saskia Sassen* schon für die Wirtschaft be-

schriebene, scheinbare Überwindung von Raum und Zeit durch das Internet, bei gleichzeitig verstärkter Resituierung von Individuen und Stätten der Macht im Raum.²³

Soweit zu dem, was »electronic government« nach innen für den administrativen Apparat bedeutet. Nach außen erscheint »electronic government« vor allem als Projekt, das Internet als Kommunikationsmedium verwaltungskompatibel zu machen. Damit soll eine größere Bürgernähe und Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen erreicht werden – Stichwort: »Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger«²⁴. Durch die Abwicklung von Behördengängen über das Internet per »single click government« im »virtuellen Rathaus«, indem es im übrigen keine Warteschlangen gibt, sollen die Bürger vom lästigen Gang zur Amtsstube befreit werden. Auch gegenüber der Wirtschaft wird ein neues bürokratiearmes Zeitalter beschworen, in dem durch die Automation der Behördeninteraktion per Internet, etwa bei Handelsstatistiken oder der elektronischen Vergabe, weniger Mitarbeiter für die Bearbeitung von administrativen Anforderungen abgestellt werden müssen.²⁵

Die Digitale Signatur – Voraussetzung für E-Government und E-Commerce

Um solche Dienste zu ermöglichen, muß ein zentrales Problem gelöst werden. Die eindeutige Zuordnung eines Nutzers zu seiner bürgerlichen Identität ist *die* zentrale Voraussetzung, um rechtsverbindliche Abläufe über das Netz zu organisieren. Die Lösung des Problems nennt sich »Digitale Signatur«.²⁶ Das digitale Äquivalent der eigenhändigen Unterschrift wird technisch derzeit über eine »multifunktionale Chipkarte« und über »Trust Center« realisiert. Trust Center sind eine Art elektronischer Notar, über die alle Transaktionen, die eine digitale Signatur beinhalten, abgewickelt werden. Derartige Einrichtungen werden als Public Private Partnerships von Firmen wie der Telekom betrieben.²⁷ Die Betreiber vergeben auch die Chipkarten und die zugehörige Signatur und stellen quasi ein Einwohnermeldeamt im Netz dar.

Digitale Signaturen ermöglichen den Abschluß von Verträgen über elektronische Netzwerke, bei denen die Urheberschaft der Daten sowie deren Unverändertheit nach erfolgter Signatur sichergestellt werden kann. Diese Technologie hat eine Schlüsselstellung für »electronic government«, aber auch für den »e-commerce«. Erst dadurch wird die vollständige wirtschaftliche Nutzung des Internet möglich, weil nur über die eindeutige Identifikation des Verkäufers und des Käufers die notwendige Rechtssicherheit in Form der staatlichen Gewährleistung der Eigentümerrechte auch im Netz hergestellt werden kann.

Darüber hinaus sind digitale Signaturen auch aus steuerrechtlichen Erwägungen interessant. Die Frage nach der Verbrauchsbesteuerung von über das Internet gehandelten Waren ist eindeutig geklärt. Die Umsatzsteueraufkommen aus dem Handel mit digitalen Produkten fließen dem Land zu, in dem diese Güter genutzt oder verbraucht werden (Bestimmungslandprinzip). In Hinblick auf die Ertragsbesteuerung von digitalen Gütern dagegen existiert das Problem der Ermittlung des Produktionsstandortes, der Einkünfte und der Ver-

»Nicht Daten sind zu vermeiden, sondern deren Personenbezug«. Anonymität und anonymitätsnahe Pseudonyme sollen per Gesetz als Vorzugslösung vorgeschrieben werden (vgl. c't, 14/2001, S. 48; Datenschutz mit kleinen Fehlern, in: ebenda, 5/2001, S. 222).

22 Vgl. Rathaus von zu Haus, in: c't, 7/2001, S. 218; außerdem »www.de.forrester.com/forit/home.nsf/AllByUID/B294DD976C92501541256A09003DD1E7?OpenDocument«.

23 Vgl. Saskia Sassen: Kontrollverlust? Der Staat und die neue Geographie der Macht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7-8/99.

24 So lautet der Titel der Informationsbroschüre zum neuen Meldegesetz, vgl. »www.bundesregierung.de/top/dokumente/Artikel/ix_48106.htm?template=single&id=48106_434&script=1&ixef=48106_434«.

25 Vgl. den Bericht der Initiative »Abbau bürokratischer Hemmnisse« des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, »www.bmwi.de/textonly/Homepage/Presseforum/Pressemitteilungen/2001/1320prm1.jsp«.

26 Vgl. auch die Hinweise der hier zuständigen Regulierungsbehörde Telekommunikation und Post, »www.regtp.de/tech_reg_tele/start/in_06-02-00-00-00_m/«.

27 Vgl. »www.telesec.de/«.

28 Vgl. Aktionsprogramm der Bundesregierung: Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts, www.iid.de/aktionen/aktionsprogramm/deckblatt.html.

29 Vgl. www.studierende-fzs.de/unser_e_politik/chipkarte/chip-index.htm und www.user.uni-bremen.de/~asta/links.htm#chip.

30 Vgl. Aktionsplan eEurope2002, S. 9 (www.europa.eu.int/ISPO/basics/eeurope/i_europe_follow.html).

31 Vgl. Rainer Rilling: Textprojekt »Internet«, www.rainer-rilling.de/texte/inkrit-internet.html.

32 Selbst das Datenaufkommen von konservativ ausgerichteten »electronic-government«-Projekten geht weit über das der Volkszählung von 1983 hinaus – faktisch bietet sich hier die Möglichkeit einer permanenten Volkszählung.

rechnungspreise. Digitale Signaturen ermöglichen potentiell den Nachvollzug des Weges der für diese Fragen relevanten Transaktionen in Netzwerken.²⁸

Digitale Signaturen sind also Instrumente, die neben der genannten Herstellung von Rechtssicherheit bei Verwaltung und Handel auch der Durchsetzung der Steuerhoheit des Staates im Netz dienen – sie sind die Schlüsseltechnologie, um das Internet endgültig verwaltungs- und wirtschaftskompatibel zu machen.

Perspektiven einer vernetzten Welt

Es ist davon auszugehen, daß es – vermittelt über die digitalen Signaturen – zu einer fortschreitenden De-Anonymisierung des Internet kommt. Gleichzeitig wird das Internet zur universalen Infrastruktur in den Industrienationen, über die die Organisation und Koordination einer wachsenden Zahl von Vorgängen abgewickelt wird. Nicht nur die beschriebenen Verwaltungsvorgänge und der »e-commerce«, die Kulturindustrie und ähnliches sind damit gemeint, sondern auch so profane Dinge wie Zugangskontrollen an Universitäten etwa²⁹, die über die Signaturchipkarten geregelt werden, elektronische Fahrausweise und dergleichen mehr. Nicht zuletzt das Geld selbst wird in zunehmendem Maße über elektronische Netzwerke laufen – mit dem Umstieg auf den Euro ist erklärtermaßen der Einstieg in den bargeldlosen Alltag angestrebt. Digitales Geld so anonym zu machen wie das vorhandene Geld, ist extrem teuer und aufwendig, teilanonyme oder nicht-anonyme Lösungen sind deutlich billiger. Über die Qualität von Datenschutzstandards, auch in bezug auf elektronisches Geld, herrscht derzeit Uneinigkeit zwischen verschiedenen beteiligten Stellen. Es zeichnet sich aber ab, daß sich eine sehr legere Haltung durchsetzen wird. Von seiten der EU zum Beispiel heißt es im Rahmenprogramm *eEurope2002*: »Der Schutz der Informationen muß hohe Priorität haben, kann aber teuer werden und die Geschwindigkeit des Netzes mindern. Daher können nicht irgendwelche Lösungen vorgeschrieben werden, sondern es muß so weit wie möglich dem Markt überlassen werden, darüber zu entscheiden, welcher Sicherheitsgrad den Bedürfnissen der Benutzer entspricht.«³⁰

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß es im Internet zu einer Verdopplung des Bestehenden bei gleichzeitiger weitgehender Überwindung der physikalischen Beschränkungen von Raum und Zeit kommt. Gleichzeitig wird das Internet zur universalen Infrastruktur.³¹ Die Universalisierung des Internet sowie die über alltägliche Vorgänge vermittelte ständige Repräsentanz der Individuen darin führt zwangsläufig zu einem gigantischen Datenaufkommen über deren Aufenthaltsorte, Bewegungen, Interaktionen, Handeln und dergleichen.³² Mit Hilfe dieser Daten ist eine Erhöhung der rationalen Tiefenschärfe von Entscheidungsprozessen in Bürokratie und Wirtschaft möglich. An Stelle der gruppenzentrierten Entscheidungsraster der klassischen Bürokratie können jetzt individualzentrierte Verfahren treten. Der Zugriff ist dabei unglaublich viel kleinräumiger, als dies mit der traditionellen Bürokratie bisher realisierbar war; winzige Kostenbereiche müssen jetzt nicht mehr pauschal berechnet werden, sondern können individuell erfaßt werden.

Verwaltung ist damit außerdem kein in der Regel zeitlich nachlaufendes Phänomen mehr, sondern bekommt potentiell simultanen Charakter. Die über das Internet vermittelte unmittelbare Einbeziehung der Individuen in Verwaltungsprozesse ermöglicht die Anwendung von Evaluations- und Benchmarkprozessen, wie sie bisher innerhalb von Betrieben genutzt wurden, auf größere soziale Einheiten.

Technisch beschränkt ist ein solches Modell, wie oben bereits angemerkt, durch die Netzdichte und die Schnittstellen. Die Netzdichte wird spätestens mit der Einführung der nächsten Mobilfunkgeneration UMTS total; bis die Schnittstellen die Alltagswelt der Individuen durchdrungen haben, wird es sicherlich länger dauern. Die Durchsetzungsgeschwindigkeit wird nicht zuletzt vom Erfolg solcher Projekte wie die Ersetzung des Personalausweises durch die Signaturkarte – die »BürgerInnenkarte«³³ – abhängen.

Von den technischen Voraussetzungen her gesehen entwickelt sich eine Herrschaftsinfrastruktur, die der von *Michel Foucault* in *Überwachen und Strafen* beschriebenen Architektur des Panopticons entspricht. »Der perfekte Disziplinarapparat wäre derjenige, der es einem einzigen Blick ermöglichte, dauernd alles zu sehen.«³⁴ Ein de-anonymisiertes Internet wäre (beinahe) ein solcher Apparat, ein universelles dynamisches Panoptikum, in dem der Blick zu jedem Zeitpunkt, an jeden beliebigen Punkt, auf jedes beliebige Subjekt gerichtet werden könnte. Letztlich bedeutet das eine groteske Verkehrung der Befreiungsphantasien, die die Linke mit dem Netz verband – die sozusagen auf ein inverses Panopticon hoffte; also die Möglichkeit, »die Macht« ständig sehen und (demokratisch) kontrollieren zu können.

Bürokratie und Individualität – kein Widerspruch mehr?

Ein solches Modell läßt den Gedanken an ein totalitäres Regime à la 1984 aufkommen. Es ist aber zu vermuten, daß die beschriebenen Strukturen entscheidende Unterschiede gegenüber der klassischen Orwellschen Vorstellung vom Überwachungsstaat aufweisen. Während in jenem das zu kontrollierende die Subjektivität der Staatsbürger war, den es als potentiellen Störfaktor ständig zu überprüfen und einzuschüchtern galt, zielen die den »electronic-government«-Diskurs flankierenden Konzepte im Gegenteil gerade auf das Hervorbringen einer bestimmten Art von Subjektivität ab.

Sie folgen damit einer Entwicklung, wie sie in der Arbeitswelt schon seit etwa dreißig Jahren zu beobachten ist. Die tayloristischen Konzepte der Betriebsorganisation, die im Fordismus hegemonial waren, zielten auf eine größtmögliche Unterdrückung und Kontrolle von Subjektivität. In den siebziger Jahren trat hier ein wichtiger Formwandel ein – die Subjektivität und Individualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde zunehmend als das Intensivierungspotential entdeckt.³⁵ Diese Entwicklung hält bis heute ungebrochen an und hat ihren vorerst letzten Ausdruck im Schlagwort vom »Unternehmer der eigenen Arbeitskraft« gefunden.

Entlang dieser Linie bringt »electronic government« ein verändertes Verhältnis zwischen Staatsbürger und Staat hervor. Moderne Verwaltung tritt dem Vorwurf der Entmündigung der Subjekte, der für die klassische regelgesteuerte Konditionalbürokratie sprichwörtlich

33 Vgl. »www.-user.uni-bremen.de/~asta/themen/chip/reader/02-media-komm.html«; vgl. auch diese Meldung über digitale Signaturen in der Schweiz, »www.heise.de/newsticker/data/cp-08.07.01-003/«.

34 Michel Foucault: *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M. 1994, S. 224.

35 Vgl. Peter Groskurth, Walter Volpert: *Lohnarbeitspsychologie*, Frankfurt/M. 1975 (immer noch das beste Lehrbuch zur Arbeits- und Organisationspsychologie).

36 Vgl. Kabinettsbeschluss: Staat Modern – Moderne Verwaltung; diese Formel findet sich in fast allen deutschen Konzepten zum ›electronic government‹ wieder.

37 Moderner Staat – Moderne Verwaltung, S. 2.

38 Vgl. Henning Schmidt-Semisch: Selber schuld – Skizzen Versicherungsmathematischer Gerechtigkeit, in: Bröckling, U., Lemke, T., Krasmann, S.: Gouvernementalität der Gegenwart, Frankfurt 2000, S. 168 ff.

39 Schmidt-Semisch interessiert sich nicht für den Hintergrund dieser Intervention des bürgerlichen Staates. Dieser liegt knapp gesagt in dem Interesse zu garantieren, daß die Arbeitskraft erhalten wird, wenn kein Lohn fließt – sei es wegen Krankheit oder aufgrund von Arbeitslosigkeit.

ist, offensiv entgegen. In Deutschland lautet die Losung »aktivierender Staat«³⁶, in dem eine »neue Verantwortungsteilung« zwischen Staat und Bürger vorgesehen ist: »Im aktivierenden Staat sind sie gleichberechtigte Partner bei der Wahrnehmung von Aufgaben für das Gemeinwohl.«³⁷ An die Stelle von Regelwerken für alle möglichen (Alltags)Vorgänge tritt ein ›outcome-orientiertes‹ Kontraktmanagement. Definiert wird nicht mehr, wie bestimmte Leistungen zu erlangen oder zu erbringen sind, sondern nunmehr das Ziel des ganzen Vorgangs. Die Ausführung wird den Subjekten und ihrem je eigenen ›Stil‹ überlassen. Ein profanes Beispiel mag das verdeutlichen. Bei der Einführung der digitalen Chipkarte mit Signaturfunktion an der Universität Bremen wurde als ein Anwendungsfall die Prüfungsanmeldung per Internet vorgestellt. Im Gegensatz zu früher müsse der Student jetzt nicht mehr persönlich zu einer bestimmten Zeit im Prüfungsamt erscheinen, sondern er könne, wenn es ihm beliebt, auch um 3.21 Uhr nachts seine Prüfung anmelden. Von den Beteiligten wird das als Ent-Bürokratisierung und Freiheitsgewinn erlebt. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Vereinnahmung auch individuellster Eigenschaften in bürokratische Erkennungs- und Entscheidungsprozesse.

Die Subjekteffekte, die mit ›electronic government‹ einhergehen könnten, lassen sich weiterhin an der Analyse des gegenwärtigen Umbaus der Sozialversicherungssysteme von *Henning Schmidt-Semisch* verdeutlichen.³⁸ Diesen Umbau begreift er als die Durchsetzung versicherungsmathematischer Gerechtigkeit gegenüber der von ihm so genannten »sozialen Gerechtigkeit« des Sozialstaates.

Die klassischen Sozialversicherungssysteme, so *Schmidt-Semisch*, setzen sich aus weitgehend zwangskollektivierten Versicherungsnehmern zusammen, die bezüglich ihrer Lebensumstände sowie ihrer Risiken große Unterschiede aufweisen. Bei einer Inanspruchnahme der Leistungen, zum Beispiel im Falle des Verlustes des Arbeitsplatzes bei der Arbeitslosenversicherung, werden diese Unterschiede nur insofern berücksichtigt, als daß sich die gezahlten Leistungen am letzten Einkommensniveau der Versicherten orientieren. Gerechtigkeit, so die Legitimationsformel, stellt sich über die Verteilung der Risikolast auf möglichst viele Schultern her. Die individuellen Unterschiede werden durch die mit steigenden Versichertenzahlen sinkenden Einzelabgaben ausgeglichen. Zugespitzt formuliert: Nur durch die erzwungene³⁹ Teilnahme möglichst aller können die Beiträge klein gehalten werden und gleichzeitig erwirbt jedermann das Recht auf Inanspruchnahme der Leistungen, unabhängig von der individuellen Situation – eine abstrakte Form gegenseitiger Fürsorge.

Die Gerechtigkeit von privatwirtschaftlichen Versicherungen rekuriert dagegen auf der möglichst umfassenden Kenntnis der individuellen Gegebenheiten, die als sogenannte Risikofaktoren in versicherungsmathematische Modelle eingehen. Bei diesen Methoden werden aus den subjektiven Umständen, wie zum Beispiel Charakter, moralische Einstellung etc., und objektiven Faktoren, wie Alter, Geschlecht, Wohnort, Beruf usw., individuelle Risikokombinationen errechnet, aus denen sich dann die jeweiligen Prämien und Versicherungssummen ergeben. Außerdem können bestimmte

Pflichten, sogenannte Obliegenheiten, abgeleitet werden – bei einem teuren Auto das Anbringen einer Alarmanlage etwa.

Gerechtigkeit bedeutet hier, daß hohe individuelle Risiken mit hohen und geringe individuelle Risiken mit geringen Tarifen belegt werden. Diesen Bedingungen stellen sich die Teilnehmer auf ›freiwilliger‹ Basis. Von dieser Warte aus scheinen die großen Unterschiede zwischen den Zwangsversicherten und ihre ›Gleichbehandlung‹ im Schadensfall als ungerecht – ›Wieso soll ich für den Tumor des Rauchers aufkommen?‹ lautet die empörte Frage der sich mit steigenden Beiträgen konfrontiert sehenden Versicherungsteilnehmer der Krankenversicherung. Der Vorwurf geht hier an den vermeintlich unverantwortlichen Umgang anderer Leistungsnehmer mit den knappen gemeinsamen Ressourcen. Zur Schonung dieser haben alle die Pflicht, und jene, die aufgrund bestimmter Umstände oder bestimmter Verhaltensweisen mehr Ressourcen beanspruchen als andere, können dies tun – solange sie dafür entsprechend belangt werden.

Das spezifische Paradox dieser Entwicklung ist, daß individuelle Handlungsfreiheit zunimmt, indem die Individuen von der sogenannten Gleichmacherei des überkommenen Sozialstaates freigesetzt werden, diese gleichzeitig aber um so mehr (gesellschaftliche) Risiken zu tragen haben, die nun nur noch als Konsequenzen ihres je eigenen Handelns erscheinen – der Preis der Freiheit eben. Die Notwendigkeit der Risikovorsorge wird an die Individuen abgegeben; eine, als subjektiver Freiheitsgewinn erlebte, repressive Aufhebung des staatlichen Paternalismus.

Schmidt-Semisch schließt weiter, daß individuell antizipierte Ressourcenschonung zum zentralen Prinzip wird. Der Staat hat die Sorge zu tragen, daß jeder sich prophylaktisch verhält und auf diese Weise der Gesamtheit dient. »Die ›Rede vom sozialen Netz als soziale Hängematte im Freizeitpark Deutschland‹ (Freyberg 1997: 185) macht tendenziell alle ›Netto-Empfänger‹ der Sozialversicherung verdächtig. Nur die propagierte versicherungsmathematische Rationalität – so die implizite Botschaft – kann dieser *betrügerischen* ›Vollkasko-Mentalität‹ ein Ende setzen, weil sie alle Risikounterschiede der Personen berücksichtigt.«⁴⁰ Dazu ist die umfassende Kenntnis der individuellen Lebensführung notwendig. »In der ›verdächtigen Gesellschaft‹ wird tendenziell jeder zu einem potentiellen ›Täter‹, dessen Risikokombinatorium es zu durchdringen gilt.«⁴¹

Innerhalb eines solchen Modells gesellschaftlicher Freisetzung bei gleichzeitigem In-Verantwortungnehmen der Subjekte erscheinen die Datenerfassungs- und Verarbeitungskapazitäten, die mit ›electronic government‹ realisierbar sind, in einem anderen Licht. Erst mit ihnen ist die für die Erstellung von Risikokombinatorien notwendige Einholung der Alltagswelt der Individuen möglich. Die realpolitische Umsetzung solcher Modelle steht zweifelsohne auf einem anderen Blatt. Wenn auch mit der Rentenreform das von *Schmidt-Semisch* skizzierte Modell »versicherungsmathematischer Gerechtigkeit« schon eine gesellschaftliche Konkretion gefunden hat.

Es dürfte bis hier deutlich geworden sein, daß mit ›electronic government‹ entscheidende Veränderungen der politisch-institutio-

40 Henning Schmidt-Semisch: Selber schuld..., a. a. O. S. 178.

41 Ebenda.

nellen Ausformung bürgerlicher Staatsgewalt anstehen. Bürokratie war und ist die institutionelle Ausdrucksform des bürgerlichen Staates, die konkret der Herstellung und Gewährleistung von Bedingungen der Akkumulation dient: in Form der Organisation von Infrastrukturen für Verkehr, Telekommunikation, Versorgung etc., in Form der Aufrechterhaltung der ›öffentlichen Ordnung‹ und nicht zuletzt in Form der Herstellung des bürgerlichen Subjektstatus durch die Organisation von Erziehung, Bildung und Wissenschaft.

Die Perspektiven von über ›electronic government‹ vermittelter Vergesellschaftung zu einem ›neuen‹ Staatsbürgersubjekt sind derzeit notwendig prognostischer Natur. Gleichwohl ist es sicher, daß mit ›electronic government‹ in naher Zukunft ein erhebliches volkswirtschaftliches Rationalisierungs- und Einsparungspotential zu erschließen ist. Dieser Prozeß betrifft mehr oder minder schnell die Lebensführung aller Subjekte im Einzugsbereich einer solcherart modernisierten Verwaltung. Das Internet wird in diesem Prozeß seine Unschuld verlieren und wieder offen zu einer Infrastruktur von Herrschaftstechnologie werden – die Wiederkehr des Verdrängten sozusagen.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

41

Nationalismus, Rassismus, Krieg

US-Hegemonie und Terrorismus; Nation und Gewalt;
Kollektive und Nationale Identität, Zweiter Internationalismus statt NATO; Arbeitswelt, Standortnationalismus,
Rechtsradikalismus, Anti-Faschismus; Europa und
Föderalismus, Einmischung und Integration

A. Roy, F. Schandl, R. Kühn, H.U. Jost, J. Lang,
Ch. Bütlerwagga, F. Husken, H. Stutz, Y. Kramer, K. Dörre,
V. Aleski, Ch.P. Scherrer, H. Kloger, G. D'Amato

Diskussion

G. Trepp: Geldwäscherei und Terrorgefahr
W. Eberle / H. Schläppli: Linke und Neue Mitte
S. Lettow: Neoliberaler Antirassismus

Magazine / Rezensionen / Zeitschriftenschau

208 Seiten, Fr. 25.–
(Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel
oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach,
CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Der heutige Rechtsextremismus ist nicht mehr derselbe wie zur Zeit des Nationalsozialismus beziehungsweise Hitlerfaschismus, vielmehr hat er sich seither umfassend modernisiert, was natürlich nicht heißt, daß sich sein zutiefst inhumanes Wesen, seine Hauptstoßrichtung gegen eine soziale Demokratie und seine fortschrittsfeindliche Grundfunktion gewandelt hätten. Gleichwohl drängt sich die Frage auf, welche Besonderheiten ultrarechte Strömungen, Parteien und Organisationen der Gegenwart aufweisen. Während in der medialen und Fachdiskussion selten über Zusammenhänge zwischen ökonomischer Globalisierung einerseits und rechtsextremer Mobilisierung andererseits reflektiert wird, steht diese Kausalbeziehung hier im Mittelpunkt. Bevor jedoch spezifische, die extreme Rechte begünstigende Folgen des Globalisierungs- beziehungsweise neoliberalen Modernisierungsprozesses thematisiert werden, sind ein paar terminologische Klärungen und allgemeinere Überlegungen gesellschaftstheoretischer Art nötig.

Begrifflichkeit und theoretische Grundlagen

Als die nach Verträgen der Bundesrepublik mit mehreren südeuropäischen, später auch mit zwei nordafrikanischen Staaten seit 1955 angeworbenen »Gastarbeiter« während der wirtschaftlichen Krisenphase der sechziger Jahre auf Ressentiments stießen, setzte sich hierzulande ein Terminus durch, den es nur im deutschsprachigen Raum gibt: »Ausländerfeindlichkeit« war eine Wortschöpfung, die das Phänomen als *individuelles* und nicht als *gesellschaftliches* Problem definierte. Welche sozial-historischen Zusammenhänge zwischen Hitlerfaschismus und zeitgenössischem Rechtsextremismus bestehen, blieb ausgeblendet, weil die Juden ja Deutsche und eben keine Ausländer/innen gewesen waren. »Ausländerfeindlichkeit« wurde nicht mit jenem fanatischen Antisemitismus, der Auschwitz erst möglich gemacht hatte, in Verbindung gebracht, sondern schien etwas völlig Neues, nämlich die Skepsis, Vorsicht beziehungsweise Antipathie gegenüber einzelnen Bürger(inne)n anderer Nationalität zu charakterisieren.

Der erste Teil des Wortes ist irreführend, der zweite Teil verharmlosend. »Ausländerfeindlichkeit« betrifft weder *alle* noch *nur* Ausländer/innen: Schweizer Bankiers, Skandinavier und weiße US-Amerikaner/innen leiden nicht darunter; umgekehrt nützt es Schwarzen, zum Beispiel »Besatzungskindern«, überhaupt nichts, von Geburt an Deutsche zu sein. Wie die Analogie zur »Hunde-



Christoph Butterwegge –
Jg. 1951
Prof. für Politikwissenschaft
an der Universität zu Köln.
Foto: privat

feindlichkeit« zeigt, von der manche Tierfreunde im Frühsommer 2000 sprachen, als viele Mitbürger/innen für einen Maulkorb- oder Leinenzwang bei sogenannten Kampfhunden plädierten, wird der rassistische Haß eher bagatellisiert, wenn man ihn »Ausländerfeindlichkeit« nennt.

»Fremdenfeindlichkeit« erscheint noch fragwürdiger, weil unwillkürlich der Eindruck entsteht, die persönliche Abneigung oder Abwehrhaltung gegenüber »den Anderen« sei angeboren und natürlich. Man unterschlägt oder übersieht so, daß bestimmte Menschen erst durch einen als »Ethnisierung« bezeichneten Etikettierungs- und Stigmatisierungsprozeß zu Fremden »gemacht« werden.¹ In dem eng damit verwandten Begriff »Xenophobie« wird ein Kausalzusammenhang zwischen Furcht und Fremdenfeindlichkeit hergestellt, womit sich zuweilen die Behauptung verbindet, gemeint sei etwas Natürliches und biologisch Vorgegebenes, also nicht etwa sozial Gelerntes und Veränderbares.² Bedenklich stimmt auch, daß hierzulande selbst von erklärten Gegnern der Übergriffe schon lange nicht mehr so viel von »den/dem Fremden« gesprochen wurde³, wodurch man – meist ungewollt beziehungsweise unbewußt – Ausgrenzungsprozesse unterstützt hat, denen bestimmte Gruppen seither verstärkt unterliegen.

»Rassismus« bezeichnet im Unterschied zu den oben genannten Begriffen ein gesellschaftliches Macht- und Gewaltverhältnis (institutioneller beziehungsweise struktureller Rassismus), eine Weltanschauung, die Rangunterschiede zwischen Menschengruppen pseudowissenschaftlich zu rechtfertigen sucht (intellektueller Rassismus) sowie Vorurteile, Klischees und Stereotype gegenüber beziehungsweise die daraus resultierende Diskriminierung von ethnischen Minderheiten (individueller beziehungsweise Alltagsrassismus). Während der Rassismus die – biologische beziehungsweise kulturelle – Differenz betont und damit in letzter Konsequenz den Ausschluß, die Ausgrenzung oder gar Ausmerzung »der Anderen« verlangt, hält der Ethnozentrismus die eigene Überlegenheit für ein zu vermittelndes Gut und neigt eher zu der Annahme, andere Völker beziehungsweise Volksgruppen müßten sich assimilieren.⁴

Versucht man, Rassismus zu definieren, so handelt es sich im Kern um ein die Haltung und das Handeln von Millionen Menschen, aber auch die Praxis staatlicher Institutionen bestimmendes Denken, welches nach körperlichen beziehungsweise nach kulturellen Merkmalen gebildeten Großgruppen (zum Beispiel »den Weißen« und »den Schwarzen« oder »den Christen« und »den Muslimen«) unterschiedliche Fähigkeiten, Fertigkeiten oder Charaktereigenschaften zuschreibt, wodurch die Ungleichverteilung von Rechten und materiellen Ressourcen erklärt, also die Existenz eigener Privilegien beziehungsweise der Anspruch darauf legitimiert, die Gültigkeit universeller Menschenrechte hingegen negiert wird. Wer bei Gruppen von Menschen somatische Unterschiede (zum Beispiel der Haut- und Haarfarbe, Physiognomie, Gesichtsform) feststellt, ist deshalb noch kein Rassist, selbst dann nicht, wenn er sie als »Rassen« bezeichnet, obwohl eine solche Unterteilung der Menschheit wissenschaftlich unhaltbar, dieser Terminus durch den NS-Völkermord in Deutschland zusätzlich diskreditiert und kaum geeignet ist, eine

1 Vgl. Wolf-Dietrich Bukow: Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen 1996.

2 Vgl. K. Peter Fritzsche: Bürger im Streß – eine Erklärung der Xenophobie, in: Verantwortung in einer unübersichtlichen Welt. Aufgaben wertorientierter politischer Bildung. Referate und Diskussionsergebnisse des Bundeskongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung vom 10. bis 12. März 1994 in Erfurt, Bonn (Schriftenreihe, Bd. 331) 1995, S. 165 f.

3 Vgl. Lutz Hoffmann: Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge – Aktualität und Entstehungsgeschichte, Köln 1994, S. 53.

4 Vgl. Johannes Zerger: Was ist Rassismus? Eine Einführung, Göttingen 1997, S. 91.

sachliche Diskussion zu ermöglichen. Rassismus beginnt dort, wo phänotypische Merkmale oder kulturelle Spezifika einer bestimmten Großgruppe so mit »inneren Werten« in Verbindung gebracht werden, daß man den Gruppenmitgliedern die Möglichkeit zur Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit abspricht. Verletzt wird dadurch die Fundamentalnorm der Verfassung »Die Würde des Menschen ist unantastbar« (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG).

Seit den rechten Gewalttaten von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen läßt sich in der Bundesrepublik eine gewisse Enttabuisierung des Rassismusbegriffs feststellen, der zwar als Fachterminus international gebräuchlich ist, hierzulande aber jahrzehntelang als polemisch überzogen galt. Der enorme Vorteil dieses Terminus besteht freilich darin, daß er gesellschaftliche Strukturzusammenhänge und historische Kontinuitäten seit dem Mittelalter (Kolonialismus) erfaßt, ohne Modifikationen und Ausdifferenzierungen (biologisch beziehungsweise kulturell begründete Spielarten des Rassismus) zu ignorieren.⁵ Neben dem Nationalismus, Biologismus und Sozialdarwinismus bildet der Rassismus ein Kernideologem des Rechtsextremismus, das sich nicht nur im Bewußtsein vieler Europäer/innen festgesetzt, sondern auch institutionalisierte Formen (der Diskriminierung durch Behörden und Ämter) angenommen hat.⁶

Wirtschaftsfundamentalismus, neoliberaler Wettbewerbswahn und Wohlstandschauvinismus als Ursachen für rechte Gewalt

Es wäre falsch, Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen oder Jugendproblem zu begreifen. Sein organisierter Kern ist auch keine Protestbewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt.⁷ Vielmehr grenzt er Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle und andere »Randgruppen« genauso aus wie Asylbewerber/innen, will ihnen staatliche Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also nicht um eine Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation gültiger Normen (Beurteilung einer Person nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit beziehungsweise Angepaßtheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.⁸

Hier wird für ein Erklärungsmodell plädiert, das die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, bestimmte Erblasten der politischen Kultur sowie aktuell die Globalisierung beziehungsweise neoliberale Modernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates⁹, sondern beinahe aller Bereiche der Gesellschaft für (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich macht.

Ulrich Beck unterscheidet zwischen der Globalität (als Ziel und Teilrealität einer Überwindung von nationalstaatlichen Begrenzungen beziehungsweise Beschränktheiten), der Globalisierung (als Prozeß, in dessen Lauf die Nationalstaaten schrittweise an Souveränität und Bedeutung einbüßen) sowie dem Globalismus (als Ideologie des Neoliberalismus, Wirtschaftsfundamentalismus beziehungsweise Marktradikalismus): »Der Globalismus unterstellt, daß ein so komplexes Gebäude wie Deutschland – also der Staat, die Gesell-

5 Vgl. dazu Etienne Balibar: Gibt es einen »Neo-Rassismus«?, in: Ders., Immanuel Wallerstein, Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin 1990, S. 23 ff.

6 Vgl. hierzu Christoph Butterwegge: Nationalismus und Rassismus – Kernideologien des Rechtsextremismus als Leitbilder für die Jugend?, in: Manfred Büttner (Hrsg.), Braune Saat in jungen Köpfen. Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt, Bd. 1: Theorie und Ideologie des Rechtsextremismus und Nationalsozialismus in Geschichte und Gegenwart, Baltmannsweiler 1999, S. 13 ff.

7 Vgl. zur Kritik dieser und vergleichbarer Ansätze Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996.

8 Vgl. Dieter Bott: Jugend und Gewalt, in: Deutsche Jugend 2/1993, S. 87.

9 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Olden 2001.

10 Ulrich Beck: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt am Main 1997, S. 27.

11 Vgl. dazu: Dieter Plehwe, Bernhard Walpen: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA 115 (1999), S. 203 ff.

12 Klaus Dörre: Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?, in: Dietmar Loch, Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 79.

13 Vgl. ergänzend: Christoph Butterwegge: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 292 ff.

14 Vgl. dazu vor allem: Kurt Sontheimer: Deutschlands Politische Kultur, 2. Aufl. München/Zürich 1991; Wolfgang Bergem: Tradition und Transformation. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland. Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Opladen 1993; Martin Greiffenhagen, Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München/Leipzig 1993.

schaft, die Kultur, die Außenpolitik – wie ein Unternehmen zu führen sei. Es handelt sich in diesem Sinne um einen Imperialismus des Ökonomischen, unter dem die Unternehmen die Rahmenbedingungen einfordern, unter denen sie ihre Ziele optimieren können.«¹⁰

Im viel beschworenen »Zeitalter der Globalisierung« erscheint der Neoliberalismus als umfassende und in sich schlüssige Lehre, ja als politische Zivilreligion oder Weltanschauung, mit der man sich die Entwicklung von Staaten und Gesellschaften erklären, sie aber auch beeinflussen sowie in eine markt-, leistungs-, und konkurrenzorientierte Richtung lenken kann. Daß der Neoliberalismus eine beherrschende Position im öffentlichen und Fachdiskurs erringen konnte, verdankte er weniger der Überzeugungskraft seiner Theorie, die ihren Hauptvertretern, zum Beispiel den Ökonomie-Nobelpreisträgern *Friedrich A. Hayek* und *Milton Friedman*, großen Einfluß auf die herrschende Meinung gab, als deren geschickter Vernetzung, systematischer Unterstützung durch sogenannte Denkfabriken (think tanks) und von Stiftungen geförderter Lobbyarbeit.¹¹

Der modernisierte Rechtsextremismus stützt sich auf eine ideologische »Verklammerung von Wirtschaftsliberalismus und Nationalismus«, die aufgrund ihrer Zuspitzung für populistische Anrufungen instrumentalisierbar ist: »Konstruktionen des Nationalen werden dann als ideologisches Bindemittel genutzt, um soziale Frustration in autoritäre, obrigkeitstaatliche Orientierungen zu überführen.«¹² Da neoliberale Kräfte das Elite- und Leistungsdenken früherer Epochen heute in verschiedenen Gesellschaftsbereichen rehabilitieren wollen, deckt sich die Rechtsentwicklung partiell durchaus mit ihren Zielsetzungen, auch wenn nicht – nach Art einer Verschwörungstheorie – unterstellt werden soll, diese Interessenkonvergenz sei von den handelnden Personen intendiert.

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische (Un-)Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstruktur und Führerpersönlichkeiten, aber auch die Art und Weise, wie ihnen demokratische Kräfte begegnen.¹³ Unter der »politischen Kultur« sind geistige Traditionslinien, Mentalitätsbestände sowie Haltungen der Bürger/innen gegenüber den staatlichen Institutionen und Strukturen, also die subjektive Dimension des Politischen, zu verstehen. Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche der Männer für militärische Disziplin.¹⁴ Sie gipfelten in einem Nationalismus, der von der Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage 1945 besonders aggressiv war, weil Deutschland als »verspätete Nation« (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, wenn nötig mit Waffengewalt einen »Platz an der Sonne« – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Das sogenannte Dritte beziehungsweise Großdeutsche Reich fußte weniger auf Sympathien der Bevölkerung mit dem Nationalsozialismus als auf ihrer Identifikation mit dem im monarchischen Obrigkeitsstaat wie in der Weimarer Republik übermächtigen Nationalismus: »Jede Binnenordnung schien akzeptabel, solange sie behaupten konnte, nationale Ziele zu verwirklichen. Die vermeintliche Stärkung deutscher Einheit und Weltgeltung wurde so zu einem Kriterium der politischen Kultur, aus dem sich autoritäre Regime nach innen und expansionistische und imperialistische Politik nach außen rechtfertigen konnten.«¹⁵ Das NS-Regime hat den Nationalismus nicht – wie oft behauptet wird – pervertiert, also für Kriegsverbrechen und Völkermord *mißbraucht*¹⁶, vielmehr nur auf die Spitze getrieben. Obwohl Deutschlands bedingungslose Kapitulation und Okkupation durch die alliierten Siegermächte nicht bloß bedeuteten, daß der Nationalsozialismus gescheitert, sondern auch, daß der Nationalismus seiner Legitimationsgrundlage beraubt war, blieb letzterer – genauso wie der Antisemitismus – im »kollektiven Gedächtnis« der Deutschen haften, weil sie ihre eigene NS-Vergangenheit weder kritisch aufgearbeitet noch wirklich bewältigt hatten.

Wenngleich die Nation in der Altbundesrepublik trotz einer von Regierung und Opposition geübten Wiedervereinigungsrhetorik keinen zentralen Bezugspunkt der kollektiven Identitätsbildung mehr darstellte,¹⁷ blieb der Glaube, die Deutschen seien ein besonders tüchtiges, fleißiges und begnadetes Volk, tief im Massenbewußtsein verankert. Eine Renaissance des Nationalismus setzte aber auch nicht erst mit der DDR-»Wende« im Herbst 1989 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, sondern spätestens nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 ein, als sich die CDU/CSU/FDP-Koalition der sogenannten Deutschen Frage zuwandte und diese in »Berichten zur Lage der Nation« wieder für »offen« erklärte. Gleichzeitig verkündete das Bundeskabinett unter *Helmut Kohl* eine neue Ausländerpolitik, welche die sogenannten Gastarbeiter – im Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern – durch eine Geldprämie zur Rückkehr ins Herkunftsland ermunterte, sie damit jedoch als unerwünscht brandmarkte und die Neidgefühle deutscher Kollegen weckte. Wenig später hielt das Deutschlandlied (manchmal sogar mit allen drei Strophen) in Schulbücher, Klassenräume, Fußballstadien sowie Rundfunkanstalten Einzug.

Forderungen nach einer Neukonturierung der »nationalen Identität« fungierten als Brücke zwischen der »liberal-konservativen Mitte« und der extremen Rechten. Ähnliches gilt für die DDR, wo das SED-Regime die Wurzeln des Nationalsozialismus nicht – wie in der neuen Verfassung von 1974 behauptet – ausgerottet, patriotische Stimmungen vielmehr schon früh rekultiviert hatte, um seine eigene Position zu festigen, Bündnispartner in bürgerlichen Kreisen zu gewinnen und dem Kampf gegen den westdeutschen Separatstaat eine geistiges Fundament zu verschaffen. Durch nationales Pathos und sozialistische Indoktrination entstand eine paradoxe Situation: »Zwar traf der von der SED propagierte Nationalismus, insofern er inhaltlich mit den Emotionen beziehungsweise Vorurteilen der Bevölkerung korrespondierte, auf Akzeptanz, trug aber nicht zu der gewünschten Distanz der Ostdeutschen insbesondere zur westlichen

15 M. Rainer Lepsius: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstitutionsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 235.

16 Vgl. Georg Paul Hefty: Der Nationalismus – Gift oder Medizin?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Juli 1990.

17 Vgl. Heinrich Haferkamp: Nationen und Nationalismus. Zur Konstitution eines folgenreichen Prinzips politischer Legitimität, in: Probleme des Friedens 2/1993, S. 19.

18 Michael Lemke: Nationalismus und Patriotismus in den frühen Jahren der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 50/2000, S. 18.

19 Micha Brumlik: Das Öffnen der Schleusen. Bitburg und die Rehabilitation des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Georg M. Hafner, Edmund Jacoby (Hrsg.): Die Skandale der Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 264.

20 Vgl. Heinrich Senfft: Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des »Historikerstreits«, Köln 1990.

21 Vgl.: Wolfgang Wippermann: Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997; Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Alfred Schobert (Hrsg.): Endlich ein normales Volk? Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation, Duisburg 1999; Johannes Klotz, Gerd Wiegel (Hrsg.): Geistige Brandstiftung? Die Walsers-Bubis-Debatte, Köln 1999.

Lebensweise bei, sondern verstärkte im Gegenteil deren Renitenz gegen eine Sowjetisierung von Kultur und Alltagsleben in der DDR.«¹⁸

Die grenzrevisionistischen beziehungsweise revanchistischen Bestrebungen innerhalb der Vertriebenenverbände wurden von der CDU/CSU/FDP-Regierung mehr oder weniger offen unterstützt. 1984/85 kam es zum Eklat, als die Landsmannschaft Schlesien ankündigte, daß Bundeskanzler *Kohl* auf ihrem bevorstehenden Deutschlandtreffen unter dem Motto »40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser« sprechen werde. Zwar wurde diese Losung leicht abgewandelt (»40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker«), an der Stoßrichtung dieser Veranstaltung und der Teilnahme hochrangiger Unionspolitiker änderte sich aber nichts mehr. Als *Helmut Kohl* am 8. Mai 1985 gemeinsam mit US-Präsident *Ronald Reagan* den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte, wo sich auch zahlreiche Gräber von Angehörigen der Waffen-SS befinden, wurden die NS-Täter durch einen symbolischen Akt rehabilitiert. *Micha Brumlik* sah in diesem »obszönen Ritual« ein klares Signal zur »Rechtsverschiebung des bürgerlichen Lagers« durch die CDU/CSU: »Im Jahre 1985, vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, leitete die große konservative Volkspartei den ideologischen Rechtsruck ein.«¹⁹

1986/87 wurde im sogenannten Historikerstreit versucht, die Liberalisierung der politischen Kultur, meist mit dem Höhepunkt der Schüler- und Studentenbewegung im Jahr 1968 assoziiert, durch eine Relativierung des Holocaust und Rehabilitierung der NS-Täter rückgängig zu machen.²⁰ Langsam verschob sich das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik nach rechts. Später knüpften Debatten über das Buch »Hitlers willige Vollstrecker« von *Daniel Goldhagen* und *Martin Walsers* Frankfurter Friedenspreis-Rede im Oktober 1998 daran wenigstens mittelbar an.²¹ In jüngerer Zeit ließen die Forderung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, *Friedrich Merz*, nach Anpassung von Migrant(inn)en an die »deutsche Leitkultur« und die nach polemischer Kritik des grünen Umweltministers *Jürgen Trittin* an einer Skinhead-Parolen gleichenden Interview-Äußerung von CDU-Generalsekretär *Laurenz Meyer* geführte »Nationalstolz«-Debatte deutlich erkennen, daß Kulturrassismus und Deutschnationalismus weiterhin präsent, ja sogar einflußreiche Strömungen innerhalb der politischen Öffentlichkeit sind.

Deutschnationalismus, völkischer Ungeist und rechte Gewalt nach der Wiedervereinigung 1989/90

Die deutsche Vereinigung hat den Nationalismus wieder zu einer relevanten Größe gemacht. Nun bekamen Kräfte spürbar Auftrieb, denen »das Nationale« immer schon mehr als »das Soziale« am Herzen gelegen hatte. Zwar konnten REPublikaner, DVU und NPD von dem »Jahrhundertereignis« nicht profitieren, sondern eher die Unionsparteien, als eigentliche Sieger fühlten sich aber jene, die nach »Mitteldeutschland« nun auch die ehemaligen Ostgebiete des sogenannten Dritten beziehungsweise Großdeutschen Reiches »heimholen« wollten.

Wiewohl es nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik weder hüben noch drüben einen »Nationalrausch« (Wolfgang Herles) gab, hat eine partielle Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur stattgefunden.²² Die am 20. Juni 1991 getroffene Entscheidung des Parlaments, in das Reichstagsgebäude nach Berlin überzusiedeln, wurde zumindest in Teilen der Öffentlichkeit als Distanzierung von der »Bonner Republik«, als definitive Abkehr von der Westorientierung und längst überfällige »Rückbesinnung auf die Nation« interpretiert. Seit nicht mehr zwei miteinander verfeindete Teilstaaten existieren, erscheint Deutschland wieder als politisches Kollektivsubjekt, das »selbstbewußt« handeln soll und seinen Bürger(inne)n mehr Leistungs- beziehungsweise Leidensfähigkeit abverlangen muß.²³

Politisch-kulturelle Traditionen entscheiden mit darüber, auf welche Art eine Wirtschaftskrise oder eine gesellschaftliche Umbruchsituation, etwa DDR-»Wende« und deutsche Wiedervereinigung, kollektiv »verarbeitet« werden. Sofern ausgrenzend-aggressive Momente in der politischen Kultur eines Landes dominieren, werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen »Fremde« und zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert, was für die Entstehung und Entwicklung von organisatorischen Zusammenschlüssen (Parteien, Gruppen beziehungsweise »Freie Kameradschaften«), aber auch bei der Überwindung individueller Hemmschwellen eine Rolle spielt: »Einerseits kann der kulturelle Kontext die Herausbildung von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Handlungsformen direkt beeinflussen. Andererseits kann er einen vermittelnden Einfluß ausüben. Als Verstärker kann er zur Aktivierung einer schlummernden Fremdenfeindlichkeit führen, die Legitimation senken und somit die Auftretswahrscheinlichkeit rechtsextremer Handlungsformen erhöhen.«²⁴

Die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht geschadet, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert.²⁵ *Günter Grass* sprach mit Blick auf die Asylhysterie vom »Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland«, gar von einem »Rechtsrutsch«, welcher als »bundesweite Verlagerung der politischen Mitte« begriffen werden müsse.²⁶ Obwohl im Rahmen des Asylkompromisses zwischen CDU/CSU, FDP und SPD avisiert, blieb die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das sich hierzulande immer noch auf die völkische Abstammungslehre des »deutschen Blutes« stützt, bis zum Regierungswechsel im Herbst 1998 aus und wurde anschließend nur halbherzig verwirklicht: »Trotz aller in der Bundesrepublik erfolgten Angleichung an die westliche politische Kultur scheint eine zentrale Kategorie noch nicht heimisch geworden: die der republikanischen Staatsbürgernation.«²⁷

Symptomatisch dafür war die Unterschriftensammlung von CDU und CSU gegen den »Doppelpaß« (gemeint ist die Tolerierung der doppelten Staatsbürgerschaft) vor der hessischen Landtagswahl im Februar 1999, durch deren Ausgang sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat entscheidend zugunsten der Union verschoben. Die vom bayerischen Ministerpräsidenten *Edmund Stoiber* (CSU) initiierte und gemeinsam mit dem damaligen CDU-Vorsitzenden *Wolf-*

22 Vgl.: Andreas Dietl, Heiner Möller, Wolf-Dieter Vogel: *Zum Wohle der Nation*, Berlin 1998; Siegfried Jäger u. a.: *Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart*, Duisburg 1998; Margret Jäger, Siegfried Jäger: *Gefährliche Erbschaften*, Berlin 1999.

23 Vgl. Arnulf Baring: *Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler*, Berlin 1991; Heimo Schwillk, Ulrich Schacht (Hrsg.): *Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte*, 2. Aufl. Berlin/ Frankfurt am Main 1994; Arnulf Baring: *Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten*, Stuttgart 1997.

24 Jürgen R. Winkler: *Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren*, in: Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke, Jürgen R. Winkler (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1996 (PVS-Sonderheft 27), S. 43.

25 Vgl.: Heribert Prantl: *Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik*, München/Wien 1994; Alfons Söllner: *Asylpolitik, Fremdenfeindschaft und die Krise der demokratischen Kultur in Deutschland – eine zeitgeschichtliche Analyse*, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus und Demokratie 7*, Baden-Baden 1995, S. 43 ff.

26 Günter Grass: Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992, S. 22.

27 Bruno Schoch: Der Nationalismus – bekannt, nicht erkannt, in: Berthold Meyer (Red.): Eine Welt oder Chaos? Frankfurt am Main 1996, S. 53.

28 Andreas Klärner: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln 2000, S. 94.

29 Siehe Eberhard Seidel: Die Jahrhundertreform. Von der doppelten Staatsbürgerschaft zum Einwanderungsgesetz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1999, S. 968.

30 Wolfgang Grenz: Die Ausländer- und Asylpolitik der rot-grünen Bundesregierung, in: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Opladen 2000, S. 107.

31 Gudrun Hentges: Die Büchse der Pandora. Deutsche Leitkultur und nationale Interessen, in: Ulrich Schneider (Hrsg.): Tut was!, Strategien gegen Rechts, Köln 2001, S. 65.

32 Vgl. Christoph Butterwegge u. a.: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Diskurse um deutsche Identität, Leitkultur und Nationalstolz, Opladen 2002.

gang *Schäuble* sowie *Roland Koch*, dem Spitzenkandidaten in Hessen, organisierte Kampagne ließ eine politische Arbeitsteilung beziehungsweise Doppelstrategie der beiden Schwesterparteien erkennen: »Die CSU sprach mit populistischen Parolen gegen kriminelle Ausländer und Terroristen ›das Volk‹ an, die CDU begegnete danach den Vorwürfen, die Aktion sei ausländerfeindlich, mit der Beteuerung, alles geschehe im Namen der Integration, also irgendwie auch zum Wohle der Ausländer.«²⁸

Diesem geschickten Schachzug der Opposition hatte die rot-grüne Koalition nichts Substantielles entgegenzusetzen, weil sie das Reformziel nur halbherzig verteidigte und auf eine Mobilisierung für die grundlegende Modernisierung des antiquierten deutschen Staatsbürgerschaftsrechts verzichtete. Statt dessen schwenkte man sofort auf den Kompromißvorschlag, das sogenannte Optionsmodell der FDP, ein. Die politische Bewertung der Gesetzesnovellierung fällt daher widersprüchlich aus: Während beispielsweise *Eberhard Seidel* im Hinblick auf die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts – m. E. viel zu pathetisch – von einem »Quantensprung« spricht²⁹, heben andere Kommentator(inn)en die Ambivalenz des verwirklichten Modells stärker hervor. Einerseits gilt das Abstammungsprinzip nicht mehr absolut, andererseits müssen sich die betreffenden Jugendlichen in der Regel bis zu ihrem 23. Lebensjahr für *eine* Staatsbürgerschaft entscheiden. »Entscheidend dürfte sein, wie in der Praxis die beiden Ausnahmefälle für den ansonsten erforderlichen Verzicht auf die ausländische Staatsangehörigkeit (nicht möglich oder dem/der Betreffenden nicht zumutbar) definiert werden.«³⁰

Gudrun Hentges erklärt die Brisanz und Resonanz der im Oktober 2000 entbrannten »Leitkultur«-Diskussion mit dem Zeitpunkt, zu welchem sie geführt wurde: »Ein Jahrzehnt nach der Auflösung des sozialistischen Staatensystems und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stellt sich die Frage nach der ›selbstbewußten Nation‹ neu – nicht nur in der sogenannten Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern auch im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik.«³¹ Tatsächlich befindet sich die Bundesrepublik an einem möglichen Wendepunkt ihrer Entwicklung, wo eine zentrale Weichenstellung auf unterschiedlichen Politikfeldern erfolgt. Ob das vereinte Deutschland wieder nach einer Weltmachtrolle strebt und sich dafür ökonomisch-technologisch wie militärisch rüstet, dürfte von den dominanten Diskursen abhängen, deren Verlauf jedoch auch ganz wesentlich beeinflussen.

Gegenwärtig scheint es so, als würden die Themen der Rechten zu Themen der Mitte: Beispiele für eine Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer sowie ökonomischer Prozesse belegen, daß sich dieser Prozeß quer durch das etablierte politische und öffentliche Gefüge hindurchzieht.³² Wie man ungewollt rechte Gewalt legitimiert, demonstriert die öffentliche Kontroverse über das Bekenntnis des als Nachfolger von *Ruprecht Polenz* zum CDU-Generalsekretär ernannten *Laurenz Meyer* im *Focus* (v. 30. 10. 2000), er sei stolz, ein Deutscher zu sein. In einem Interview, das er dem WDR gab, konterte Bundesumweltminister *Trittin* eine Meyer-Attacke zum Parteitagsbeschluß der Bündnisgrünen, den ursprünglichen Asylparagrafen 16 im Grundgesetz wieder herstellen zu

wollen (»Rückfall in Müsli-Nostalgie«), unter Bezugnahme auf die Glatze des Zitierten am 12. März 2001: »Laurenz Meyer hat die Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen.« Als kurz darauf Bundespräsident *Johannes Rau* nach Rücktrittsforderungen der Union gegenüber *Trittin* bemerkte, man könne nur auf eigene Leistungen, nicht jedoch auf die Nationalität stolz sein, mußte sich sogar das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik einen Mangel an Patriotismus vorwerfen lassen. Weit über das ultrarechte Spektrum hinaus dominierte die Position, Deutschsein verlange den entsprechenden Nationalstolz wie zu Zeiten des Kaiserreiches oder des NS-Regimes.

Zuwanderung am Wirtschaftsstandort: Globalisierung – Neoliberalismus – Standortnationalismus

Von der »Leitkultur«-Diskussion führte ein gerader Weg zur »Nationalstolz«-Debatte, wie schon von der Asyldebatte zur Standortdebatte, die Mitte der neunziger Jahre das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus darstellte.³³ War zuerst die Furcht verstärkt worden, Ausländer nähmen »den Deutschen die Arbeitsplätze« weg, so entstand nunmehr der Eindruck, das deutsche Kapital wandere ins Ausland ab, was ähnliche Ängste hervorrufen mußte (Titelzeile auf Seite 1 von *Bild* am 6. Oktober 1999: »Hochsteuerland Deutschland: Haut Daimler ab in die USA?«).

Das verbreitete Bewußtsein, auf den internationalen Märkten einer »Welt von Feinden« gegenüber zu stehen und durch »deutschen Erfindungsgeist«, größeren Fleiß und mehr Opferbereitschaft die strukturelle Überlegenheit des »eigenen« Wirtschaftsstandortes dokumentieren zu müssen, nenne ich »Standortnationalismus«. Konkurrenzfähigkeit avanciert zum Dreh- und Angelpunkt, was nicht ohne verheerende Konsequenzen für das gesellschaftliche Klima beziehungsweise die politische Kultur bleibt: »Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.«³⁴ Für die Nichtdeutschen in Deutschland ergaben sich damit automatisch ungünstigere Aufenthaltsbedingungen: »In einer Situation, in der das ›ganze Volk‹ angehalten wird, ›den Gürtel enger zu schnallen‹, liegt es auf den Stammtischen, daß ›Fremde‹, seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. ›Deutsch sein‹ heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.«³⁵

Hierdurch eröffnen sich dem Rechtsextremismus ideologische Anknüpfungspunkte. Was bereits in der Ablehnung »deutschstämmiger« Aussiedler/innen durch Anhänger/innen und Gliederungen der REPublikaner zum Ausdruck kam, bestätigt sich: Nicht mehr der mythisch-völkische, sondern ein modernisierter, neoliberal und marktradikal orientierter Nationalismus beherrscht mittlerweile die ultrarechte Szene.³⁶ Aufgrund der Tatsache, daß Wirtschaft und Soziales zum zentralen Politikfeld der extremen Rechten geworden sind³⁷, befindet sich hier ein Konfliktherd für die demokratische Kul-

33 Vgl.: Christoph Butterwegge: Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus – die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten, in: Christoph Butterwegge, Rudolf Hickel, Ralf Ptak: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998, S. 121 ff.

34 Gert Schäfer: Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik, in: Wolfgang Kreuzberger u. a.: Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1993, S. 88.

35 Frank-Olaf Radtke: Fremde und Allzufremde. Der Prozeß der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.), Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt, Bonn 1996, S. 14.

36 Vgl.: Herbert Schui u. a.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.

37 Vgl. Ralf Ptak: Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 98.

38 Jutta Menschik-Bendele, Klaus Ottomeyer: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms, Opladen 1998, S. 303.

39 Vgl. Reinhard Kühnl: Nicht Phänomene beschreiben, Ursachen analysieren. Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ulrich Schneider (Hrsg.): Tut was!, a. a. O., S. 32 f.

40 Arno Klönne: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema »Rechtsextremismus«, in: Christoph Butterwegge, Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen 2001, S. 266.

41 Vgl. Franz Josef Krafeld: Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 287.

42 Siehe Samuel P. Huntington: Der Kampf der Kulturen (The Clash of Civilizations). Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1996; Bassam Tibi: Krieg der Zivilisationen. Politik zwischen Vernunft und Fundamentalismus, 3. Aufl. Hamburg 1998.

43 Vgl. : Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges, Fatma Sarigöz (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen 1999; Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges: »Ausländer und Asylmissbrauch« als

tur. Je enger die Verteilungsspielräume einer Gesellschaft werden, desto mehr wächst nämlich die Versuchung, sogenannte Randgruppen von bestimmten Ressourcen auszuschließen. Ethnisierung, von der oben schon die Rede war, ist ein dafür geeigneter Exklusionsmechanismus, der Minderheiten konstruiert, diese negativ (etwa als »Sozialschmarotzer«) etikettiert und damit eigene Privilegien zementiert. Vordergründig geht es hierbei um die »kulturelle Identität«; dahinter stecken aber meist handfeste Interessenkonflikte, knappe beziehungsweise verknappte gesellschaftliche Ressourcen betreffend.

Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre gewann die Ethnizität nicht nur in Ländern der südlichen Hemisphäre und den ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten, sondern auch in den meisten westeuropäischen Gesellschaften an Bedeutung. Der im Kalten Krieg verbreiteten Angst vor einer »Unterwanderung« durch Kommunisten folgte hierzulande die Angst vor einer »Überfremdung« durch »Asylanten« und Arbeitsmigranten. Jeder Ethnisierungsprozeß hat zwei Seiten: Zuerst erfolgt eine Stigmatisierung »der Anderen«; mit der Konstituierung/Konturierung einer nationalen beziehungsweise »Volksgemeinschaft« sind allerdings weiter reichende politische und ökonomische Ziele verbunden. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert eine »Kulturalisierung« der Politik, die nicht mehr auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird.

Ein »nationaler Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mit einer umfassenden Verantwortung für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mehr sein möchte, verschärft durch seine marktradikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet damit den Resonanzboden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Je mehr die Konkurrenz gegenwärtig in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, um so leichter läßt sich die ethnische beziehungsweise Kulturdifferenz politisch aufladen. *Jutta Menschik-Bendele* und *Klaus Ottomeyer* diagnostizieren einen Trend zum »hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus«, der verstärkt um sich greife: »Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruht auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.«³⁸

Sozialdarwinismus fällt nicht vom Himmel, wurzelt vielmehr in der Erfahrungswelt einer Jugend, die durch das kapitalistische Leistungsprinzip, die Allgegenwart des Marktmechanismus und den Konkurrenzkampf jeder gegen jeden geprägt wird.³⁹ Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft. »Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als »Sachzwang« der Ökonomie erscheinende Brutalität.«⁴⁰ Wo die permanente Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf Globalisierungsprozesse

– als für die Sicherung des »eigenen Wirtschaftsstandortes« nützlich, ja unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. In einer Zeit verschärfter Konkurrenz eine ideologische Rechtfertigung der Mißachtung ethischer Grundwerte und größerer sozialer Ungleichheit (im Sinne von Ungleichwertigkeit) zu offerieren, bildet *Franz Josef Krafeld* zufolge einen Hauptgrund für die wachsende Attraktivität rechtsextremer Orientierungen.⁴¹

Wenn renommierte Wissenschaftler von einem »Kampf der Kulturen« oder gar einem »Krieg der Zivilisationen« sprechen⁴², wundert es nicht, daß Jugendliche zur Gewalt gegenüber Migranten greifen, die sie als Konkurrenten um knapper werdende Arbeitsplätze, Lehrstellen, Wohnungen und Sexualpartnerinnen empfinden. Die (den Verwertungsmechanismen privater Profitmaximierung unterworfenen) Massenmedien tun ein übriges, um die Bevölkerung in »gute Einheimische« und »böse Fremde« aufzuteilen, wobei Journalist(inn)en ihrer Verantwortung hinsichtlich einer seriösen Berichterstattung nicht immer gerecht werden.⁴³

Nach mehreren Jahrzehnten massiven Widerstandes in der politischen Öffentlichkeit bildet sich in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig ein Konsens darüber heraus, daß es keine Alternative zur Einwanderungsrealität gibt und daß man sich damit arrangieren muß. Seit dem Anwerbestopp im Jahre 1973 bestanden nie mehr so große Chancen für eine breite Akzeptanz von Immigration wie heute, obwohl kritisch einzuschränken bleibt, daß die Interessen der Wirtschaft am Import und an der Verwertung von Arbeitskräften erneut den Anstoß dazu gegeben haben und der »eigene« Nutzen bei der Diskussion über die Green Card für ausländische IT-Fachleute das Leitmotiv bildete.⁴⁴

Ausdifferenzierung und Dualisierung des Rechtsextremismus im Zeichen der Globalisierung

Wenn vom »globalisierten Rechtsextremismus« gesprochen wird, meint man meist seine weltweite organisatorische Vernetzung und/oder seine Internet-Präsenz.⁴⁵ Sehr viel wichtiger ist jedoch die Frage, welche Folgen der Globalisierungsprozeß für die Entwicklung von Politik, Programmatik und Massenbasis des Rechtsextremismus hat. Kernideologien, organisatorische Formen, politische Strategien und soziale Wählerpotentiale des Rechtsextremismus differenzieren sich im Rahmen der Globalisierung aus: Neben den *völkischen* (Abwehr-)Nationalismus in Bevölkerungsschichten, die Angst vor einem sie überfordernden »Turbo-Kapitalismus« (Edward N. Luttwak) haben, tritt ein *Standortnationalismus*, den in erster Linie solche Schichten unterstützen, die von einer neoliberalen Modernisierung profitieren, den »Umbau« des Wohlfahrtsstaates nach Marktgesetzen forcieren und die soziale Ausgrenzung der weniger Leistungsfähigen intensivieren möchten.

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt sind keineswegs bloß »hinterwäldlerisch« anmutende Reaktionsweisen direkt betroffener oder benachteiligter Gruppen auf Globalisierungs-, neoliberale Modernisierungs- und soziale Marginalisierungsprozesse. Vielmehr verursachen diese auch in der gesellschaftlichen Mitte beziehungs-

Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(inn)en, in: Christoph Butterwegge, Georg Lohmann (Hrsg.): *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt*, a. a. O., S. 83 ff.

44 Vgl. : Christoph Butterwegge: *Zuwanderung und Wohlfahrtsstaat im Zeichen der Globalisierung – antagonistischer Widerspruch oder nützliche Wechselbeziehung?*, in: Ders., Gudrun Hentges (Hrsg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung*, a. a. O., S. 258 ff.

45 Siehe Thomas Grumke: *Globalisierter Rechtsextremismus*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 4/2001, S. 220 ff.

46 Michael Vester: *Wer sind heute die »gefährlichen Klassen«? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel*, in: Dietmar Loch, Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*, a. a. O., S. 343.

47 Vgl. : Sebastian Herkommer (Hrsg.): *Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus*, Hamburg 1999; Hans-Jürgen Bieling: *Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen*, Münster 2000.

48 Vgl. Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung*, a. a. O.

49 Vgl. : Wilhelm Heitmeyer u. a. (Hrsg.): *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle*

Zusammenleben, Frankfurt am Main 1998; Jens S. Dangschat (Hrsg.): *Modernisierte Stadt – gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*, Opladen 1999; Klaus Ronneberger u. a.: *Die Stadt als Beute*, Bonn 1999; Peter Bremer: *Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten*, Opladen 2000; Wilhelm Heitmeyer, Reimund Anhut (Hrsg.): *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*, Weinheim/München 2000.

50 Dietmar Fricke: *Wohlstand den Deutschen! Wie rechtsextreme Positionen wieder salonfähig werden*, in: Christoph Butterwegge, Georg Lohmann (Hrsg.): *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt*, a. a. O., S. 56.

51 Siehe Frank Decker: *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen 2000, S. 213 f.

52 Vgl. Christoph Butterwegge: *Von der »Vaterlandsliebe« zur Sorge um den Wirtschaftsstandort. Metamorphosen nationaler Mythen im vereinten Deutschland*, in: Ders., Gudrun Hentges (Hrsg.): *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen*, Münster 1999, S. 28 ff.

53 Herbert Kitschelt: *Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte*, in: Dietmar Loch, Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*, a. a. O., S. 439.

weise genauer: auf den »höheren Etagen« bedrohliche Erosionstendenzen. »Gefahren der Entwicklung – auch solche der sozialen Desintegration und rechtsextremer Potentiale – gehen nicht von der »Masse« der Bevölkerung aus. In der politischen Qualifikation der alten und neuen Eliten liegt das Problem.«⁴⁶

Globalisierung, als neoliberale Modernisierung ins Werk gesetzt, führt zu diversen Spaltungen: Soziale Polarisierung innerhalb der und zwischen Gesellschaften⁴⁷; Dualisierung des Prozesses transnationaler Wanderungen in Experten- beziehungsweise Elitenmigration einerseits und Elendmigration andererseits⁴⁸; Krise beziehungsweise Zerfall der Städte, bedingt durch Marginalisierung und sozialräumliche Segregation⁴⁹, gehören zu den negativen Folgen, auf die der Rechtsextremismus eine demagogische, keine wirklich überzeugende Antwort gibt.

Die neoliberale Modernisierung bewirkt auch eine Umstrukturierung, politisch-organisatorische wie geistig-ideologische Ausdifferenzierung und Dualisierung des Rechtsextremismus, der seither in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel zerfällt. Sozialstrukturell zieht ersterer primär die Globalisierungs- beziehungsweise Modernisierungsverlierer, letzterer besonders die Globalisierungs- beziehungsweise Modernisierungsgewinner in seinen Bann. Mir scheint, daß der traditionalistisch-orthodoxe, sehr stark am Faschismus der Zwischenkriegszeit und dem noch älteren Antisemitismus orientierte Rechtsextremismus eher in Ostmitteleuropa dominiert, während der modernisierte, ökonomistisch und marktradikal orientierte Rechtsextremismus in Westeuropa bereits über die »Blut-und-Boden«-Variante triumphiert.

Mit diesem Deutungsmuster sind auch Entwicklungsunterschiede des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland erklärbar: Während in den alten Bundesländern eher Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus das ideologische Terrain beherrschen, feiert in den neuen ein mehr »konventioneller«, auf gesellschaftliche und politische Modernisierungsrückstände verweisender Deutschnationalismus fröhliche Urständ. »In der politischen Alltagskultur und im politischen Denken der östlichen Bundesländer scheint ein Trend zum »Völkischen« beobachtbar, den es zwar auch in Westdeutschland (wohl gleichfalls zunehmend) gibt, der dort aber aufgrund der großen politischen und größeren ethnischen Heterogenität dieser Gesellschaft nicht so deutlich in den Vordergrund tritt.«⁵⁰

Außerhalb der Bundesrepublik existieren Mischformen in Gestalt rechtspopulistischer Parteien, die soziale Aufsteiger und sozial Benachteiligte mit Erfolg ansprechen. Wenn die Kritik an einem »überbordenden«, angeblich den Wirtschaftsstandort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt der Wahlkampfpropaganda einer Rechtspartei steht, spricht *Frank Decker* von »ökonomischem Populismus«, den er gegenüber einer »politischen« (beziehungsweise »institutionellen«) und einer »kulturellen« Variante desselben Phänomens innerhalb westlicher Demokratien abhebt.⁵¹ Zwischen der sogenannten Neuen Rechten⁵², die sich überall extrem marktradikal gebärdete, bevor sie – aus wahltaktischen Gründen – zumindest programmatische Konzessionen an breitere Schichten (Arbeitermilieu, sozial Benachteiligte) machte, und dem Neoliberalismus besteht ein

politisches Wechselverhältnis. »Selbst dort, wo neue rechtsradikale Parteien ihre wirtschaftsliberale Rhetorik einschränken, bedeuten die Konsequenzen ihres Aufstiegs Wasser auf die Mühlen neoliberaler Sozialstaatskritik.«⁵³

Geradezu prototypisch für den Rechtspopulismus in Westeuropa stehen *Jörg Haider* und seine FPÖ, deren Erfolge primär darauf beruhen, daß sie über einen längeren Zeitraum hinweg neben sozialen Aufsteiger(inne)n und Befürworter(inne)n eines Modernisierungskurses auch sozial Benachteiligte und zutiefst verunsicherte Mittelständler/innen gewinnen konnten,⁵⁴ bis die stärkere Belastung der Arbeitnehmer/innen durch die österreichische Bundesregierung unter maßgeblicher Beteiligung der Partei vor allem bei der Wiener Gemeinderats- beziehungsweise Landtagswahl im März 2001 Stimmenverluste nach sich zog. Krisen- und Auflösungserscheinungen innerhalb des politischen Systems führen jedoch auch dann, wenn sich keine rechtspopulistische Partei fest etablieren oder auf Dauer halten kann, zu tektonischen Verschiebungen zwischen seinem Zentrum und der Peripherie, die sich quasi »nach innen« bewegt, was *Ursula Birsl* und *Peter Lösche* folgendermaßen kommentieren: »Die äußerste Rechte befindet sich nicht mehr am Rand des politischen Spektrums, sondern in dessen Mitte.«⁵⁵

Wilhelm Heitmeyer vertritt die These, »daß sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so daß neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden.«⁵⁶ Noch in einer anderen Hinsicht bereitet die neoliberale Hegemonie, die außer der »sozialen Symmetrie« des wohlfahrtsstaatlich organisierten Kapitalismus auch die Demokratie gefährdet, den Nährboden für Rechtsextremismus und Neofaschismus. Die scheinbare Übermacht der kapitalistischen Ökonomie gegenüber der Politik beziehungsweise transnationaler Konzerne gegenüber dem einzelnen Nationalstaat zerstört den Glauben junger Menschen an die Gestaltbarkeit von Gesellschaft, treibt sie in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das im Zeichen der viel beschworenen »Globalisierung« allerdings nötiger denn je wäre.⁵⁷

Götz Eisenberg führt auch die sich nicht bloß in den USA häufenden Fälle einer unpolitischen, eher willkürlich anmutenden Gewalt meist männlicher Jugendlicher, die er »Kinder der Kälte« nennt, auf die Prädominanz des Ökonomischen, die Glorifizierung des Marktes und die Konsequenzen der neoliberalen Modernisierung zurück: »Die Deregulierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zieht als ungewollte Nebenfolge die Deregulierung der psychischen Strukturen nach sich, was weitere ungeahnte ›Kollateralschäden‹ verursacht, die unter anderem die Form des Amoklaufs annehmen. Ein berühmtes Diktum Max Horkheimers abwandeln, könnte man sagen: Wer von Neoliberalismus und Deregulierung, vom ›Terror der Ökonomie‹ (Viviane Forrester) nicht reden will, sollte auch vom Amoklauf schweigen!«⁵⁸

54 Vgl.: Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer: Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 2. Aufl. Berlin 1997; Christa Zöchling: Haider. Licht und Schatten einer Karriere, 2. Aufl. Wien 1999; Klaus Ottomeyer: Die Haider-Show. Zur Psychopolitik der FPÖ, 2. Aufl. Klagenfurt 2000; Hans-Henning Scharlach (Hrsg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000; Ders., Kurt Kuch: Haider. Schatten über Europa, Köln 2000.

55 Ursula Birsl, Peter Lösche: (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch, Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schatten-seiten der Globalisierung, a. a. O., S. 369 f.

56 Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: ebd., S. 500.

57 Vgl. Arno Klönne: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema »Rechtsextremismus«, a. a. O., S. 262.

58 Götz Eisenberg: Amok – Kinder der Kälte. Über die Wurzeln von Wut und Haß, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 114.

MICHAEL CHRAPA

»Fremdenfeindlichkeit« im Meinungsbild



Michael Chrapa – Jg. 1950; Dr., freiberuflicher Soziologe und Sozialwissenschaftler, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.)
Foto: privat

»Unser Verhältnis zu fremden Menschen und fremden Kulturen ist mit dem verknüpft, was uns an uns selbst fremd ist. Das »innere Ausland« (Freud) bestimmt entscheidend, wie Ausländer erfahren werden.«

Peter Altwater: Zur Soziologie des Fremden und der Fremdenfeindlichkeit, in: Alltägliche Fremdenfeindlichkeit. Interpretationen sozialer Deutungsmuster, Münster 2000, S. 60.

»Es gibt kaum eine Anomalie, die anormaler wäre als der Fremde. Er steht zwischen Freund und Feind, Ordnung und Chaos, dem Innern und dem Außen. Er steht für die

Offenes, mitunter noch leicht verschämt geäußertes, Mißtrauen gegenüber »Fremden« und »Ausländern« ist in Deutschland wieder da – falls es überhaupt je ganz verschwunden war. Die tragischen Ereignisse des 11. September 2001, die Furcht vor erneuten Terroranschlägen und die, zum Glück umstrittene, Kriegführung gegen ein fernes, düster wirkendes Land – all dies schürt in breitem Maßstab Ängste, die populistisch aktiviert und genutzt werden können. In der Öffentlichkeit ist eine mitunter fast hilflos anmutende Debatte entstanden, wie in Zukunft mit »fremden Kulturen« umzugehen sei.

»Fremdenfeindlichkeit« wurde in den letzten Jahren recht umfangreich erforscht (siehe Literaturübersicht), dennoch treten immer wieder »weiße Flecken« zutage. Das ist nicht überraschend: Zum einen beinhaltet diese komplexe Kategorie sehr viele Facetten kultureller, politischer und philosophischer Art; zum anderen sind die Kontexte für den Umgang mit Fremden in die Widersprüchlichkeit von sich rasant entwickelnden modernen Gesellschaften eingebettet. Mit Blick auf Deutschland (in sonderheit: Ostdeutschland) kommt noch ein weiterer Faktor hinzu. Die erschreckend hohe Zahl fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten im Osten während der 1990er Jahre bis zur Gegenwart hat die Kategorie politisch und moralisch »aufgeladen«. »Fremdenfeindlichkeit« – dieses Wort macht ein schlechtes Gewissen und fördert Verdrängung, es figuriert aber ebenso als »Kampfbegriff« und wird mitunter politisch instrumentalisiert. Oft, allzuoft bleibt dabei die sachliche, auch schmerzhaft ehrliche Auseinandersetzung mit diesem Thema auf der Strecke.

Das Anliegen dieses Beitrages ist vergleichsweise bescheiden: Auf der Basis längerfristig empirisch gewonnener Erhebungsdaten sollen Einstellungen zu Ausländern und einige Faktoren, die auf diese Einstellungen Einfluß ausüben, in der Ost-West-Relation betrachtet werden. Dabei geht es hier nur um die Zusammenhänge »makroskopischer«, das heißt statistisch gesehen, größerer Menschengruppen. Bei weiter führenden Analysen müssen selbstverständlich auch stärker individuenzentrierte Ansätze zur Anwendung kommen.

Die Resultate aktueller empirischer Untersuchungen belegen, daß Themen, die im Kontext zwischenmenschlicher Beziehungen an die Probleme Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus geknüpft sind, von großen Teilen der deutschen Bevölkerung aufmerksam wahrgenommen werden (siehe Tabelle 1). Nur sehr kleine Minderheiten sehen solche Fragen wie Rechtsextremismus, Gerechtigkeit, Beziehungen zu Ausländern oder Solidarität als gesellschaftlich un-

problematisch an. Allerdings fällt auf, daß die individuelle Betroffenheit – auch beim Thema »Zusammenleben mit Ausländern« – um 20 bis 30 Prozentpunkte geringer als die gesellschaftsbezogene Reflexion betont wird. Dies kann sowohl bedeuten, daß persönliche Problemlösungskompetenzen zum Tragen kommen; es kann aber auch ein Anzeichen für Gleichgültigkeit darstellen. Das im Vergleich zum Westen deutlich niedrigere individuelle Problembewußtsein zum Thema »Ausländer« in der ostdeutschen Bevölkerung (siehe Tabelle 1, Zeilen 5 und 6) ließen sich in dieser Art interpretieren.

Im Rahmen der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS)« werden seit Jahren sehr fundiert anhand ausgewählter Indikatoren Meinungen zum Thema »Ausländer-« beziehungsweise »Fremdenfeindlichkeit« ermittelt (siehe Tabelle 2). Die Daten belegen zum einen, daß es weiterhin erkennbare Ost-West-Unterschiede gibt, die jedoch zum anderen (siehe Items 1 und 3) nicht durchgängig, sondern nur bei bestimmten Fragen ins Gewicht fallen. »Anpassungsforderungen« beispielsweise (siehe Item 1) werden aktuell im Westen sogar noch stärker erhoben als im Osten, hier dagegen befürchtet man vor allem Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (siehe Item 2). Die mit dem Item 4 (»Heiraten unter sich«) gemessene kulturelle Distanz zu Personen nichtdeutscher Herkunft bleibt allerdings in Ostdeutschland erschreckend groß.

Um diese Zusammenhänge genauer zu beleuchten, wurden mit Hilfe faktoranalytischer Verfahren anhand der Untersuchungsdaten Typen gebildet, die sich entweder durch eine positiv-zugewandte Haltung zu Ausländern auszeichnen (Ablehnung zu Aussagen in Tabelle 2) oder die im Grunde »ausländerfeindliche« Positionen vertreten. (Zustimmung zu Aussagen in Tabelle 2). Die in Tabelle 3 dargestellten Ergebnisse belegen: Die Ost-West-Unterschiede blieben im ganzen über die 1990er Jahre hin gewichtig erhalten und wären nicht allein durch unmittelbare »Wende-Schocks« erklärbar. Im Jahr 2000 brachte in Ostdeutschland etwa jeder Sechste, in Westdeutschland jedoch nur ungefähr jeder Neunte eine ausländerfeindliche Position zum Ausdruck. Gewissermaßen tröstlich ist allerdings, daß sich im Zeitverlauf eine Tendenz der allmählichen Angleichung bei den Gruppenanteilen mit »ausländerfreundlichen« Positionen abzeichnen scheint (siehe Grafik 1).

Im Zusammenhang mit Meinungen über »Fremde« sind auch Umfang und Art sozialer Kontakte von Interesse. Auf diesem Gebiet können empirisch recht klare Aussagen getroffen werden: Die Differenz zwischen der Situation in den alten und neuen Bundesländern ist – mit 20 bis 30 Prozentpunkten auf den Gebieten Arbeit, Nachbarschaft und Freundeskreis – enorm zu nennen (siehe Tabelle 4). Im Westen hat fast jede zweite Person durch Arbeitstätigkeit oder den Freundeskreis Kontakt zu Ausländern, im Osten beträfe dies bestenfalls jeden Fünften. Während die »Kontaktmenge« in Westdeutschland während der 1990er Jahre auf hohem Niveau etwa konstant blieb, stieg sie im Osten nur sehr langsam an.

Eine erneute Typenbildung zeigt den krassen Ost-West-Unterschied auf dem Gebiet menschlicher Begegnungen noch deutlicher auf (siehe Tabelle 5). Mit der Gruppe »Kontakt Oft« wurden diejenigen erfaßt, die mindestens auf drei der vier Felder (Familie, Arbeit,

Treulosigkeit von Freunden, für die schlaue Verstellung von Feinden, für die Fehlbarkeit von Ordnung, die Verletzlichkeit des Innern.« Zygmunt Baumann: Ambivalenz und Moderne, Frankfurt/Main 1995, S. 83.

»Bei wachsenden sozialen Problemen und sinkender Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes werden sich die Konflikte in den Städten vermutlich weiter verschärfen. Zugleich verlieren die Kommunen zunehmend die politische und ökonomische Kraft, solche Konflikte einzugrenzen oder zu lösen. Die großen Städte werden in Zukunft ihre geschichtliche Rolle als »gigantische Integrationsmaschinen« nurmehr eingeschränkt wahrnehmen können.« Stefan Luft: Eine negative Dynamik. Ob Deutsche und Ausländer gut zusammenleben, entscheidet sich in den Städten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 2001, S. 10.

»Auch mit Kleidung, die Polen also, die kriegen doch genug Geld, warum können die sich keine vernünftigen oder einigermaßen vernünftigen Klamotten leisten, echt, Polen erkenn ich auf fünf Kilometer anne Klamotten. Können sich doch anpassen oder nicht, warum nicht? Machen die Türken doch zum Beispiel auch, die passen sich auch hier normal an, wieso nicht?« Interview mit Frank, in: Zur Soziologie des Fremden und der Fremdenfeindlichkeit, in: Alltägliche Fremdenfeindlichkeit. Interpretationen sozialer Deutungsmuster, Münster 2000, S. 169-170.

»Ja, sicher, warum sollen sie, warum sollen sie das nicht ausleben, ihre Kulturen und Religionen da, nech? Bloß es darf nicht übertrieben werden, daß nur noch Moscheen und russisch-orthodoxe Kirchen gebaut wird und unser Gotteshaus is irgendwie inne Ecke. Ich bin zwar nicht gläubig, nicht also, aber es gibt viele Leute, die ihre Kirche da gut mit klar kommen könne. Und wenn ich jetzt in Kurdistan bin oder so, dann krieg ich auch keine Kirche gebaut. Aber bloß, es muß, mittlerweile is Deutschland ja das größte Einwandererland in Europa geworden, weil, das is das Problem, da müssen wir für aufpassen.« Interview mit Gerd, in: Zur Soziologie des Fremden und der Fremdenfeindlichkeit, in: Alltägliche Fremdenfeindlichkeit. Interpretationen sozialer Deutungsmuster, Münster 2000, S. 133.

Nachbarschaft, Freundeskreis) regelmäßige Begegnungen mit Menschen nichtdeutscher Herkunft haben. Bei der Interpretation der Daten ist natürlich zu beachten, daß der Ausländeranteil in den verschiedenen Bundesgebieten unterschiedlich ist und zwischen Ost und West etwa im Verhältnis 1 zu 5 steht (2 Prozent zu 10 Prozent). Dies entspricht etwa der Proportion beim Vergleich der »Kontakt-Typen Oft« (siehe Tabelle 5, 1. Zeile). Eine solche statistische Betrachtung kann jedoch nicht über das eigentliche Problem hinwegtäuschen: Im Osten leben fast zwei Drittel der erwachsenen Personen in einem – mit verantworteten – Zustand des faktischen »Null-Kontaktes« zu Ausländern.

Wie wären »ausländerfreundliche« beziehungsweise »ausländerfeindliche« Haltungen mit Hilfe der aktuellen Untersuchungsdaten genauer zu bestimmen? Sind sie allein Ausdruck einer bestimmten politischen Ausrichtung, was sich beispielsweise anhand der differierten Meinungen von Wählerschaften wichtiger Parteien zeigt (siehe Anhang, Tabelle I) oder fallen noch andere Faktoren ins Gewicht? Zwecks vertiefter Nachforschungen wurden gezielte statistische Analysen vorgenommen, um Größen zu ermitteln, die besonderen Einfluß auf die gegensätzlichen Haltungen zu Ausländern haben. Man verwendete dabei soziodemographische Aspekte (Alter, Geschlecht usw.), »Ausstattungen« beziehungsweise Ressourcen (Einkommen, Bildung, Zugriff auf Erwerbstätigkeit), charakteristische politische Einstellungen (Interesse an Politik, Bewertung der Idee des Sozialismus und sozialer Gerechtigkeit, Rechts-Links-Verortung), die Bindung an Institutionen (20 Institutionen, wie zum Beispiel Bundestag, Gerichte, Polizei, Kirchen, Hochschulen, Ämter, Medien usw.), die Einschätzung der persönlichen und allgemeinen Wirtschaftslage in Gegenwart sowie Zukunft sowie die bereits skizzierten Faktoren des Kontaktes mit Ausländern (siehe Anhang Tabelle II).

Selbstverständlich stellen auch die hier verwendeten Größen nur eine Auswahl dar, allerdings eine, die – theoretisch begründbar – wesentliche Erklärungs-Elemente enthält: Lebenslage, Ressourcen, Erfahrungen oder politische Meinungen kommen durchaus in Betracht, wenn man nach Interpretationen für fremdenfeindliches Verhalten sucht.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse sind verblüffend: Weder die oft beschworene wirtschaftliche beziehungsweise Lebenslage, noch politische Einstellungen (allein), noch die Bindungsstärke an Institutionen wirken sich, statistisch gesehen, besonders prägend auf positive oder negative Haltungen gegenüber Ausländern aus. Im Westen fallen die Faktoren »Alter« (zunehmende Fremdenfeindlichkeit mit dem Lebensalter) und »Stolz, ein Deutscher zu sein« spürbar, aber nicht allzu stark ins Gewicht. Gleichermäßen in Ost- wie in Westdeutschland sind dagegen die Elemente »Bildung« und »Kontaktumfang« diejenigen Größen, die in klarer (statistisch hoch signifikanter) Wechselbeziehung mit den Positionen zu Ausländern stehen (siehe Tabelle 6).

Wie wären diese Befunde zu interpretieren? Zunächst wird eine elementar anmutende Aussage statistisch bestätigt: Die Basisausstattung mit Bildung und Kompetenzen – der Schulabschluß – formt

dem Anschein nach in beträchtlichem Maße die spätere Ausprägung von Grundeinstellungen in bezug auf die soziale Umwelt, dabei auch die Art und Weise, wie man andere Menschen bewertet.

In Hinsicht auf die zweite Faktorengruppe könnte eingewandt werden, daß der enge Zusammenhang zwischen Kontakturnfang und Meinungen gegenüber Ausländern eine Selbstverständlichkeit beziehungsweise »Scheinkorrelation« verkörpert: Wer ohnehin »ausländerfreundlich« ist, sucht den Kontakt und umgekehrt. Wie die Fakten zeigen, ist diese Logik allein jedoch wenig überzeugend beziehungsweise wahrscheinlich nur in Einzelfällen zutreffend. Denn nicht nur im »freiwillig gewählten Freundeskreis«, sondern auch dort, wo das Zusammentreffen eher neutral bestimmt und relativ unabhängig von vorgeprägten Einstellungen ist (zum Beispiel bei der Erwerbsarbeit), geht ein häufiger Kontakt zu Ausländern mit überdurchschnittlich positiven und mit geringeren Negativ-Wertungen einher (siehe Tabelle 7, Spalten 2 und 7). Diese Tatsachen sprechen recht klar für die These, daß das gegenseitige Kennenlernen und die Interaktion dem Abbau von Vorurteilen dienlich sind.

Ale einige zusammenfassende Überlegungen sollen hervorgehoben werden:

Erstens bleibt das Thema »Fremdenfeindlichkeit« ein in Zukunft politisch hoch brisanter Gegenstand. Dies betrifft sowohl die eingangs erwähnten Konstellationen in bezug auf Sicherheitsfragen, Probleme der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als auch die in den nächsten Jahren zu erwartenden Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung. »Einwanderungen« nach Deutschland wird es ganz ohne Zweifel weiter geben – offen sind allerdings die Reaktionen darauf und die Art, mit möglichen Konflikten umzugehen. Die in Tabelle III im Anhang aufgeführten Daten belegen alarmierend, daß ein zahlenmäßig nicht geringer Personenkreis mit »ausländerfeindlichen« Positionen sich generell gegen »Zuzüge fremder Menschen« ausspricht. Das betrifft solche, die in Deutschland Schutz oder Heimat suchen (Asylbewerber, Aussiedler), als auch solche, die aus Gründen der Erwerbstätigkeit hierher kommen (EU- und Nicht-EU-Arbeitnehmer). Die EU-Osterweiterung wirft einen langen Schatten voraus.

Zweitens wird deutlich, daß sich das Thema »Fremdenfeindlichkeit« unvermindert im Osten Deutschlands schärfer artikuliert als im Westen. Auch wenn dies für ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger unangenehm klingen mag, bleiben die Tatsachen bestehen. Politisches Ringen um das schrittweise Lösen sozialer Probleme muß kulturell-ethnische Gleichberechtigung einschließen, ansonsten wären Entwicklungsschritte moralisch fragwürdig (und aller Wahrscheinlichkeit nach instabil).

Drittens sprechen die Daten dafür, daß im Rahmen vielfältig ausgearbeiteter Konzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auch – oder gerade – die »einfachen« Aktivitätsformen nicht zu vergessen wären. Bildungsarbeit und Wissensvermittlung, Begegnungen und Kontakte – dies sind Elemente, die, wenn sie über längere Zeit befördert werden, Erfolge mit sich bringen. Aus eigenem Erleben bei der Erstellung eines »Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie« in einer mitteldeutschen Stadt will der Autor mit

Nachdruck gerade solche Ansätze befürworten, die alltags- und lebensweltorientiert sind und die vor allem auf die Selbstorganisation der Akteure setzen. Der produktive Umgang mit »Fremden« konnte noch nirgendwo erzwungen, sondern er muß aus eigener Kraft erlernt werden. Im Osten, wo mitunter Konzepte der im Westen erprobten »interkulturellen Arbeit« an der Tatsache scheitern, daß die (relativ) wenige Ausländer zwar anwesend, aber schwer zu erreichen sind, bedarf es deshalb besonderer Kreativität und der Zähigkeit, mit Widersprüchen und Fehlern umzugehen.

Doch vielleicht kann in vielen Alltagssituationen auch auf das Theoretisieren verzichtet werden. Denn wir sollten uns – gerade in schwierigen Zeiten – an unser Mensch-Sein erinnern. Jede und jeder kann die eigene Unsicherheit einmal vergessen und den kleinen Mut aufbringen, auf Menschen aus »fremden« Ländern zuzugehen. Im Grunde ist es so einfach.

Literatur:

ALLBUS 1990-2000:

Allgemeine Bevölkerungsumfrage, ZUMA, Mannheim.

Alt Vater, Peter; Stamer, Maren; Thomssen, Wilke, 2000:

Alltägliche Fremdenfeindlichkeit. Interpretationen sozialer Deutungsmuster,

Westfälisches Dampfboot Münster 2000.

Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar (2001): Bürgermeinung 2001. Politische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Studie. Berlin/Halle.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Westdeutscher Verlag Wiesbaden.

Stolz, Jörg (2000): Soziologie der Fremdenfeindlichkeit. Campus Verlag Frankfurt/Main.

Tabelle 1

Aussagen zum Problembewußtsein (2001)

Folgender Gegenstand ... ist in der Gesellschaft ein ungelöstes ernstes Problem ..., von dem ich mich selbst betroffen fühle:

		ist ernstes Problem		fühle mich betroffen	
		Ja	Nein	Ja	Nein
Rechtsextremismus	West	69	9	25	48
	Ost	68	6	26	44
Erleben sozialer Gerechtigkeit	West	58	6	34	26
	Ost	61	6	46	17
Zusammenleben mit Ausländern	West	51	8	27	38
	Ost	50	7	17	52
Solidarität zwischen den Menschen	West	49	8	26	28
	Ost	49	7	29	26

(Angaben in Prozent, gerundet)

Quelle: Studie Bürgermeinung 2001.

Meinungen zu Ausländern 1990 bis 2000

Tabelle 2

Aussagen/Jahr:	West				Ost		
	90 GA	94	96	00	94	96	00
(1) »Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen.«							
ja	34	30	43	52	37	47	45
teils	43	51	43	38	47	40	44
nein	23	19	14	10	16	13	9
(2) »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.«							
ja	20	14	18	14	22	31	21
teils	39	35	40	44	35	43	49
nein	41	51	42	42	43	26	30
(3) »Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.«							
ja	27	24	28	22	23	30	25
teils	34	37	36	40	32	37	42
nein	39	39	36	38	45	33	33
(4) »Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.«							
ja	18	13	15	10	22	23	17
teils	25	24	25	26	29	29	36
nein	57	63	60	64	49	48	48

(1990: Frage nach Gastarbeitern, Angaben in Prozent, gerundet, spaltenweise)
 Quelle: ALLBUS 1990-2000, eigene Berechnungen.

Typen »Haltung zu Ausländern« im Zeitvergleich

Tabelle 3

Typen: Position	West				Ost		
	90 GA	94	96	00	94	96	00
ausländerfreundlich	27,9	29,8	22,8	21,1	23,8	16,1	17,6
teils, teils	57,4	61,2	63,9	67,5	61,6	65,5	66,0
ausländerfeindlich	14,7	9,0	13,3	11,4	14,6	18,4	16,4

(Angaben in Prozent, spaltenweise, GA = Gastarbeiter)
 Quelle: ALLBUS 1990-2000, eigene Berechnungen.

Kontakte im Umgang mit Ausländern im Zeitvergleich

Tabelle 4

Kontakte in/bei:	West				Ost			Differenz West-Ost		
	90 GA	94	96	00	94	96	00	94	96	00
Familie	11	20	19	23	7	6	9	13	13	14
Arbeit	34	45	46	43	15	14	18	30	32	25
Nachbarschaft	28	38	37	37	6	7	13	32	30	24
Freundeskreis	31	48	51	49	15	16	18	33	35	31

(Angaben in Prozent, gerundet, GA = Gastarbeiter)
 Quelle: ALLBUS 1990-2000, eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Kontakt-Typen im Umgang mit Ausländern im Zeitvergleich

Typ: Kontakt	West				Ost		
	90 GA	94	96	00	94	96	00
oft	11,7	22,2	22,9	26,5	2,1	2,2	5,1
mittelmäßig	47,0	52,7	52,2	43,1	25,6	26,9	32,5
nie	41,3	25,1	24,9	30,4	72,3	70,9	62,4

(GA = Gastarbeiter, Angaben in Prozent, spaltenweise)

Quelle: ALLBUS 1990-2000, eigene Berechnungen.

Tabelle 6

Typen »Haltung zu Ausländern« und Vergleich mit Bildungsabschlüssen und Kontakt-Typen

Typen: Position	West				Ost					
	Ges	davon: mit Bildungsabschluß		davon: Kontakt zu AL		Ges	davon: mit Bildungsabschluß		davon: Kontakt zu AL	
		VS/HS	HSR	oft	nie		VS/HS	HSR	oft	nie
ausländerfreundlich	21,1	13,3	49,3	37,2	10,5	17,6	9,4	31,6	53,8	12,4
teils, teils	67,5	69,4	52,9	58,1	68,8	66,0	64,8	63,3	46,2	66,3
ausländerfeindlich	11,4	17,3	3,8	4,7	20,7	16,4	25,8	5,1	0	21,2

(2000, Ges = Gesamtpopulation, VS/HS = Volks-/Hauptschulabschluß, HSR = Hochschulreife, Angaben in Prozent, spaltenweise)

Quelle: ALLBUS 2000, eigene Berechnungen.

Tabelle 7

Typen »Haltung zu Ausländern« und Differenzierung nach Kontaktorten

Typen: Position	West				Ost					
	Ges	davon Kontakt: bei Arbeit		davon Kontakt: im Freundeskreis		Ges	davon Kontakt: bei Arbeit		davon Kontakt: im Freundeskreis	
		oft	nie	oft	nie		oft	nie	oft	nie
ausländerfreundlich	21,1	31,8	13,4	28,6	13,9	17,6	31,1	14,9	32,3	14,4
teils, teils	67,5	61,1	71,7	66,9	67,8	66,0	63,3	66,3	63,4	66,4
ausländerfeindlich	11,4	7,1	14,9	4,4	18,3	16,4	5,6	18,8	4,3	19,2

(Ges = Gesamtpopulation, Angaben in Prozent, spaltenweise)

Quelle: ALLBUS 2000, eigene Berechnungen.

Anhang: Ausgewählte Tabellen

Tabelle I:

Typen »Haltung zu Ausländern und Differenzierung nach Parteianhängerschaften« (2000)

Typen: Position	Ges	West Parteianhängerschaft						Ges	Ost Parteianhängerschaft					
		B/ Gr	CDU/ CSU	FDP	PDS	SPD	Rechte		B/ Gr	CDU/ CSU	FDP	PDS	SPD	Rechte
ausländerfreundlich	21,1	52,4	12,8	24,1	28,6	23,1	16,7	17,6	26,1	15,6	12,5	29,5	15,9	11,1
teils, teils	67,5	44,3	74,4	75,9	71,4	65,3	33,3	66,0	73,9	61,0	75,0	64,1	67,4	44,5
ausländerfeindlich	11,4	3,3	12,8	0	0	11,6	50,0	16,4	0	23,4	12,5	6,4	16,7	44,4

(Ges = Gesamtpopulation, Angaben in Prozent, spaltenweise)

Quelle: ALLBUS 2000, eigene Berechnungen.

Tabelle II:

Übersicht zu Modellen für multivariate Regressionsanalyse:
Erklärungsfaktoren für »Haltung zu Ausländern«

		West	Ost
Modell 1:			
Soziodemographische Faktoren	Geschlecht	/	/
	Alter	++	+
	Wohnortgröße	+	+
Modell 2:			
Ressourcen	Bildung	+++	+++
	Einkommen	+	+
	Zugriff auf Erwerbsarbeit	+	+
Modell 3:			
Allgemeine politische Einstellungen	Politisches Interesse	/	+
	Bewertung sozialer Gerechtigkeit	/	/
	Meinung »Sozialismus: Gute Idee, schlecht realisiert«	/	/
	Rechts-Links-Verortung	+	+
Modell 4:			
Einstellung zu Institutionen	Vertrauen zu Institutionen:		
	Nur: TV (-), Zeitungen, Europa-Institutionen	+	+
	Stolz, Deutscher zu sein	++	+
Modell 5:			
Bewertung wirtschaftliche Lage	Bewertung allgemeine Wirtschaftslage und Zukunft	/	/
	Bewertung individuelle Wirtschaftslage und Zukunft	/	/
Modell 6:			
Kontakt	Kontakt in verschiedenen Bereichen	+++	+++

(Zeichen für Stärken von statistischen Zusammenhängen: / = Kein, + = Gering, ++ = Mittelmäßig, +++ = Stark)

Tabelle III:

Aussagen zum Zuzug von Personen nichtdeutscher Herkunft
und Differenzierung nach Typen »Haltung zu Ausländern« (2000)

Meiner Meinung nach sollte man den Zuzug von ...	West			Ost		
	gesamt	davon: AL- freundlich	feindlich	gesamt	davon: AL- freundlich	feindlich
Aussiedlern						
uneingeschränkt gewähren	15	28	5	12	22	6
begrenzen	75	68	67	73	75	62
völlig unterbinden	10	4	28	15	3	32
Asylsuchenden						
uneingeschränkt gewähren	11	27	1	9	20	0
begrenzen	73	68	49	70	71	63
völlig unterbinden	16	5	50	21	9	37
EU-Arbeitnehmern						
uneingeschränkt gewähren	33	53	7	13	29	2
begrenzen	61	44	71	66	65	73
völlig unterbinden	6	3	22	21	6	25
Nicht-EU-Arbeitnehmern						
uneingeschränkt gewähren	9	21	1	4	10	0
begrenzen	71	74	45	56	74	40
völlig unterbinden	20	5	54	40	16	60

(Angaben in Prozent, gerundet, spaltenweise)

Quelle: ALLBUS 2000, eigene Berechnungen.

Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.

Vorstand:
Prof. Dr. Rolf Hecker
Prof. Dr. Martin Hundt
Norbert Liebsch

Anschrift: c/o Rolf Hecker
10315 Berlin, Ribbecker Str. 3
Tel./Fax: 030/5296525
Internet: www.marxforschung.de
Email: r.hecker@t-online.de

Berlin, den 29. November 2001

David-Rjazanov -Preis 2002



Für die beste Nachwuchsarbeit auf dem Gebiet der Marx-Engels-Forschung und -Edition lobt der Vorstand des Fördervereins den jährlich zu verleihenden *David-Rjazanov-Preis* aus. Erwartet werden ein innovatives Herangehen an Marx' und Engels' Schriften, eine kritische Auseinandersetzung mit Marx' und Engels' Theorie und ein Beitrag zur Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²). Von Interesse sind ebenso Arbeiten zur Geschichte der Marx-Engels-Forschung und -Edition nicht nur in der UdSSR und DDR, sondern weltweit.

Die Dotierung für die beste Arbeit wird auf *500 Euro* festgelegt.

Der Einreichungstermin für die Aufsätze, Teilarbeiten für Dissertationen, Studien, Rezensionen ist der *30. Juni 2002*. Der Umfang soll 30–50 Seiten (50.000 bis 90.000 Zeichen) betragen. Teilnahmeberechtigt sind Personen im Alter bis 35 Jahre. Die besten Arbeiten werden zur Veröffentlichung in den *Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2003* vorgeschlagen. Natürlich können auch bereits veröffentlichte Arbeiten eingereicht werden.

Die Präsentation der besten Arbeiten erfolgt auf einem wissenschaftlichen Seminar am *Sonntag, den 14. September 2002* in Berlin.

Wir wünschen uns eine große Anzahl eingereicherter Arbeiten mit einer breiten Themenpalette.

Prof. Dr. Rolf Hecker
Vorstandsvorsitzender

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg.
1937, Journalist und Autor,
Berlin.

Es sind, was das Mitregieren der PDS in Berlin angeht, durchaus unterschiedliche Szenarien denkbar. Angenehme und höchst unangenehme. Welche Szenarien schließlich zur Bühnenreife gelangen, ist natürlich kaum bis überhaupt nicht vorherzusagen. Als Gregor Gysi zu Beginn der Koalitionsverhandlungen mit der Kriegspartei SPD (aus dem Off: Das, Genossen, wollen wir jetzt mal ganz schnell vergessen ...!) seinem einstigen Pressesprecher im Bundestag und jetzigen ND-Chef Jürgen Reents ein Interview gab, war zwar auch von allerlei Unwägbarkeiten und möglichen Schwierigkeiten die Rede, die sowohl bei den Verhandlungen als auch späterhin beim eventuellen Regieren auftreten könnten, aber eine ganz bestimmte Horrorvorstellung blieb dabei ausgeblendet: Lehrer, Kindergärtnerinnen, Feuerwehrleute und vielerlei Lohnabhängige anderer Berufe ziehen vor das Rote Rathaus und protestieren gegen die rot-rote Landesregierung, gegen Stellenabbau und soziale Einsparungen. Und keine PDS ist in die Arbeiter-, Angestellten- und Bürgerproteste involviert – weil sie es vorzog, auf der anderen Seite zu sitzen.

Ja doch, Genossinnen und Genossen, Leserinnen und Leser, Sie müssen mir hier die Reden vom Gestalten und Mitgestalten und vom Politikmachen als dem A und O und Sinn von Partei(en) nicht wiederholen. Doch die Frage, warum die Sozialisten nun unbedingt antreten mußten, den versifften Berliner Haushalt sanieren zu helfen, hat mir noch keiner schlüssig beantworten können oder eben nur mit dem Auflegen der Platte von der Verantwortung und so weiter.

Ach, ja richtig, die Wähler ... Interessant finde ich immer wieder, wenn sich solche Mitbürger wie Hundt & Henkel gesellschaftspolitisch äußern. Nicht, daß Wirtschaftsführer nicht ihre politischen

Ansichten mitteilen dürfen sollten. Aber sie äußern sich ja nicht nur, sondern nehmen – ein Narr, wer das bestritte – auch politischen Einfluß. Da dürfen wir doch ruhig mal einen kleinen Zwergenaufstand anzetteln und uns dümmer stellen als wir sind und also naiv fragen, woher diese Personen eigentlich ihre Legitimation dafür beziehen. Als PDS und SPD in Berlin ihre Verhandlungen begannen, interviewte der Tagesspiegel Berlins Siemens-Chef von Brandenstein »über die PDS und die Risiken für die Stadt«, Überschrift des Artikels: »Uns passt das nicht«.

Ja, und? Schon allein dieser Satz könnte eigentlich Grund genug sein, das PDS-Mitregieren gutzuheißen. Es sei denn, die PDS möchte auch vom Siemens-Vorstand als »passend« empfunden und von ihm geliebt werden ..., dann müßte ich erneut nachdenken.

Über »die Wehrmachtsausstellung«, die jetzt in Berlin zu sehen ist, wurde schon viel geschrieben. Dennoch habe ich bis heute nicht begriffen, worin eigentlich ihr – um es einmal salopp auszudrücken – Aha-Effekt bestehen soll. Das liegt wahrscheinlich am verordneten Antifaschismus. Ich möchte ja nicht hochmütig erscheinen, aber das, was man einen Neuigkeitswert nennt, hatte sie nicht, die Schau. Dem Neuen Deutschland gewährte Jan Philipp Reemtsma ein Interview. Jetzt einmal abgesehen davon, daß der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung für Journalisten ganz offensichtlich ein schwerer Brocken ist – er bekrittelt fortwährend Fragestellungen und dachte überhaupt nicht daran, höflich über deren etwaige Mängel hinwegzuschweigen ... – brachte er eine Angelegenheit auf den Punkt, die verdeutlicht, daß Nazisein oder nicht Nazisein auch eine Frage von Charakter, von – um ein altmodisch gewordenes Vokabular zu bemühen – von Herzensbildung ist. Frage: »Die Ausstellung treibt besonders junge Rechtsextreme auf die Barrikaden, die weder die Zeit des Nationalsozialismus erlebt haben, noch über fundierte Geschichtskennntnisse verfügen. Wie kann man jene dazu bringen, sich die Ausstellung vorurteilsfrei anzusehen? Reemtsma: Gar nicht. Jemand ist ja nicht darum rechtsradikal, weil er falsch informiert ist. Jemand ist rechtsradikal, weil es ihm Spaß macht, bestimmte Leute zu hassen. Glauben Sie doch nicht, daß die Teilnehmer der NPD-Demonstration gegen die Ausstellung ihre Väter und Großväter gegen Verleumdung in Schutz nehmen wollen. Sie müssen das in solche Parolen kleiden, aber mehrheitlich dürften sie der Meinung sein, daß der Krieg der Wehrmacht im Osten gerade wegen der Verbrechen, die dort begangen worden sind, genau das Richtige gewesen ist.«

Diese Worte all jenen Projektfeuzzis (»Wir haben hier ein Projekt«) in die Gehörgänge, die sozialpädagogischen Lehrbuchfloskeln hinterherträumen und immer noch glauben, man müsse mit Jungnazis nur dreimal nach Auschwitz gefahren sein und ihnen nur genügend Tischtennisplatten hingestellt haben, dann ließen sich aus ihnen schon demokratische, friedfertige Softies herbeipädagogisieren.

Nein, einen praktikablen Ausweg weiß ich auch nicht. Aber ich bin mir sicher, daß – nur als Beispiel – jeder Korruptionsskandal, in den hochrangige Grundgesetzdemokraten und Parteipolitiker verstrickt sind, sei es in der Zentrale Berlin, sei es in einem Landkreis, Demokratieabstinenz fördert und neue, junge, saubere Nazis gebiert. Ich hoffe, wenigstens Sie sind gut ins Neue Jahr gekommen.

Andreas Wirsching:
 Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?
 Politischer Extremismus in
 Deutschland und Frankreich
 1918-1933/39. Berlin und Paris
 im Vergleich, Quellen und
 Darstellungen zur Zeitgeschichte.
 Hrsg. vom Institut für
 Zeitgeschichte. Bd. 40,
 R. Oldenbourg Verlag München
 1999, 702 S. (148,00 DM)

Seine Habilitationsschrift hat *Andreas Wirsching*, jetzt Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg, zu einem der spannendsten und für die Wertung des 20. Jahrhunderts entscheidenden Kapitel verfaßt. Detailreich untersucht er den Extremismus in Deutschland und Frankreich in der Zwischenkriegszeit und exemplifiziert ihn an den politischen Vorgängen in den Hauptstädten der verfeindeten Nachbarn. Titel und inhaltliches Konzept sind von *Ernst Nolte* beeinflusst, auch wenn *Wirsching* sich von den späten inhaltlichen Eskapaden des Erfinders der durchaus fruchtbaren These des »Weltbürgerkriegs« zu distanzieren sucht. Vor allem im Antisemitismus sieht er eine besondere Qualität, die über den reinen Antibolschewismus hinausgeht.

Nicht *Eric Hobsbawms Zeitalter der Extreme* ist sein Ansatz, sondern die sehr einseitig ausgerichtete These von der »totalitären Signatur der Epoche«. Für ihn führt eine Faschismustheorie, die wie *Max Horkheimer* Kapitalismus und Faschismus zusammendenken will, in die Irre. Nicht solche sozialökonomischen Zusammenhänge bewegen ihn, sondern allein die Ebene der politischen Auseinandersetzung, denn es gehe eigentlich um die »Interdependenz der Extremismen im demokratischen Raum« (S. 14).

Hier kann nicht auf die Fülle des von *Wirsching* ausgebreiteten Stoffes eingegangen werden. Er beleuchtet vielfältige Facetten von Akteuren und Politik vornehmlich im linken und rechten Lager in Berlin und Paris. Aufmerken läßt das zeitgeistgemäße Herangehen an diese Vorgänge und die Fähigkeit, mit wissenschaftlichem Deutungsanspruch doch eine bis in die

Gegenwart reichende politische Lesart anzubieten, die die Vergangenheit mit ihren Konflikten und ihren Folgen geradlinig zu Beweisstücken der Entscheidungen der jüngsten Geschichte macht.

Der Nebeneffekt ist das Relativieren des »Erfolgs« des deutschen Faschismus mit seiner Vernichtung zunächst der Weimarer Republik, dann der meisten anderen europäischen (mehr oder minder demokratischen) Staaten einschließlich des Verursachens von Krieg und Genozid an Juden, Zigeunern, Slawen. Der deutsche Faschismus blieb ja keineswegs »nur« bei Mord und Terror gegenüber dem politischen Gegner stehen. Und damit wird auch die Zerschlagung des Faschismus durch die nicht zuletzt auch von Kommunisten mitgetragene Widerstandsbewegung – bei *Wirsching* der »Mythos Résistance« (?) – wie auch die Befreiung durch die Sowjetarmee disqualifiziert. Nicht zuletzt wird verordneter wie nicht verordneter Antifaschismus und damit auch Engagement von Kommunisten und Linken gegen Faschismus und Neofaschismus relativiert, eigentlich ad absurdum geführt.

Methodisch hat der Autor konsequent die Totalitarismustheorie für den gewählten Untersuchungsgegenstand umgesetzt und weiterentwickelt. Unter diesem Mikroskop erwächst ein Kampf der sich extrem gegenüberstehenden nationalsozialistisch-faschistischen und kommunistischen Strömung, der kaum verstehen läßt, warum die vermeintlich so überlegende, zukunftsichere Demokratie an Spree und Seine diesem Ansturm nicht standhielt – bei allen Unterschieden zwischen Deutschland und Frankreich. Vor allem ist so nicht ausreichend zu erklären, warum zunächst dieser radikale Bruch von links und die ebenso harte Reaktion von rechts sich etablieren konnten und vielleicht auch mußten.

Konsequent wendet *Wirsching* auf die deutschen wie die französischen Kommunisten die gängigen Kategorien der Totalitarismustheorie an. Er sucht nachzuweisen, wie Ideologiemonopol, Parteiorganisation, letztlich auch geheimdienstliche Organisationen, Waffen- und Nachrichtenmonopol in solchen oppositionellen, oft unterdrückten und zu Zeiten der Weimarer Republik auch verfolgten Strukturen angelegt und wo immer möglich auch praktiziert wurden.

Für die Totalitarismustheorie eröffnet er eine »historisch-genetische Dimension«, die erklärt, wie solche Parteien nach der Machteroberung tatsächlich genau die bereits in Ideologie und Politik angelegten antidemokratischen, eben totalitären Züge entfalten konnten. Dabei erscheint ihm die KPD als eine idealtypische totalitäre Partei, während der FKP eine gewisse Abweichung von diesem Idealtyp, dennoch aber ein totalitärer Zuschnitt bescheinigt wird. Der Forschungsstand zur FKP wird gerade deshalb kritisiert, weil deren Charakter als totalitäre Bewegung weitgehend ignoriert wurde. Die »totalitäre Bewegung« ist für *Wirsching* ein Schlüsselbegriff. In Anlehnung an *Carl F. Friedrich* ist diese idealtypisch eine Bewegung, »die sich durch eine Ideologie, eine disziplinierte Partei, einen Propagandaapparat und das Streben nach paramilitärischer Organisation auszeichnet«. Letztlich ordnet sie »das gesamte politisch-soziale Leben einem konsequent verabsolutierten Freund-Feind-Gegensatz unter. Politik wird als Kampf begriffen, als Kampf gegen einen gefährlichen Gegner«. Aus diesem ergibt sich die »Legitimation des Versuches, das Gewalt- und Gesetzgebungsmonopol der demokratischen Rechtsstaaten im Namen von ›Notwehr‹ und ›Selbsthilfe‹ zu durchbrechen« (S. 612).

Die Arbeit durchzieht der teilweise berechtigte Nachweis, daß sich faschistische und kommunistische Politik gegenseitig bedingten und aufschaukelten als eine »Art kumulative Radikalisierung«. Im Kern läuft dies allerdings darauf hinaus, daß die faschistische Bewegung letztlich nur eine Reaktion, eine durchaus verbreitet anerkannte »Notwehr« gegen die kommunistische Bedrohung seit der Oktoberrevolution gewesen sei. »Das Grundempfinden der Bedrohung durch den Kommunismus, wieder und wieder geäußert ..., wurde zu einer bewegenden Kraft rechtsextremen Denkens und Handelns. Und es wäre unangemessen, dieses Grundempfinden als bloß ›hysterischen‹ Antikommunismus abzutun« (S. 617).

Eines bleibt allerdings rätselhaft: Warum konnte die kommunistische Bewegung überhaupt solche Chancen bekommen? Zu recht weist der Autor auf den Ersten Weltkrieg, auf »die Erfahrung von Krieg und Gewalt« hin, auf das »Ausbleiben von durchgreifender sozialer Machtverschiebung« (S. 610). Im Hintergrund

seiner Argumentation lauert allerdings ein idealisiertes Verständnis der demokratischen Strukturen, der Demokratie an sich, ohne allzu sehr nach den konkreten Auswirkungen insbesondere für die arbeitenden Menschen zu fragen, nach den Gründen, warum soziale Machtverschiebungen, Veränderungen in den Verteilungsverhältnissen, auch in der praktischen Teilhabe an dieser scheinbar so perfekten Demokratie offenbar zu den fraglichen Zeiten von vielen Menschen als unabdingbar angenommen wurden. Insofern ist sein Betonen eines funktionalistischen Ansatzes, das Ausblenden der »subjektive(n) Bemühen einzelner kommunistischer Akteure oder Gruppierungen um diese oder jene ideologische Orientierung oder politische Aktion« zugunsten der »je spezifischen *Wirkung* kommunistischen Handelns sowie die hierdurch hervorgerufenen Reaktionen« (S. 20f.) gelinde gesagt problematisch. Damit geht der Erklärungswert verloren, erscheint kommunistische Politik und faschistische Reaktion als isolierte Vorgänge jenseits der Realitäten in Deutschland und Frankreich.

Ein solch fundamentaler Einwurf entschärft allerdings die notwendige Kritik an der konkreten kommunistischen Politik im Untersuchungszeitraum nicht im geringsten und hebt keineswegs die Notwendigkeit des Aufzeigens von autoritären, ja totalitären Zügen in der kommunistischen Bewegung auf. Mit der Übernahme des leninistisch-stalinistischen Parteimodells sind zwangsläufig undemokratische, hierarchische Züge in die Partei hineingekommen, die verstärkt durch die konkreten Klassenkampfverfahren genau jenen Weg pflasterten, der zum Realsozialismus einschließlich seiner stalinistischen Exzesse führte. Nur – und das ist das Problem totalitarismustheoretischer Ansätze – all dies geschah weder voraussetzungs- und bedingungslos noch losgelöst von tatsächlichen gesellschaftlichen Interessen, die die Kommunisten versuchten zu artikulieren und durchzusetzen. Das Schlimme ist, daß sie ihre heiligen Ziele mit unheiligen Mitteln durchzusetzen suchten, daß sie Demokratie in den eigenen Reihen wie gegenüber der Gesellschaft, in der sie wirkten, vernachlässigten, weitgehend ausschalteten und damit genau ihren Gegnern in die Hände arbeiteten. So trugen gerade die deutschen Kommunisten durch ihre fehlerhafte Politik eine Mitverantwortung am Erfolg *Hitlers* 1933.

STEFAN BOLLINGER

**Weltbank (Hrsg.):
Weltentwicklungsbericht
2000/2001: Bekämpfung
der Armut, UNO Verlag 2001,
391 S. (77,26 DM/39,50 €)**

Im Vorwort zum Weltentwicklungsbericht 2000/2001, der sich, einem zehnjährigen Turnus folgend, mit dem Armutssyndrom befaßt, schreibt der Weltbank-Präsident *James D. Wolfensohn*, daß »Armut inmitten des Überflusses ... die größte Herausforderung (ist), vor der die Welt heute steht« (S. V) – eine Einsicht, die schon im Weltentwicklungsbericht 1990 verbreitet wurde und die schon damals keineswegs neu war. Allerdings scheint es den Weltbank-Experten nicht wirklich um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu gehen. Denn im folgenden wendet sich der Bericht – mit einer beeindruckenden Faktenmenge unterfüttert – ganz anderen Fragen zu. Wenn nämlich die ungleiche Verteilung des stofflichen Reichtums das Problem der Weltbank wäre, dann würde sich zwingend die Frage nach den Gründen stellen. Dann müßte aus dem Problem, daß die Armen der Welt wegen »zu geringen Einkommen und Kapital, ... die Kosten für die notwendigsten Dinge des Lebens wie Nahrung, Obdach, Kleidung und für ein annehmbares Gesundheits- und Bildungsniveau« (S. 41) nicht bestreiten können, der Schluß gezogen werden, daß die ungleiche Eigentumsverteilung der Grund für die Not der Menschen ist. Daß es der Weltbank aber genau darum nicht geht, ist natürlich nicht verwunderlich.

Die Experten der Weltbank gehen im ersten Kapitel »von der heute traditionellen« – aber leider trotzdem falschen – »Definition von Armut aus, ... nach der Armut nicht nur materiellen Mangel (gemessen anhand eines geeigneten Einkommens- und Verbrauchsbegriffs), sondern auch schlechte Leistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen umfasst. (...) Dieser Bericht erweitert den Armutsbegriff um die Faktoren Schutzlosigkeit und Risikoanfälligkeit – sowie den Mangel an Mitsprache und die Machtlosigkeit« (S. 19). Für die Schätzung der Menge der Armen gilt die »Grundlage eines Einkommens von 1 oder 2 US-Dollar pro Tag« (S. 21).

Armut ist aber – und nur so macht dieser Begriff analytisch Sinn – eine Verhältnisbestimmung. Das Verhältnis kann aber nur das zwischen dem vorhandenen stofflichen Reichtum einerseits und der individuellen Verfügung über ihn andererseits sein.

Für die so bestimmte Armut soll es – darum geht es in Kapitel zwei – verschiedene Gründe geben. Als erster Grund (vgl. S. 42 f.) werden Arbeitslosigkeit und Unterbezahlung der Beschäftigten aufgeführt. Beides sind aber im eigentlichen Sinne gar keine Gründe, denn die Abwesenheit von etwas – *Arbeitslosigkeit* und eine Lohnhöhe, bei der das Geld nicht reicht, um die Dinge des Bedarfs zu kaufen – kann gar kein Grund für etwas sein. Dabei ist nämlich einfach unterstellt, daß nur mit Geld Gebrauchswerte zu erwerben sind und daß die, die kein Eigentum haben, sich dieses durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft erwerben müssen und darum auch abhängig von den Kalkulationen der Arbeitgeber sind. Gegen die der Einkommenslosigkeit geschuldete Armut soll ein Wirtschaftswachstum helfen, welches aber auch Probleme mit sich bringe (vgl. Kapitel 3-5).

Der zweite Grund (vgl. S. 43 f.) für die Armut soll der »Mangel an Mitspracherecht und Macht« sein. Weil die Armen kein Geld haben, seien sie auch dem Staat hilflos ausgeliefert und kämen dadurch auch nicht aus der Armut heraus, denn »die Gefahr körperlicher Gewalt oder die Machtwillkür seitens der Bürokratie macht es ihnen schwer, sich in öffentliche Angelegenheiten zu engagieren, ihre Interessen kundzutun und diesen Geltung zu verschaffen« (S. 43). Dabei wird wieder, wie in Grund eins, nichts darüber und dagegen gesagt, warum die Staaten so mit den Paupern verfahren. Im Teil III – »Empowerment« (vgl. S. 121 ff.) – wird als Reaktion auf das so definierte Problem vorgeschlagen, »staatliche Institutionen (zu) schaffen, die stärker auf die Bedürfnisse der Armen eingehen« (S. 121).

Als dritter Grund (vgl. S.44 f.) wird die Schutzlosigkeit der Armen vor Naturkatastrophen und der Staatsgewalt genannt. Beides ist, laut Weltbank, aber nicht der eigentliche Grund für die Verschärfung des Elends zum Beispiel durch Regenfälle und anschließende Überschwemmungen. Vielmehr können die Armen darauf nicht reagieren, da sie ihre Mittel für das tägliche Leben brauchen und nichts

für schwere Zeiten zurücklegen können. Hinzu soll dann noch kommen, daß der Staat respektive die Gesellschaft keinen Mechanismus entwickle, der diesem entgegenwirke. Nachdem im Teil III des Berichts schon darauf gedrungen wurde, daß staatliche Organisationen stärker auf eine Unterstützung der Armen ausgerichtet sein sollten, wird dies im Teil IV – »Sicherheit« (vgl. S. 165 ff.) – noch weiter ausgeführt. Es sollen Mechanismen geschaffen werden, die »die unmittelbaren Probleme von Schocks und die Unfähigkeit, diese zu überwinden« (S. 166) angehen.

Im Teil V – »Maßnahmen auf internationaler Ebene« (S. 219 ff.) – wird von der Weltbank darauf gedrungen, »globale Kräfte für Arme nutzbar (zu) machen« (S. 219). Für die Weltbank bedeutet das, daß erstens der »Zugang zu Märkten in Ländern mit hohem Einkommen« (S. 219) erweitert werden soll. Zweitens soll das »Risiko von Wirtschaftskrisen« (S. 221) gemindert werden. Des weiteren sollen »internationale öffentliche Güter zum Vorteil der Armen« (S. 222) geschaffen werden. Zu den öffentlichen Gütern gehören laut Weltbank die »Eindämmung von ansteckenden Krankheiten oder (die) Forschung zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft« (S. 222).

Damit wird so getan, als ob die Lebensmittel nicht reichen würden, die Menschen der Welt zu versorgen – dabei sind die Lebensmittel für die Menschen zu teuer. Gleiches gilt für Medikamente, wie zum Beispiel dem Streit zwischen Pharmakonzernen einerseits und der südafrikanischen Regierung andererseits im März, April des Jahres 2001 zu entnehmen war.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß der *Weltentwicklungsbericht 2000/2001: Bekämpfung der Armut* sicherlich lesenswert ist, wenn man sich erstens darüber informieren will, welche Dimension das Elend auf der Welt erreicht hat, das die Weltbank als solches ansieht. Zweitens ist der Bericht lesenswert, wenn man wissen möchte, wie die Weltbank gedenkt, gegen dieses Elend vorzugehen. Vor allem Globalisierungskritiker, die das Beschreiben der Armut für ein Argument halten, werden im Bericht sicherlich eine Menge Stoff für ihre Flugblätter finden.

ALJOSCHA JEGODTKA

Andreas Müller, Arno Tausch
and Paul Michael Zulehner
(under Collaboration of
Henry Wickens) (eds.):
Global Capitalism, Liberation,
Theology and the social Sciences.
An analysis of the contradictions
of modernity at the turn of the
millennium, Nova Science
Publishers Inc., Huntington,
New York 2000, 332 p.

Eine Autorin und zwölf Autoren legen ein opulentes Sammelwerk vor, das die Probleme von Globalisierung, Religionen und Sozialwissenschaften auf imponierende Weise verbindet. Den weiten Spannungsbogen versinnbildlichen der Ägypter *Samir Amin*, Direktor von *Forum du Tiers Monde* (Dakar), mit einer weitgreifenden Darstellung der Spezifika der Buchreligionen und der langjährige Rostocker Lateinamerikanist *Steffen Flechsig* (Zwickau), der sich dem Beitrag des argentinischen Ökonomen *Raúl Prebisch* (1901-1986) für die Perspektive einer humanen Welt widmet. Hier können allerdings nur einige Spitzthesen hervorgehoben werden, um die Relevanz des Bandes anzudeuten und vor allem zu eigener Lektüre und Auseinandersetzung anzustiften.

Noch einmal ein Buch, das die Befreiungstheologie ernstnimmt? Leben Totgesagte wirklich länger? Die Verhältnisse zwischen biblischen Freiheiten und ökonomischen Zwängen haben sich auch nach dem voreilig angenommenen »Ende der Geschichte« nicht verändert, sondern sind unverstellt ans Licht getreten. Darum lauten die ersten beiden Sätze der Herausgeber: »Liberation theology is dead. Long live liberation theology!« Das stellt keine frohgesinnte Akklamation dar wie beim Ritual der Inthronisation eines neuen Königs, sondern für sie ist es die Kontinuität einer kritischen Distanz der biblischen Programmatik zum Kapitalismus – einer Distanz, die zu den Wurzeln der Kirche gehört; die zunehmend an theologischer Tiefe gewonnen hat, was sich auch an ihrer ökumenischen Ausbreitung zwischen römischem Katholizismus und Protestantismus (speziell im Ökumenischen Rat der Kirche in den siebziger und achtziger Jahren) zeigt.

Faszinierend stellt *Samir Amir* gemeinsame Wurzeln und brisante Differenzen zwischen den drei Buchreligionen Judentum, Christentum und Islam heraus. Seine Thesen sind im einzelnen gewiß nicht unbestreitbar, aber der Streit lohnt sich. Das zeigt sich zum Beispiel an seiner Kritik des gängigen Terminus »jüdisch-christliche Kultur«: »Modern culture is not Christian, nor Judeo-Christian: it is bourgeois.« Seine Schlußsätze sind schockierend illusionslos angesichts einiger Klischees im Blick auf den Islam: »Modern thinkers henceforth are fundamentally not Christians, not Jewish, they might be bourgeois, or beyond, socialist, although they are of Christian or Jewish origin. The bourgeois civilization is not the creation of Christianity – or Judeo-Christianity. Inversely, it were the Christianity and the Judaism of the Jews of Western Europe wich adapted the selves to the bourgeois civilization. One expects that Islam would now be the next to make it. This is the condition that the Muslim people participate in the making of the world and that they don't exclude themselves.« Zuvor schon hatte er den Anspruch von jedermann auf die allein gültige Koran-Auslegung hellseherisch säkular charakterisiert: »That is the permanent civil war, like in Afghanistan.«

Der Religionswissenschaftler *Jung Mo Sung* (Sao Paulo) reflektiert die Verbindungen und Gegensätze zwischen Markt, Globalisierung und Gottesherrschaft (basileia tou theou). Die Kritik an der Vergötzung des Marktes (Idiolatrie) schließt für ihn eine Dämonisierung desselben aus; denn eine komplexe Gesellschaft könne nicht ohne Marktwirtschaft aufgebaut werden.

Eine ernüchternde Bilanz zieht der Bonner Franziskaner *Andreas Müller* aus theologischen Aspekten der Verschuldung der Zwei-Drittel-Welt: Nur wenn die Länder dieser Region ihre Finanzen für ihre eigenen legitimen Interessen einsetzen können, haben sie eine Chance auf friedliche Entwicklung.

Weitere Beiträge analysieren materialreich neue Formen der Abhängigkeit im Westsystem, die Notwendigkeit einer Theologie für die Demokratisierung in Europa sowie die Rolle der Kirchen in Mittel- und Osteuropa und Peru. Statistiken, Hinweise zu Materialarchiven, Bibliographie und Sachindex komplettieren den Band.

JENS LANGER

**Bernd Harder,
Hansjörg Hemminger:
Seher – Schwärmer – Bibeldeuter;
Prophezeiungen zum Weltende
und ihre Bedeutung,
Gütersloher Verlagshaus
Gütersloh 2001, 128 S. (16,80 DM)**

Im vorliegenden Buch werden am Beginn des neuen Jahrtausends die bisherigen Versuche mit »Endzeit-Fahrplänen« untersucht. Die Darstellungen sehr unterschiedlicher Orientierungen und damit einhergehenden Verirrungen beginnen mit *Nostradamus*, dessen Dunkelworte am Beginn der Neuzeit als vermutete Hinweise auf Geschehnisse künftiger Zeiten gelten. Durch weitere Analysen der nachfolgenden Prophezeiungen, die das vergehende Corpus Christianum auf ein Imperium Humanum hin prognostizierten, wird ein Mythos überwunden.

Das Buch zieht eine ernüchternde Bilanz über die Verwirrungen namentlich des letzten Jahrhunderts, das aufgrund von Ahnungen der Seher und Apokalyptiker einen Abschied aus der Menschheitsgeschichte hätte bringen sollen. Der Weltuntergang hat nicht stattgefunden. Die Weltenrätselung der *Nostradamus*, *Swedenborg*, *Cayce*, *Dixon* aber auch von *Fatima* und *Fittkam* wird von den Autoren als Geschäftemacherei und Scharlatanerie entlarvt. *Bernd Harder* erreicht sein Ziel mit akribisch textkritischer Methode und kontextualen historischen Vergleichen.

Dem aufklärerischen Geist dieses Buches weht nun aber ein Zeitgeist entgegen, der sich an Weltuntergangsszenarien nur allzu gern ergötzt. Das veranlaßt *Hansjörg Hemminger* zu fragen, wo eigentlich die psychologischen Hintergründe liegen, die Menschen immer wieder anfällig machen für die Faszination am Weltende und Untergang. Liegt es an den »Grundformen der Angst« (*Fritz Riemann*), in denen die Gedankenwelten zu Weltbildern erstarrten? *Hemmingers* Zuversicht hingegen leitet sich ab aus der Wirkungsgeschichte der christlichen Religion, die in ihrer eigentlichen Botschaft den Weg aus dem Dickicht der Ängste weist und den Weltlauf unter den Horizont der Erneuerung und Rettung stellt. So versteht

er auch die biblischen Urkunden nicht als ein Code für die Entschlüsselung der Welträtsel, sondern als Träger von Verheißungen und zuversichtlicher Lebensgestaltung.

Diese befreiende Alternative zum ängstigen und geängsteten Zeitgeist drängt es zu weitergehenden Studien. Durch ein Anmerkungs- und Literaturverzeichnis, das den Wert des Buches zur wissenschaftlichen Weiterarbeit erhöht, öffnet sich ein Weg zur Überwindung der Schwarm- und Zeitgeister.

KLAUS ROEBER

Uwe Soukup:
Ich bin nun mal Deutscher –
Sebastian Haffner. Eine Biographie,
Aufbau Verlag Berlin 2001,
344 S. (39,90 DM/20 €)

»Nur in der täglichen Routine ist Sicherheit und Weiterbestehen – gleich daneben fängt der Dschungel an. Jeder europäische Mensch des 20. Jahrhunderts hat das mit dunkler Angst im Gefühl. Daher sein Zögern, irgendetwas zu unternehmen, was ihn »entgleisen« lassen könnte – etwas Kühnes, Unalltägliches, nur aus ihm selbst Kommendes.«

Dieses Zögern, diese dunkle Angst, beschrieb *Sebastian Haffner* in seinem literarischen Meisterwerk *Geschichte eines Deutschen*, als ständige Möglichkeit immenser Zivilisationskatastrophen. *Haffner*, soviel wird in dieser Biographie – die im wesentlichen den politischen Journalisten präzise skizziert – deutlich, bezog diese ständige Möglichkeit der Zivilisation, in den »Dschungel« des Unmenschlichen abzurutschen, nicht nur auf die Naziherrschaft in Deutschland. Überall wo der Mut zum Kühnen, zum Unalltäglichen fehle, zerfalle ein Stück Demokratie. Deshalb blieb *Haffner* sein Leben lang ein Provokateur, der mit faszinierendem Weitblick in allen Medien seine Kühnheit zu beweisen verstand. Seine Motivation schöpfte er aus der besten bürgerlichen Tradition, die ihn stets an die Rufe nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit erinnerte. Er war in diesem Sinne Konservativer, der den Sozialismus überhaupt nicht schätzte. Ob im englischen *Observer*, im *Stern*, in *Konkret*, in der

Welt, in der *Süddeutschen Zeitung*, in *Christ und Welt* oder im *Internationalen Frühshoppen*, *Haffner* prägte in diesem Sinne nicht nur die jeweiligen Redaktionen, sondern lieferte Politikern, die seinen demokratischen Vorstellungen folgten, journalistische Unterstützung. Obwohl er den Sozialdemokraten vorwarf, sie hätten dreimal durch ihr Zögern einer demokratischen Entwicklung Deutschlands im Wege gestanden – 1914, als sie den Kriegskrediten zustimmten, 1918, als die »Volksbeauftragten« der SPD zum ersten Mal die Freikorps gegen das eigene Volk einsetzten und am 20. Juli 1932, als die sozialdemokratische preußische Regierung, der die 120 000 Mann starke preußische Polizei unterstand, beim Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen kampflos kapituliert habe – unterstützte er *Willy Brandt* und dessen Ostpolitik. *Egon Bahr* empfand seine Kolumnen im *Stern* als »wirksamen politischen Flankenschutz« für die sozialliberale Koalition.

Uwe Soukup verbindet seine Darstellung *Haffners* mit wichtigen Ereignissen in der jüngeren deutschen Politik, so zum Beispiel mit der »Spiegel Affäre«.

Haffner bezeichnet das polizeiliche Eindringen in die Redaktionsräume des *Spiegel* am 26. Oktober 1962, veranlaßt durch den damaligen Verteidigungsminister *Strauß*, als »neofaschistisch«. In der *Panorama*-Sendung vom 4. November 1962 stellt *Haffner* fest: »Wenn die deutsche Öffentlichkeit sich das gefallen läßt, wenn sie nicht nachhaltig auf Aufklärung dringt, dann adieu Pressefreiheit, adieu Rechtsstaat, adieu Demokratie.« Er verläßt den Verlag des *Axel Cäsar Springer*, für den er regelmäßig geschrieben hatte, weil dieser Verleger seine Medien selbstherrlich auf den Kurs des Kalten Kriegers einschwor und die Polizeiaktion gegen den *Spiegel* als staatsichernde Maßnahme rechtfertigte.

Adenauer, den *Haffner* noch bis 1961 gerühmt hatte, eine innere deutsche Stabilität geschaffen zu haben, kritisierte er nun, *Strauß* nicht sofort aus seinem Ministeramt entlassen zu haben. »Der Alte« sei zu schwach. Seine Politik wolle die deutsche Einheit vorsätzlich zerstören, da sich *Adenauer* in den Grenzen des westdeutschen Staates ganz wohl fühle und die Aufnahme der alten Verbindungen zu den »sozialdemokratischen Preußen« im Osten nur fürchte.

Bereits in den vierziger Jahren hatte *Haffner* für eine NATO und für ein vereinigtes Europa plädiert. Aber in den sechziger Jahren forderte er die Neutralität Westdeutschlands und Ostdeutschlands. Nur so sei die Einheit beider Staaten durch freie Wahlen möglich. Der von Freundschaft verklärte Blick auf die andere Seite des Ozeans oder nach Moskau verhindern die Einheit Deutschlands. Der Mauerbau sei eine verständliche Tat verzweifelter Akteure gewesen, die ein Ausbluten ihres Landes hätten verhindern wollen. Die Mauer habe trotz aller Not einen Weltkrieg verhindert. Mit dieser kühnen Denkweise handelte sich *Haffner* Anfang der sechziger Jahre und auch nach 1989 herbe Kritik ein. Es gab eben nicht viel kühne Demokraten.

Das wurde auch 1968 in Berlin deutlich, wo auf einer Demonstration gegen den Schah von Persien der Student *Benno Ohnesorg* von einem Polizisten erschossen wurde. Die *Bild*-Zeitung machte aus dem Toten ein »Opfer von Krawallen«. Wer Terror produziere, müsse Härte in Kauf nehmen. Darauf konterte *Haffner* im *Stern*: »Da es in Berlin, dank dem Springer-Monopol, keine Möglichkeit mehr gibt, oppositionelle Meinungen auf journalistische Weise an eine breite Öffentlichkeit heranzutragen, bleibt dazu noch das – völlig legale – Mittel der Demonstration.« Die *Morgenpost* beschimpfte *Haffner* und forderte ihn auf – ihn, der 1938 vor den Nazis nach England emigriert war – er möge Berlin verlassen, vielleicht in den Osten! Dabei hatte *Haffner* in vielen Artikeln die DDR als Scheinstaat ohne liberale Verfassung gegeißelt, deren Regierung nicht regiere, sondern Weisungen erfülle. Die DDR halte sich ein Rumpf-Parlament, wie der Reichstag der Nazis eines war.

Er schätzte historische Vergleiche. Der Terrorismus der Baader-Meinhof Gruppe habe nicht den Staat gefährdet, aber er schränkte den Rechtsstaat ein und diskreditierte alle Linken. Ebenso sei die Brandstiftung des Reichstages für *Hitler* nur Vorwand gewesen, um – noch im Einvernehmen mit *Papen* – den Reichspräsidenten eine weitere Notverordnung unterzeichnen zu lassen, durch die der »legale staatliche Terror« der Nazis begann.

Soukups Biographie ist ein wichtiges Buch, das in keinem Geschichtsunterricht fehlen dürfte. Die trefflichen Hinweise auf *Haffners*

Bücher ermuntern dazu, mehr von *Haffner* erfahren zu wollen. *Haffner* verschüttet in seinen Büchern die Leser nicht mit Fakten, wie das Historiker gerne zu tun pflegen. Seine literarische Erzählweise weckt demokratisches Wollen beim Leser. Das brauchen wir jetzt!

JÜRGEN MEIER

**Antistalinistische Opposition
an der Universität Jena
und deren Unterdrückung
durch SED-Apparat und
Staatssicherheit (1956–1958).
Eine Dokumentation von Werner
Fritsch u. Werner Nöckel,
hrsg. vom Landesbeauftragten
des Freistaates Thüringen für die
Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes der ehem. DDR,
Erfurt 2000, 164 S.**

Hier ist nicht nur »Neues über *Stolpe*« zu erfahren, wie es ein ND-Bericht ankündigte. Neuwert hat die gesamte Dokumentation, da sie Auseinandersetzungen, die in einer einzigen Parteiorganisation stattfanden, authentisch, im wesentlichen aber auch exemplarisch widerspiegelt. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der die Aufdeckung Stalinscher Verbrechen mit der Anerkennung der Möglichkeit verbunden hatte, auf neuen Wegen zum Sozialismus zu gelangen, gab es für Reformbestrebungen an vielen Hochschulen (und nicht nur dort) starke Unterstützung. Befürchteter Öffentlichkeit wegen galt konservativen Kräften die Kritik von Intellektuellen als besonders gefährlich. Daher wurden viele von ihnen, die sich »durchaus nicht als »Oppositionelle« gefühlt hatten«, durch den Parteiapparat »zu solchen gemacht«, wie *Fritsch* einleitend schreibt (vgl. S. 7). Manche – längere Zeit als »feindlich-negative Elemente« überwacht – wurden 1957 oder 1958 zu mehrjähriger Haft verurteilt. So auch ein Autor dieses Buches.

Gäbe es wieder ein Parteilehrjahr, müßte sein Bericht zur Pflichtliteratur werden: *Werner Nöckel* (Jahrgang 1927), als Reichsbahn-

angehöriger und SED-Mitglied zur Arbeiter- und Bauern-Fakultät (ABF) delegiert, ab 1954 Geschichtsstudent, Parteileitungsmitglied, 1958 wegen ›staatsgefährdender Hetze‹ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt (unter anderem, weil er im Frühjahr 1956 eine Kopie der angeblich ›gefälschten Rede‹ von Chruschtschow und ein Jahr darauf die FAZ-Ausgabe mit der ›gefälschten Konzeption‹ von *Harich* verbreitet hatte, vgl. S. 160 f.), zwei Jahre später amnestiert und aus Waldheim entlassen, bei der Reichsbahn wieder eingestellt und nach einem Fernstudium als Ingenieur für Eisenbahn- und Brückenbau auch leitend tätig, 1990 Mitbegründer und später Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Thüringen.

Aufmerksamkeit verlangen nicht nur die für unsereinen oft beschämenden Einzelheiten dieses Berichts. Achtung erheischt schon die Haltung, in der *Nöckel* berichtet, und dann sein Fazit: Er betrachte sich »nicht als heldenhaften Widerstandskämpfer«, es verschaffe ihm aber Genugtuung, den Nachkommen beweisen zu können, »daß wir ... gezweifelt haben. Und ... auch versuchten, Änderungen herbeizuführen. Es ist für uns übel ausgegangen, aber wir sind auch ein wenig stolz« auf unseren »kleinen Anteil« an der Wende (S. 69).

Das Vorgehen gegen *Nöckel* ist im Buch ebenso dokumentiert, wie das gegen andere Protagonisten jener Reformbestrebungen. Für die Einführung hat *Fritsch* auch Gespräche ausgewertet (leider wenig zitiert), die er ab 1996 mit sieben von ihnen führte, so mit *Martin Stutz*, der dem »Ölmühlenkreis« kritischer ABF-Dozenten angehörte (S. 12), sowie den nachmaligen Professoren *Hochbaum* und *Schmutzer*. Zu den insgesamt 97 klug ausgewählten, hier meist auszugsweise abgedruckten Texten gehören rund 50 Sitzungs- und Versammlungsprotokolle, Referate und schriftliche Berichte aus Parteigruppen, Grundorganisationen und zentraler Parteileitung der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) sowie etwa 30 ›Operativpläne‹, Informationen, ›Sachstandsberichte‹ und andere Papiere aus der Jenaer Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

So erschreckend es ist, daß Parteisekretäre schon der untersten Ebene den Staatssicherheitsdienst dazu veranlaßten, innerparteiliche

Auseinandersetzungen auf seine Weise zu beenden, so sehr beeindruckt es einen auch, in welcher Vielfalt und Beharrlichkeit die Angehörigen dieser überschaubar kleinen Universität Forderungen erhoben, welche, selbst wenn sie vom studentischen Alltag her kamen, unverkennbar auf Entstalinisierung und Demokratisierung hinausliefen.

Wie den von der FDJ-Leitung der Historiker (namentlich von *Fritsch*, *Wolfgang Hoffmann* und *Harald Lange*) zusammengefaßten und Ende Oktober 1956 zur Diskussion gestellten ›Vorschlägen‹ zu entnehmen ist, geht es den Studenten zwar auch um Änderungen der Stipendienordnung, doch gleichermaßen um erweiterte Mitbestimmung und ebenso um Freiraum für kritische Äußerungen »auch zu grundsätzlichen Fragen der Regierungspolitik«. Die jungen Genossen prangern »einseitige Berichterstattung« an, insbesondere das »Vertuschen von Meinungsverschiedenheiten« in der Parteiführung, und fordern, daß die wichtigsten westdeutschen Tageszeitungen »durch Auslegen im Lesesaal zugänglich gemacht werden« (S. 13). In der Juristischen Fakultät werden sogar konzeptionelle Ansätze für die Herbeiführung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit erarbeitet. *Hans-Ulrich Hochbaum* setzt sich insbesondere für die Wiederherstellung der Verwaltungsgerichtsbarkeit ein, *Gerhard Riege* für eine Wahlrechtsreform. Daraufhin bezichtigt die Universitätsparteileitung (UPL) den Dekan *Arno Hübner*, den Institutsleiter *Hochbaum* sowie den Parteisekretär *Riege*, eine »gemeinsame revisionistische Plattform gebildet« zu haben (S. 77).

Wie gesagt, in anderen Hochschulen geschah damals Ähnliches. Doch fehlt bislang eine umfassende Erschließung und vergleichende Auswertung entsprechender Unterlagen. In Jena jedenfalls hatten Kritiker des poststalinistischen Regimes 1956 einen derart starken Rückhalt in fast allen Fakultäten und vielen Instituten, insbesondere bei Chemikern und Medizinern, daß Repressalien erst im Spätherbst möglich wurden. Sie richteten sich zuerst gegen *Günter Zehm* und die »Philosophische Studentengesellschaft« (vgl. S. 103 f.), erlangten 1957 schon eine größere Reichweite, zwangen reformorientierte Parteimitglieder zum Rückzug, veranlaßten manche zum Austritt, so sie nicht ausgeschlossen wurden, und viele zur Selbstkritik.

Zu einem letzten Aufbegehren kam es im Februar 1958, nachdem *Ulbricht* das Zentralkomitee dazu genötigt hatte, *Karl Schirdewan* und weitere eigenwillige Spitzenfunktionäre auszustoßen. In der FSU äußerten viele Parteimitglieder ihre Vorbehalte, manche sogar direkt ihr Mißtrauen gegenüber der Parteiführung. Es wurde verlangt, die strittigen Fragen vom bevorstehenden Parteitag entscheiden zu lassen. Nach Einschätzung der UPL gab es in der Universität »eine große Schar von Menschen, die sofort bereit gewesen wäre, in den Kurs der Gruppe Schirdewan-Wollweber ... einzuschwenken, wenn es dieser parteifeindlichen Gruppe gelungen wäre, die Oberhand zu gewinnen« (S. 150).

Nunmehr führte die UPL eine umfassende Abrechnung mit allen Mitgliedern herbei, die in den letzten zwei Jahren »geschwankt« hatten oder »versöhnlicherisch« aufgetreten waren. Gleichzeitig wurden Studenten verhaftet, die im Herbst 1956 an Protestaktionen beteiligt gewesen waren oder dem »Eisenberger Kreis« angehörten. Wie *Fritsch* schreibt, führte das zu einer »bedrückend-angstgeladenen Atmosphäre« und zog die »Republikflucht« vieler Universitätsangehörigen nach sich (S. 32).

Die Niederlage der reformorientierten Sozialisten erklärt *Fritsch* aus den ungünstigen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges, dem Fortbestehen des stalinistischen Machtapparats, aber auch aus ihren eigenen »Schwächen und Erkenntnisstranken«, die er vor allem darin sieht, daß die meisten Ulbricht-Kritiker an den »traditionellen leninistischen Lehrsätzen« über die Partei immer noch festhielten und auch recht verschiedene Vorstellungen davon hatten, was nun eigentlich wie erreicht werden konnte und sollte (vgl. S. 35). *Zehm* erkannte schon damals: »Wir vermögen den unterdrückten Menschen kein Programm, kein Manifest zu geben...« (S. 99).

All das leuchtet ein, und in einer Dokumentation zweier Jahre kann es keine weiterreichenden Betrachtungen geben. Doch dem Leser drängt sich die Frage auf, wo denn das große intellektuelle Potential für eine Sozialismusreform letztlich geblieben ist, das 1956 so plötzlich in Erscheinung getreten war. Schließlich gingen nicht alle Ulbricht-Kritiker in den Knast oder in den Westen. Wie schaffte es dieses Regime, neben einer Minderheit

unversöhnlicher Feinde wie etwa *Zehm* eine Mehrheit zuverlässiger Sachwalter wie etwa *Herger* heranzubilden? (Ja, der nachmalige ZK-Abteilungsleiter gehörte damals auch zu *Zehms* Studentengesellschaft.) Und wie gelang es, eine ganze Generation junger Sozialisten, der um 1930 geborenen, schließlich dahin zu bringen, daß sie – versagte, als sie an der Reihe gewesen wäre, die politische Führung zu übernehmen?

JOCHEN ČERNÝ

Zu beziehen ist die Dokumentation vom Hrsg. in 99019 Erfurt, PF 941 (4 DM zzgl. Porto).



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

12. Jahrgang, Nr. 48, Dez. 2001, 224 Seiten

Baraki: Der Afghanistan-Konflikt und die Taliban

Globalisierung: Krise und Theorie
Krüger/Helfen – Die Krise am neuen Markt / Boris/Malcher – Die Argentinienkrise / Fuchs/Hofkirchner – Globalisierungstheorien

Globalisierungskritik
Gill – Auf dem Weg zum postmodernen Fürsten / Seibert – „Politfacharbeiter“ und Spaßgesellschaft / Dräger – Netzwerke in Europa / Lötzer/Huffschnid – Die Bundestags-Enquetekommission Globalisierung / Mosebach – Der ATTAC-Kongress im Herbst 2001

Beiträge
Hahn – Lucàcs' Ontologie / Tjaden – Vom wissenschaftlichen Wert des Materialismus / Bock – Die russische Revolution im Rückblick / Müller – Arbeitsproduktivität und DDR-Geschichte

Sowie:
Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,- DM ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers) Probeheft: 10,- incl. Vers.
Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Zäsur 11. September (Heft 133)
- AMIN, SAMIR: »Pure Economics« – der reine Wahn (Heft 126)
- AMZOLL, STEFAN: »Sie schrien abermals ›Kreuziget ihn!‹« (Interview mit Gerd Rienacker) (Heft 129/130)
- BECKER, JOHANNES M.: »Dieses Land haben sie noch nicht erobert...« Kuba – Modell für Entwicklungsländer oder Fossil? (Heft 125)
- BISKY, LOTHAR: Eine späte Begegnung. Zur Erinnerung an Hans Mayer (Heft 132)
- BOCK, HELMUT: Unvergessen: Lyon 1831. Von den Anfängen des Klassenkampfes (Heft 133)
- BRAUN, ANNELIESE: Arbeitsverhältnisse – ihre Trends und Alternativen aus feministischer Sicht (Heft 128)
- BRIE, MICHAEL: Über welche Brücken sollen wir gehen, welche Mauern sollen wir überwinden (Heft 134)
- BRIE, MICHAEL: Sozialismus: Ein Blick zurück in die Zukunft (Heft 129/130)
- BRONNER, STEPHEN ERIC: Rote Träume an der Jahrtausendwende – Anmerkungen zum Erbe von Rosa Luxemburg (Heft 123)
- BUSCH, ULRICH; SCHNEIDER, ANJA: Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen (Heft 127)
- CAYSA, VOLKER: Die »Lebenskünstlerin« Rosa Luxemburg (Heft 129/130)
- ČERNÝ JOCHEN: »...eine außergewöhnliche Handlungsweise«. Zur Staatsbeteiligung an Privatbetrieben in der DDR (Heft 123)
- CHRAPA, MICHAEL: »Handlungsstau«? Politisches Handeln in Ost und West (Heft 128)
- CREYDT, MEINHARD: Sonderweg und Abweg. Zur Kritik einer deutschen Vergangenheitsbewältigung (Heft 127)
- CROME, ERHARD: Zukunft und Vergangenheit – eine Entschlingung (Heft 124)
- DEHM, DIETHER: Drei Brücken über programmatische Mauern (Heft 132)
- DWARNS, JENS-FIETJE: Die Tagebücher Georgi Dimitroffs? (Heft 131)
- FEIEREIS, KONRAD: Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs aus der Sicht eines katholischen Theologen (Heft 129/130)
- FUCHS, CHRISTIAN: Technisch vermittelte Entkörperlichung – Emanzipation oder Risiko? (Heft 129/130)
- GRÄBE, HANS-GERT: Kompetenz im Informationszeitalter. Die Stellung des symbolischen Rechnens im Wissenschaftsgebäude (Heft 125)
- GRÄFE, KARL-HEINZ: Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt (Heft 131)
- GREBING, HELGA: Was geht uns Berlin an? (Heft 132)
- HAUG, FRIGGA: Gleicher als Andere. Laudatio für Christoph Spehr (Heft 125)
- HAUG, WOLFGANG FRITZ: Perspektiven gegenwärtigen marxistischen Denkens (Interview) (Heft 126)
- HECKER, ROLF: Zwei neue MEGA-Bände (Heft 126)
- HEERKLOSS, KILIAN: Gentechnik aus ökologisch-ethischer Sicht (Heft 124)
- HOPFMANN, ARNDT: Die Linke zwischen Regierung und Revolution (Heft 131)
- IVEN, MATHIAS: Leben als gelebte Ethik. Ludwig Wittgenstein zum 50. Todestag (Heft 134)
- IVEN, MATHIAS: »Häuser als Refugien«. Günter Wirth und der »andere« Geist von Potsdam (Heft 124)
- KESSLER, MARIO: Theodor Bergmann 85 Jahre (Heft 125)
- KINNER, KLAUS: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern (Heft 129/130)
- KLEIN, MAX: Jan Koplowitz 1. Dezember 1909 – 19. September 2001 (Heft 134)
- KOCK, KLAUS: Zwischen Markt und Organisation. Arbeitsverhältnisse im flexibilisierten Kapitalismus (Heft 124)
- KÖPP, ULRIKE: Heinz Bormann – der Dior der DDR (Heft 123)
- KRYSMANSKI, HANS JÜRGEN: High-Tech-Anti-Kapitalismus: Ein Widerspruch in sich? (Heft 133)
- LAABS, ANJA: Neuigkeiten vom Huhn-Ei-Problem (Heft 131)
- LAITKO, HUBERT: Bildung als Funktion einer multioptionalen Gesellschaft (Heft 127)
- LANGE, ERICH: Ist Fortschritt im Organismenreich eine Illusion? (Heft 124)
- LAWIN, ROGER: Gemütlich quälmt die Pfeife. Wolfgang Leonhard zum 80. Geburtstag (Heft 126)
- LEIBIGER, JÜRGEN: Die Eigentumsfrage im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts (Heft 127)
- LOHMANN, INGRID: »<http://www.bildung.com>« – Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft (Heft 125)
- LUDLOFF, RUDOLF: Die produktiven Kräfte des Kapitalismus und das Programm der PDS (Heft 132)
- MACHOVEC, MILAN: Den Andersdenkenden entdämonisieren (Gespräch mit Simone Thiede) (Heft 129/130)
- MEIER, JÜRGEN: Die Abkehr von der Manipulation ist ein Gerichtetsein auf die Wirklichkeit – Georg Lukács (Heft 131)
- MEIER, KLAUS: Gegengift – Nachdenken über Wege in eine nachhaltige Zukunft (Interview mit Joachim H. Spangenberg) (Heft 131)
- MERTEN, STEFAN: Freie Software für eine Freie Gesellschaft (Heft 133)
- MEYER, HANSGÜNTER: Hochschulen im Wandel – Richtungen, Holzwege, Zukunftschancen (Heft 126)

- MOCEK, REINHARD: Auf dem Wege zu einer Neuvermessung des Gesellschaftlichen. Anmerkungen zu Uli Schölers Rückgriff auf Marx (Heft 123)
- MÖLLER, CAROLA: Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette (Heft 128)
- MORGENSTERN, KARL: Über möglichen Sozialismus und aktuelle Herausforderungen (Heft 129/130)
- MÜLLER, HORST: Die Staatsquote und Transformationsstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft (Heft 132)
- NEUNHÖFFER, GISELA: Die liberale Konterrevolution – neoliberale Think Tanks in Polen (Heft 126)
- NORDMANN, JÜRGEN: Nonkonformisten der Gegenrevolution? Über den Ort rechtsliberaler Intellektueller (Heft 129/130)
- OBERKOFER, ANJA: Kritische Ansätze im amerikanischen Rechtsdenken (Heft 132)
- OITTINEN, VESA: Perspektiven gegenwärtigen marxistischen Denkens (Interview mit Wolfgang F. Haug) (Heft 126)
- OTTO, WILFRIEDE: Gespräch zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Die Weichenstellung zum Mauerbau (Dokument) (Heft 128)
- PLEHWE, DIETER: Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt (Heft 129/130)
- PLENER ULLA: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990 – 2000) (Heft 127)
- PLENER, ULLA: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland (Heft 123)
- POLITT, HOLGER: Die polnische Frage bei Rosa Luxemburg (Heft 129/130)
- RATAI, LOTHAR: Gedanken eines gelernten Osis (Heft 129/130)
- RICHTER, FRANK: Pluralität oder Pluralismus? (Heft 132)
- RIENÄCKER, GERD: »Sie schrien abermal ›Kreuziget ihn!‹« (Interview von Stefan Amzoll) (Heft 129/130)
- RUF, WERNER: Feindbild Islamismus (Heft 134)
- Sabath, Wolfgang: Festplatte. Die Wochen im Rückstau (Heft 123-134)
- SCHMIDT, WALTER: Preußen und die deutsche Geschichtskultur (Heft 127)
- SCHNEIDER, ANJA; BUSCH, ULRICH: Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen (Heft 127)
- SCHÖNEBURG, VOLKMAR: Kritisieren, überwinden und verteidigen – Eckpfeiler einer linken Kriminalpolitik (Heft 134)
- SCHÖNEBURG, VOLKMAR: Die Natur des Rechts. Hermann Klenner zum 75. Geburtstag (Heft 123)
- SCHRÖTER, LOTHAR: Ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert? (Heft 124)
- SCHUMANN, MICHAEL: Erkenntnistheoretisches zum Stichwort Geist (Heft 134)
- SCHUMANN, MICHAEL: Der Rechtsextremismus und die Gegenwartsgesellschaft (Heft 123)
- SEPPMANN, WERNER: Die »neue Weltordnung« des Kapitals (Heft 129/130)
- SIXEL, FRIEDRICH W.: Was ist denn nicht »reiner Wahn«? (Heft 133)
- SIXEL, FRIEDRICH W.: Rechtsextremismus in Deutschland – eine Reaktion, die mehr verlangt als Reaktion (Heft 128)
- SPANGENBERG, JOACHIM H.: Gegengift – Nachdenken über Wege in eine nachhaltige Zukunft (Interview) (Heft 131)
- STAHL, JÜRGEN: Das vereinnahmte Ich (Heft 131)
- THIEDE, SIMONE: Den Andersdenkenden entdämonisieren (Gespräch mit Milan Machovec) (Heft 129/130)
- THIELEN, HELMUT: Leonardo Boff und Tarso Genro – kreative Denker auf der Seite der Linken in Brasilien (Heft 125)
- Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Die Weichenstellung zum Mauerbau (Heft 128)
- WAGNER, GERHARD: Ursprung und Utopie. Visionäre Motive im Werk von Antoine de Saint-Exupéry (Heft 126)
- WEICHOLD, JOCHEN: Der Abgeordnete und die Diäten. Zum verfassungsrechtlichen Problem der »angemessenheit«, die »Unabhängigkeit« des Abgeordneten sichernden Entschädigung (Heft 125)
- WENZEL, SIEGFRIED: Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa (Heft 133)
- WIRTH, GÜNTER: Martin Luther King. Erinnerungen und Reflexionen (Heft 132)
- WITTICH, DIETMAR: Sein als Werden. Zum Programmwurf der PDS (Heft 128)
- WITTICH, DIETMAR: Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen (Heft 124)
- WOGAWA, STEFAN: Nachhaltigkeit statt Wachstumseuphorie – Eine Kritik aus gegebenem Anlaß (Heft 131)
- WURL, ERNST: Geschichtspolitik und Geschichtskultur in einem gespalten vereinten Land (Heft 134)
- ZACHOVAL, MARCEL: Milan Machovec (Heft 129/130)

Konferenzen & Veranstaltungen

- ASZAKIES, CHRISTIANE, CHRISTEL GIBAS: *Schöne neue Welt. Perfektion oder Perversion?* (Heft 128)
- GIBAS, CHRISTEL, CHRISTIANE ASZAKIES: *Schöne neue Welt. Perfektion oder Perversion?* (Heft 128)
- GRIGAT, STEPHAN: *Vom Postfaschismus zum demokratischen Faschismus* (Heft 134)
- HEDELER, WLADISLAW: *Auf der Suche nach Antworten* (Heft 131)
- HOPFMANN, ARNDT: *Nachhaltigkeit, Wissenschaftsethik, Globalisierung* (Heft 133)
- HOPFMANN, ARNDT: *Unerhörte Kontroversen um die Humangenomforschung* (Heft 129/130)
- HOPFMANN, ARNDT: *Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert* (Heft 124)
- JANKE, DIETER: *Markt und Plan – neue Kontroversen zu einem »ewigen« Streitfall* (Heft 129/130)
- KAISER GERD: *Wegweiser* (Heft 126)
- PFEIFFER, SIGRID: *Dolly oder das »andere Ich«. Zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit* (Heft 133)
- WITTICH, DIETMAR: *Marx kam bis Quiroga* (Heft 125)

Bücher & Zeitschriften

- Altwater, Elmar; Galtung, Johan; Madörin, Mascha; Mahnkopf, Birgit; Sachs, Wolfgang; Werlhof, Claudia von: *Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs*, ProMedia Verlag Wien 2001 (ARNDT HOPFMANN – Heft 132)
- Aluffi-Pentini, Anna; Gstettner, Peter Lorenz; Wakounig, Vladimir (Hrsg.): *Antirassistische Pädagogik in Europa. Theorie und Praxis*, Slowenische Jahrbücher 5, Drava-Verlag Klagenfurt/Celovec 1999 (JENS LANGER – Heft 126)
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: *Memorandum 2001*, PapyRossa Verlag Köln 2001 (ULRICH BUSCH – Heft 131)
- Badstübner, Evemarie (Hrsg.): *Befremdlich anders: Leben in der DDR*, Karl Dietz Verlag Berlin 2000 (KLAUS MEIER – Heft 125)
- Bartosz, Julian; Hofbauer, Hannes: *Schlesien. Europäisches Kernland im Schatten von Wien, Berlin und Warschau*, Promedia Verlag Wien 2000 (STEFAN BOLLINGER – Heft 125)
- Becker, Jens: *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*, VSA-Verlag Hamburg 2001 (WLADISLAW HEDELER – Heft 134)
- Betz, Karl; Roy, Tobias (Hrsg.): *Privateigentum und Geld. Kontroversen um den Ansatz von Heinsohn und Steiger*, Metropolis-Verlag Marburg 1999 (ULRICH BUSCH – Heft 123)
- Bittlingmayer, Uwe H.: *Askese in der Erlebnisgesellschaft? Eine kultursoziologische Untersuchung zum Konzept der »nachhaltigen Entwicklung« am Beispiel des Car-Sharing*, Westdeutscher Verlag Wiesbaden 2000 (KLAUS MEIER – Heft 131)
- Brand, Ulrich; Brunnengräber, Achim; Schrader, Lutz; Stock, Christian; Wahl Peter: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* (Eine Studie von Heinrich-Böll-Stiftung und WEED), Westfälisches Dampfboot Münster 2000 (ARNDT HOPFMANN – Heft 126)
- Bronner, Stephen Eric: *Ein Gerücht über die Juden. Die »Protokolle der Weisen von Zion« und der alltägliche Antisemitismus*, Propyläen Verlag Berlin 1999 (IRENE RUNGE – Heft 128)
- Buckmiller, Michael; Heimann, Dietrich; Perels, Joachim (Hrsg.): *Judentum und politische Existenz. Siebzehn Porträts deutsch-jüdischer Intellektueller*, Offizin Verlag Hannover 2000 (HERMANN KLENNER – Heft 123)
- Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke: *Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 70. Geburtstages von Helmut Bock*, hrsg. von Walter Schmidt (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Schriftenreihe des Vereins »Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.«, Berlin, Bd. 21), trafo-verlag Berlin 2000 (ERHARD KIEHNBAUM – Heft 129/130)
- Butterwegge, Christoph; Lohmann Georg (Hrsg.): *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente*, Leske + Budrich, Opladen 2000 (ALJOSCHA JEGODKA – Heft 125)
- Caysa, Volker: *Kritik als existenzielle Praktik, »Diskurs – Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus« der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen*, Heft 6, GNN Verlag Sachsen, Schkeuditz 2001 (KONSTANZE SCHWARZWALD – Heft 134)
- Chomsky, Noam: *Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung*, Europa Verlag Hamburg – Wien 2000 (ARNDT HOPFMANN – Heft 125)
- Claußen, Bernhard; Donner, Wolfgang; Voigt, Gerhard (Hrsg.): *Krise der Politik – Politische Bildung in der Krise? Diskurse im Kontext von Globalisierung und Ost-West-Perspektiven*, Galda+Wilch Verlag Glienicke/Berlin/Cambridge (Mass.) 2001 (ROLAND BACH – Heft 133)
- Demokratie, Agrarfrage und Nation in der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland. *Beiträge des Ehrenkolloquiums zum 70. Geburtstag von Helmut Bleiber am 28. November 1998*, hrsg. von Walter Schmidt (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Schriften-

- reihe des Vereins »Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.«, Berlin, Bd. 29), Berlin 2000 (ERHARD KIEHNBAUM – Heft 129/130)
- Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 6. und 7. Juni 1998 in Berlin, hrsg. von Helmut Bleiber, Rolf Dlubek und Walter Schmidt (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Schriftenreihe des Vereins »Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.«, Berlin, Bd. 22), Berlin 2000 (ERHARD KIEHNBAUM – Heft 129/130)
- Dickmann, Elisabeth; Schöck-Quinteros, Eva (Hg.): Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland. Dokumentationsband der Konferenz »100 Jahre Frauen in der Wissenschaft« im Februar 1997 an der Universität Bremen, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 2000 (REGINA STÖTZEL – Heft 124)
- Drechsler, Karl: GegenSpieler: John F. Kennedy – Nikita Chruschtschow, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 123)
- Eppelmann, Rainer; Keller, Dietmar: Zwei deutsche Sichten. Ein Dialog auf gleicher Augenhöhe, hrsg. von Christian v. Ditfurth, Verlag Karl Heinrich Bock Bad Honnef 2000 (WOLFRAM ADOLPHI – Heft 124)
- Frambach, Hans: Arbeit im ökonomischen Denken. Zum Wandel des Arbeitsverständnisses von der Antike bis zur Gegenwart, Metropolis-Verlag Marburg 1999 (ULRICH BUSCH – Heft 128)
- Friedrich, Walter; Förster, Peter; Starke, Kurt (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1999. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, edition ost Berlin 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 133)
- Gerschlagel, Caroline; Paul-Horn, Ina (Hrsg.): Gestaltung des Geldes, Metropolis-Verlag Marburg 2000 (ULRICH BUSCH – Heft 133)
- Gibas, Monika; Gries, Rainer; Jakoby, Barbara; Müller, Doris (Hrsg.): Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipziger Universitätsverlag Leipzig 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 129/130)
- Giddens, Anthony: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Suhrkamp Frankfurt/M. 2001 (HORST DIETZEL – Heft 134)
- Gleißmann, Wilfried, Klaus Peters: Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen, VSA Verlag Hamburg 2001 (ALJOSCHA JEGODTKA – Heft 133)
- Grab, Walter: Zwei Seiten einer Medaille. Demokratische Revolution und Judenemanzipation, PapyRossa-Verlag Köln 2000 (MARIO KESSLER – Heft 128)
- Grau, Inge; Mährdel, Christian; Schicho, Walter (Hg.): Afrika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Promedia Wien 2000 (HEINZ LAMBARTH – Heft 126)
- Haustein, Heinz-Dieter: Messen ist Macht und Menetekel. Weisheit der Jahrtausende zu Maß und Messkunst mit einem Essay zur Geschichte und Philosophie des Messens, Libri Books on Demand 2000 (THOMAS KUCZYNSKI – Heft 124)
- Huber, Joseph: Allgemeine UmweltSoziologie, Westdeutscher Verlag Wiesbaden 2001 (KLAUS MEIER – Heft 131)
- Hürtgen, Renate; Reichel, Thomas (Hrsg.): Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Metropol-Verlag Berlin 2001 (OLAF KLENKE – Heft 134)
- Hütt, Wolfgang: Schattenlicht. Ein Leben im geteilten Deutschland, fliegenkopf verlag Halle 1999 (PETER H. FEIST – Heft 123)
- IG Metall (Hrsg.): Denk-Schrift fairteilen, Wochenschau-Verlag Schwalbach/Ts. 2000 (HEINZ SCHÄFER – Heft 126)
- Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege, Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck, Suhrkamp Frankfurt/M. 2000 (WOLFGANG TRIEBEL – Heft 132)
- Kersting, Wolfgang (Hg.): Politische Philosophie des Sozialstaates, Velbrück Wissenschaft Weilerwist 2000 (DIRK JÖRKE – Heft 124)
- Kersting, Wolfgang: Theorien der sozialen Gerechtigkeit, J.B. Metzler Stuttgart 2000 (DIRK JÖRKE – Heft 124)
- Klammer, Ute; Plonz, Sabine (Hrsg.): Menschenrechte auch für Frauen?!, Band 11 der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«, hrsg. von Hanna Behrend, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1999 (RENATE ULLRICH – Heft 123)
- Krell, David Farrell: Nietzsche – Der gute Europäer. Die Landschaften seines Lebens. Mit Fotografien von Donald L. Bates, Knesebeck-Verlag München 2000 (ULRICH BUSCH – Heft 129/130)
- Langer, Felicia: Miecius später Bericht. Eine Jugend zwischen Getto und Theresienstadt, Lamuv Verlag Göttingen 1999 (WERNER RUF – Heft 123)
- Lenz, Ilse; Maria Nickel, Hildegard; Riegraf, Birgit: Geschlecht – Arbeit – Zukunft (Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Bd. 12), Westfälisches Dampfboot Münster 2000 (REGINA STÖTZEL – Heft 131)
- Lipietz, Alain: Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, einsprüche 11, aus dem Französischen und mit einem Nachwort von Frieder Otto Wolf, Westfälisches Dampfboot, Münster 2000 (ARNDT HOPFMANN – Heft 124)

- Löwy, Michael: Internationalismus und Nationalismus: kritische Essays zu Marxismus und »nationaler Frage«. Mit einem Beitrag von Enzo Traverso, ISP Köln 1999 (RONALD LÖTZSCH – Heft 127)
- Mandel, Ernest: Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie, Neuer ISP Verlag Köln 2000 (MANFRED BEHREND – Heft 128)
- May, Ruth: Planstadt Stalinstadt. Ein Grundriß der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt, Verlag Institut für Raumplanung der Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung, Dortmund 1999 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung. 92) (KARL HERMANN TJADEN – Heft 123)
- Merkel, Ina: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Böhlau Verlag Köln u.a. 1999 (ULRICH BUSCH – Heft 126)
- Münzfering, Franz; Machnig, Matthias (Hrsg.): Sicherheit im Wandel. Neue Solidarität im 21. Jahrhundert, Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft 2001 (HORST DIETZEL – Heft 132)
- Nordamerikastudien. Historische und literaturwissenschaftliche Forschungen aus österreichischen Universitäten zu den Vereinigten Staaten und Kanada, hrsg. von Thomas Fröschl, Margarete Grandner, Birgitta Bader-Zaar (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 24/2000, hrsg. von Thomas Angerer u. a.), Verlag für Geschichte und Politik Wien/R. Oldenbourg Verlag München 2000 (KARL DRECHSLER – Heft 132)
- North, Michael: Kommunikation, Handel, Geld und Banken in der frühen Neuzeit, R. Oldenbourg Verlag München 2000 (ULRICH BUSCH – Heft 133)
- Panitch, Leo, Colin Leys (eds.): Necessary and Unnecessary Utopias, Socialist Register 2000, Merlin Press Rendlesham, Suffolk 1999 (RICHARD SAAGE – Heft 127)
- Peters, Arno: Computer-Sozialismus, Verlag Neues Leben Berlin 2000 (KAY MÜLLER – Heft 134)
- Pollach, Günter; Wischermann, Jörg; Zeuner, Bodo: Ein nachhaltig anderes Parteiensystem. Profile und Beziehungen von Parteien in ostdeutschen Kommunen. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern, Leske + Budrich, Opladen 2000 (HORST DIETZEL – Heft 125)
- Priddat, Birger P. (Hrsg.): Kapitalismus, Krisen, Kultur, Metropolis-Verlag Marburg 2000 (ULRICH BUSCH – Heft 132)
- Reinhard, Wolfgang: Geschichte und Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, Verlag C. H. Beck München 2001 (HERMANN KLENNER – Heft 134)
- Rorty, Richard: Wahrheit und Fortschritt, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2000 (DIRK JÖRKE – Heft 131)
- Ryll, Stefan; Yenal, Alparslan (Hg.): Politik und Ökonomie. Festschrift für Gerhard Huber, Metropolis-Verlag Marburg 2000 (ULRICH BUSCH – Heft 127)
- Salomon, Andreas (Hg.): Auf den Spuren von Georg Schuhmann und Alois Lahn. Ein Beitrag zur Kolbermoorer Räterepublik. Schriftenreihe des DGB-Bildungswerks zur Regionalgeschichte, Bd. 1, Eigenverlag Kolbermoor 2000 (KLAUS WEBER – Heft 126)
- Sandbothe, Mike (Hg.): Die Renaissance des Pragmatismus. Aktuelle Verflechtungen zwischen analytischer und kontinentaler Philosophie, Velbrück Wissenschaft Weilerswist 2000 (DIRK JÖRKE – Heft 131)
- Schell, Thomas von; Seltz, Rüdiger: Inszenierungen zur Gentechnik, Westdeutscher Verlag Wiesbaden 2000 (KILIAN HEERKLOSS – Heft 131)
- Stoecker, Helmut: Socialism with deficits. An academic life in the German Democratic Republic, Lit Verlag Münster – Hamburg – London 2000 (ALFRED FLEISCHHACKER – Heft 126)
- Thiedemann, Elviera: Die Eleganz der Eselstreiber. Tagebuch Januar 1991 bis Dezember 1993, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 2000 (SIGRID BUSCH – Heft 123)
- Thiel, Rainer: Die Allmählichkeit der Revolution. Blick in sieben Wissenschaften, Bd. 6 der Reihe »Selbstorganisation sozialer Prozesse«, hrsg. von Herbert Hörz, Lit Verlag Münster – Hamburg – London 2000 (WALTER RÖSLER – Heft 126)
- Tschentscher, Axel: Prozedurale Theorien der Gerechtigkeit, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2000 (HERMANN KLENNER – Heft 127)
- Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz, Verlag Das Neue Berlin Berlin 2000 (STEFAN BOLLINGER – Heft 127)
- Widerspruch 40 (ARNDT HOPFMANN – Heft 133)
- Wulf, Christoph; Althans, Birgit; Audehm, Kathrin; Constanze, Bausch; Göhlich, Michael; Sting, Stephan; Tervooren, Anja; Wagner-Willi, Monika; Zirfas, Jörg: Das Soziale als Ritual. Zur performativen Bildung von Gemeinschaften, Leske + Budrich Opladen 2001 (STEPHAN MOEBIUS – Heft 132)
- Zehl Romero, Christiane: Anna Seghers. Eine Biographie 1900-1947, Aufbau-Verlag Berlin 2000 (FRANK WAGNER – Heft 128)
- Zimmering, Raina: Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Leske + Budrich Opladen 2000 (WOLFGANG TRIEBEL – Heft 126)

STEPHEN ERIC BRONNER: Understanding Socialism

This article sets out to develop a socialist political standpoint appropriate for a new era. This standpoint calls for giving priority to ethics over teleology, to politics over economics, and to a normative rather than a scientific approach. It raises the need for the democratic moment of accountability in a new socialist theory to the same level as that of the class ideal, capable of unifying the diverse interests of working people, identifying with numerous social movements and organisations, without giving precedence to any one of these movements or organisations. Above all, this article resists the temptation of identifying socialism with any particular organisation or institutional arrangement. Socialism becomes associated with the ongoing attempt to expand the possibilities of individual choice and experience in accordance with the rule of law and the public accountability of all institutions including capital.

HENNER FÜRTIG: Islam, Islamism, and Terrorism

In the aftermath of the tragic events of September 11, international media and experts alike often confused the notions of Islam, Islamism and Terrorism. Thus, they not only contributed to Samuel Huntington's »Clash of Civilizations« becoming a self-fulfilling prophecy but to the alienation and frustration of millions of Muslims. Therefore, it has to be made clear that Islam is – besides being a mode of life, a culture and a system of values – primarily a religion. Islamic fundamentalism or better to say Islamism is – on the contrary – an ideology as well as a political movement, arbitrarily referring to parts of Islam and articulating its demands with an Islamic vocabulary. There are Islamists who prefer political means and methods to realize their aims as well as groups and individuals who prefer armed struggle. Islamist terrorism, at last, manifests only the most extreme escalation of the latter. Verbal »Declarations of War« against the West were proclaimed by various Islamist factions but only their terrorist appendix crossed the »Rubicon«. Thus, it not only declared war on the West but also on its fellow Muslims and the rest of civilized humanity. Therefore, there is no war between Islam and the West but between civilization and terror.

FRANZ NAHRADA: Global Villages and Free Software

Hi-Tech-Anti-Capitalism? Association of free producers through computers and networks? Perhaps. But we need to establish a new paradigm of cooperation aimed at creating a new foundation of livelihood. The so called »Global Villages« are much more than a spatial and architectonic consequence of new information technologies. They are the result of an intentionally designed cooperative world, granting space for the unfolding of many different identities. Global Villages do not attempt to pump additional wares into the full channels of the world economy – especially no »informational commodities«. Instead, they turn away from marketing toward cooperative production of knowledge and tools for local application. They work along with the pattern of free software, sharing and communicating knowledge because this augments and widens local capabilities. Subsistence, living by local resources, is not a reactionary and desperate action, but a global aim worth fighting for, requiring no democratic centralism in order to be organized in the most comprehensive and solidarity oriented manner imaginable.

CHRISTOPH ENGEMANN: Electronic Government – the Internet as a New Means of Bourgeois Rule

There is a strange agreement that has emerged between business managers, politicians, civil rights activists and the ›left‹, all pinning their hopes on the Internet for achieving a better world. Especially among the left, enthusiasm continues to prevail about the potentials of the Internet infrastructure. Little notice is taken of other major developments and morphological changes taking place in the Internet. In his article, Christoph Engemann argues that electronic government is one – if not the fundamental – development that will dramatically change both the Internet and the bureaucratic patterns of ruling and administrating. Electronic government not only offers a great potential for measures of economic rationalization and cost saving, but modernization of administration will affect the lives, in one way or another, of everyone. In this process, the Internet will lose its innocence and become an infrastructure supporting the technology of rule.

CHRISTOPH BUTTERWEGGE: Globalism, Neoliberalism and Right-wing Extremism

Today's right-wing extremism is no longer the same as in the era of National Socialism or Hitler's Fascism. It has been modernized and become much more complex. The author attributes these changes to the process of globalization. His explanation is that through competition, as the driving force of the capitalist economy, certain historical defects in the political culture, accompanied by the current neoliberal modernization of almost all spheres of life, are conducive to nationalism (i.e. nations competing for location of undertakings), racism, and acts of right-wing violence. In his explanation, neoliberal modernization causes a division of right-wing extremism into a traditional and a modernist camp. In terms of the social structures of its followers, the first camp would mainly attract losers of globalization or modernization, the latter the winners of these processes.

MICHAEL CHRAPA: Xenophobia in Public Opinion – New Empirical Findings and Political Considerations

Xenophobia has again emerged as an important issue of current debates on terror and war. Based on empirical data collected between the early 1990s and today, the article discusses a number of recent analyses trying to explain the differences between East and West Germans in xenophobic attitudes and behavior. The empirical findings show that attitudes – being friendly or hostile to foreigners – remained relatively stable and unchanged over the whole period of the 1990s – with significant differences between attitudes in the East and the West. The analysis shows that attitudes were much more influenced by factors such as ›education‹ and ›contact frequency‹ (with foreigners) than by political views or life situation. Especially in the East, where contact frequencies have been rather low, sporadic and often tense, new concepts and approaches should be developed to render the fight against xenophobia more effective.

Redaktion:
Arndt Hopfmann,
Jörg Schultz

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im »rtf«-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen. Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000 Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten.

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen:
Informationen zur Autorin, zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden. Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname, Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 85/86:	je	1 €
Heft 87 bis 121/122	je	2,50 €

